

Stenographisches Protokoll

115. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XV. Gesetzgebungsperiode

Donnerstag, 13. Mai 1982

Tagesordnung

1. Bericht über den Antrag (174/A) betreffend Änderung des Garantiegesetzes 1977
2. Bericht über den Antrag (130/A) betreffend sparsamere Gestaltung der Schulbuchaktion
3. Bericht über den Antrag (154/A) betreffend Abschaffung der Luxussteuer für Körperbehinderte
4. Bericht über den Antrag (155/A) betreffend Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972

Inhalt

Nationalrat

- Angelobung des Abgeordneten Walter Resch (S. 11525)
Mandatsverzicht des Abgeordneten Franz Hellwagner (S. 11525)

Personalien

- Krankmeldungen (S. 11525)
Entschuldigungen (S. 11525)

Geschäftsbehandlung

- Abssehen von der 24stündigen Aufliegefrist der Ausschußberichte 1095, 1096 und 1097 d. B. gemäß § 44 Abs. 2 der Geschäftsordnung (S. 11540)

Fragestunde (83.)

Handel, Gewerbe und Industrie (S. 11525)

- Dr. Stix (663/M); Mühlbacher, Dkfm. DDr. König, Dkfm. Bauer
Dr. Stix (664/M); Dr. Jörg Haider, Dkfm. Gorton
Dr. Stix (665/M); Ingrid Tichy-Schreder, Dr. Jörg Haider
Dr. Stix (683/M); Dr. Ettmayer, Dr. Frischenschlager
Burgstaller (684/M); Dipl.-Vw. Josseck, Ruhaltiner, Lußmann
Dr. Ettmayer (685/M); Dipl.-Vw. Josseck, Burgstaller, Heigl

Inneres (S. 11535)

- Dr. Ofner (676/M); Dr. Feurstein, Dr. Jörg Haider
Dr. Frischenschlager (675/M); Elmecker, Dr. Lichal, Dr. Ofner

Ausschüsse

- Zuweisungen (S. 11539, S. 11579 und S. 11580)

Verhandlungen

- (1) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag (174/A) der Abgeordneten Ing. Sallinger, Mühlbacher, Dr. Stix und Genossen betreffend Änderung des Garantiegesetzes 1977 (1095 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Schüssel (S. 11540)

Redner:

- Ing. Sallinger (S. 11541),
Mühlbacher (S. 11542) und
Dr. Stix (S. 11545)

Annahme des Gesetzentwurfes (S. 11546)

- (2) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag (130/A) der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend sparsamere Gestaltung der Schulbuchaktion (1067 d. B.)

Berichterstatter: Grabner (S. 11546)

Redner:

- Dr. Marga Hubinek (S. 11547 und S. 11573),
Edith Dobesberger (S. 11550),
Dr. Frischenschlager (S. 11554),
Dr. Kohlmaier (S. 11555),
Dr. Hafner (S. 11560),
Staatssekretär Elfriede Karl (S. 11564),
Dr. Jörg Haider (S. 11569) und
Dipl.-Ing. Dr. Leitner (S. 11574)

Annahme der Ausschußentschließung E 80 in 1067 d. B. (S. 11579)

- (3) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag (154/A) der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Abschaffung der Luxussteuer für Körperbehinderte (1096 d. B.)

Berichterstatter: Dkfm. Bauer (S. 11579)

Kenntnisnahme des Ausschußberichtes (S. 11579)

Zuweisung des Antrages 154/A an den Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 11579)

- (4) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag (155/A) der Abgeordneten Dr. Feurstein, Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Änderung des Umsatzsteuergesetzes 1972 (1097 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Steidl (S. 11579)

Kenntnisnahme des Ausschußberichtes (S. 11580)

Zuweisung des Antrages 155/A an den Ausschuß für soziale Verwaltung (S. 11580)

11524

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Eingebracht wurden**Bericht**

III-141: betreffend die Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zum 31. Dezember 1981, BM f. Bauten und Technik (S. 11540)

Anfragen der Abgeordneten

Dr. Marga Hubinek, Steinbauer, Pischl und Genossen an den Bundesminister für Unterricht und Kunst betreffend den „Österreichischen Kulturservice“ (1878/J)

Probst, Dr. Jörg Haider und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik

betreffend Pyhrn Autobahn „Umfahrung Trieben“ (1879/J)

Anfragebeantwortungen

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Feuerstein und Genossen (1775/AB zu 1801/J)

des Bundesministers für soziale Verwaltung auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen (1776/AB zu 1833/J)

des Bundesministers für Inneres auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen (1777/AB zu 1764/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Mag. Minkowitsch, Dritter Präsident Thalhammer.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Franz Brunner, Elisabeth Schmidt, Huber, Pelikan, Josef Schlager und Maria Stangl.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Sinowitz, Steyrer, Westreicher, Wiesinger und Gföllner.

Angelobung

Präsident: Von der Hauptwahlbehörde ist die Mitteilung eingelangt, daß der Abgeordnete Franz Hellwagner auf sein Mandat verzichtet hat und an seine Stelle der Abgeordnete Walter Resch in den Nationalrat berufen worden ist.

Da der Wahlschein bereits vorliegt und der Genannte im Hause anwesend ist, werde ich sogleich seine Angelobung vornehmen.

Nach Verlesung der Gelöbnisformel durch den Herrn Schriftführer wird der Herr Abgeordnete seine Angelobung mit den Worten „Ich gelobe“ zu leisten haben.

Ich ersuche nunmehr den Schriftführer Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Leitner um die Verlesung der Gelöbnisformel.

(*Schriftführer Dipl.-Ing. Dr. Leitner verliest die Gelöbnisformel. — Abgeordneter Resch leistet die Angelobung.*)

Ich begrüße den neuen Herrn Abgeordneten herzlich in unserer Mitte. (Allgemeiner Beifall.)

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für Handel, Gewerbe und Industrie

Präsident: 1. Anfrage: Herr Abgeordneter Stix (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie.

663/M

Welche konkreten Erfolge im Interesse der österreichischen Klein- und Mittelbetriebe hat der Vertreter Ihres Ministeriums im neu geschaffenen Beirat nach § 5 Abs. 2 Ausfuhrförderungsgesetz bis jetzt erzielt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Hier handelt es sich einfach um eine Bestätigung der Haftung. Es ist daher ein Erfolg insofern zu verzeichnen, als das, wenn die Österreichische Kontrollbank dies vorschlägt, selbstverständlich vom Beirat dann meistens auch bestätigt wird.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Stix: Verehrter Herr Bundesminister! Wir haben in Österreich ein sehr gut ausgebauts Exportgarantiesystem, von dem derzeit etwa 40 Prozent aller Exporte erfaßt werden. Es sind aber gesamtwirtschaftliche, volkswirtschaftliche und außenwirtschaftliche Aspekte bei der Weiterentwicklung dieses gesamten Systems zu beachten. Es ist dies mit einer jener Funktionen, die der Vertreter Ihres Ministeriums, Herr Bundesminister, in diesem Beirat wahrzunehmen hat, nämlich aus der Sicht des Handelsministeriums die volkswirtschaftlichen und weltwirtschaftlichen Aspekte dort vorzubringen.

Meine Frage an Sie, Herr Bundesminister, lautet: Mit welchen Vorstellungen geht Ihr Vertreter in diesen Beirat?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, um den Export zu steigern und dort alle notwendigen Vorschläge, die von unserem Ministerium, von anderen Ministerien oder insbesondere von den Interessenvertretungen kommen, durchzusetzen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Stix: Es hat unlängst in Wien eine Tagung der Société Universitaire Européenne de Recherches financières über das internationale Finanzierungssystem stattgefunden. Dabei sind sehr besorgte Stimmen laut geworden. Unter anderem hat es geheißen, daß in den letzten fünfzehn Jahren die Auslandsfinanzierung ein Ausmaß erreicht, das möglicherweise schon die Stabilität des internationalen Währungs- und Finanzsystems gefährdet. Wir bewegen uns also auf einem schmalen Grat, einerseits die Notwendigkeiten einer sich ausweitenden Exportfi-

11526

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Stix

nanzierung und auf der anderen Seite Sorgen über die Finanzierbarkeit.

Herr Bundesminister! Wie sehen Sie diesen finanziellen Aspekt der Exporte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Der Österreichischen Kontrollbank ist es bisher gelungen, diesen schmalen Grat, glaube ich, sehr erfolgreich zu beschreiten. Wir haben die notwendigen Mittel auf dem Weltmarkt, wenn Sie wollen, aufnehmen können. Die Österreichische Kontrollbank konnte daher auch alle Finanzierungen durchführen. Es handelt sich dabei auch keinesfalls um eine Exportsubvention, wie manchmal behauptet wird, sondern nur um ein Mischsystem. Sie wissen, wir haben den festen Satz und dazu den beweglichen Satz. Er wird jetzt allgemein anerkannt, und die österreichische Exportindustrie ist damit sehr zufrieden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Mühlbacher.

Abgeordneter Mühlbacher (SPÖ): Herr Bundesminister! Die Umsätze im Export haben sich erfreulicherweise wieder verbessert. Wir haben höhere Umsätze erreicht, sicherlich dank der Förderungsmaßnahmen, die gesetzt worden sind. Ich glaube, daß wir aber noch ein Reservoir haben, das wir ausnützen könnten. Das sind unsere Klein- und Mittelbetriebe, insbesondere die Gewerbebetriebe, die Produkte auf den Markt bringen, die sicherlich auch exportfähig sind. Nur gibt es dort halt die Schwierigkeit, daß man beim Export Sprachbarrieren bewältigen und gewisse Formalitäten erfüllen muß.

Meine Frage ist nun: Was machen Sie, Herr Bundesminister, hinsichtlich einer Erleichterung für diese Klein- und Mittelbetriebe, daß sie diese Schranken des Exportes durchbrechen, und bezüglich der Möglichkeit, daß diese Produkte auf den Weltmarkt kommen und dadurch unseren Export noch ausweiten könnten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Diesbezügliche Verhandlungen finden mit der Handelskammer laufend statt, um zusätzliche technische Einrichtungen zu schaffen und den Klein- und Mittelbetrieben bei der Überwindung der Sprachbarrieren, beim Ausfüllen von Exporterklärungen und so weiter zu helfen.

Darüber hinaus wurde aber für die Klein- und Mittelbetriebe extra der Exportfonds gegründet, der sich mit den Exportfinanzierungen der Klein- und Mittelbetriebe beschäftigt. Und hier sind ja große Erfolge zu verzeichnen. Waren es 1978 noch zirka 800 Fälle mit einem Kreditvolumen von 1,4 Milliarden, so sind es heuer schon, das heißt jetzt, zirka 2 200 Fälle mit 5,1 Milliarden Schilling.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter König.

Abgeordneter Dkfm. DDr. König (ÖVP): Herr Bundesminister! Wie der Abgeordnete Mühlbacher schon gesagt hat, liegt zweifellos bei den Klein- und Mittelbetrieben noch ein beachtliches Potential im Export da. Die Außenhandelsstellen der Bundeskammer, Sie selbst haben das ja anerkannt, unterstützen auf diesem Gebiet die österreichischen Betriebe vorbildlich. Wenn aber einmal eine Exportrelation aufgebaut ist, dann trifft es gerade den kleinen Betrieb besonders hart, wenn durch wirtschaftliche Entwicklungen im Importland, wie etwa jetzt durch die Beschränkungen in Nigeria, durch die Schwierigkeiten im Osten, Finanzschwierigkeiten auftreten.

Wird die Exportförderung, die Exportkreditförderung, in der Lage sein, diesbezüglich den kleinen Betrieben vorrangig unter die Arme zu greifen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Vor allem muß beiderseitig, den Groß- und den Klein- und Mittelbetrieben, vorrangig geholfen werden, wenn solche Importrestriktionen von Staaten erfolgen. Das geschieht auch im Einvernehmen mit der Handelskammer. Hier ist eine Trennung nicht notwendig, auch nicht möglich, denn, wie gesagt, wenn Importbeschränkungen in einem Staat gemacht werden, ist es Aufgabe des Handelsministeriums, im Einvernehmen mit der Handelskammer zu versuchen, das zu überwinden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Bauer.

Abgeordneter Dkfm. Bauer (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wie lauten die letzten Zahlen bezüglich des österreichischen Handelsbilanzdefizits?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Die Entwicklung ist positiv in der Hinsicht, daß wir vom Export her eine Steigerung von zirka 10 Prozent im ersten Quartal gehabt haben und vom Import her nur von 3 Prozent. Ich könnte Ihnen aber momentan die absolute Ziffer nicht sofort sagen, aber ich werde sie Ihnen selbstverständlich im Detail für das erste Quartal nachliefern.

Präsident: Anfrage 2: Herr Abgeordneter Stix (FPÖ) an den Herrn Minister.

664/M

Welche Zoll- und Handelsbegünstigungen haben Sie anlässlich des Gesprächs mit Ihrem jugoslawischen Amtskollegen Rotar diesem Nachbarland im einzelnen zugestanden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Zirka zehn Artikel.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Es hat unter anderem einen recht interessanten Vertragsabschluß gegeben zwischen Österreich und Jugoslawien hinsichtlich des Tausches von Lebensmitteln gegen Energie, sprich von Getreide gegen Kohle.

Besteht Ihrerseits die Absicht, diese Art Kooperation, die auch zum Teil auf die verbesserte Versorgung der österreichischen Wirtschaft mit Kohle abzielt und andererseits die Möglichkeit der Verwertung unserer Nahrungsmittelüberschüsseproduktion eröffnet, fortzusetzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! An und für sich ist Kompensation nicht ein Fortschritt, sondern sicherlich ein Rückschritt, denn 1945, also in der unmittelbaren Nachkriegszeit, hat man ja den Warenverkehr mit dem Ausland ausschließlich nur auf Kompensationsbasis gemacht. Das hat jetzt in manchen Staaten dazu geführt, daß sie sagen, wir können eure Waren nicht bezahlen, bitte nehmt dafür unsere Waren ab. Das ist auch in dem Fall hier mit dem Export von Getreide gegen Kohle der Fall gewesen.

Aber Sie haben recht: Wir beziehen seit Jahrzehnten aus der Tusslaer Gegend, also aus Bosnien-Herzegowina, Kohle, insbesondere die Österreichischen Draukraftwerke.

Daher war es leicht, dieses Geschäft dann letzten Endes zu einem Abschluß zu bringen.

Wir exportieren Weizen und beziehen Kohle. Ich glaube, das wird fortgesetzt werden, weil gerade dort dringend Weizen gebraucht wird, den wir in Überschuß haben, und wir die Kohle doch verwerten können. Das hat auf unsere Kohlenversorgung keinen wie immer gearteten Einfluß, weil die Kohlenversorgung gedeckt ist.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Ich teile Ihre Auffassung, daß die Rückkehr zum Naturalaustausch zunächst einmal ein Rückschritt ist. Ich sehe es aber deswegen nicht so dramatisch, weil das übergeordnete Ziel zweifellos der Ausbau der wechselseitigen Wirtschaftsbeziehungen ist, und ich stehe nicht an zu sagen, daß auch wir den Ausbau der allgemeinen Wirtschaftsbeziehungen zwischen Österreich und Jugoslawien sehr begrüßen und befürworten, und wenn es über den geldwirtschaftlichen Weg nicht geht und der naturalwirtschaftliche in diesem Fall einen Fortschritt bringt bei dem Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen, dann ist das, glaube ich, zu begrüßen.

Ich hätte aber dazu noch eine Frage: Es gibt ernstzunehmende Fachleute in Österreich, die der Meinung sind, daß beispielsweise auf dem Gebiet der Sonnenenergienutzung zwischen Österreich und Jugoslawien, das sich dafür anbietet, wesentlich mehr getan werden könnte. Was sind Ihre diesbezüglichen Vorstellungen oder sind sogar Maßnahmen in Vorbereitung?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Hier unterscheiden sich unsere Auffassungen, weil ich — bekanntlich bin ich auch für die Energie verantwortlich — für die Sonnenutzung absolut bin, nur sehe ich darin keine alternative Energielösung für die schwierigen Energieprobleme des nächsten Jahrtausends, nicht einmal unseres Jahrzehnts. Ich glaube daher, daß wir jedwede Unterstützung der jugoslawischen Seite geben sollten, sei es in Form von Know how, sei es in Form von Lieferungen von Kollektoren oder was immer gewünscht wird, und wenn eine Kooperation von der jugoslawischen Seite mit österreichischen Firmen gewünscht wird, werde ich das in jeder Beziehung unterstützen. Nur bitte ich, die Alternativenergie nicht zu überschätzen.

11528

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Präsident: Weitere Frage: Dr. Jörg Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Herr Bundesminister! Anlässlich von Wirtschaftsgesprächen, die auch Sie mit Ihrem jugoslawischen Amtskollegen geführt haben, ist in Medienberichten verbreitet worden, daß auch neuerdings über ein Regionalabkommen im speziellen zwischen Slowenien und Südkärnten gesprochen wurde und daß man versucht, hier ein spezielles Zollgebiet zu schaffen.

Ich darf Sie fragen: Sind tatsächlich solche Verhandlungen im Gange, die entgegen Ihren früheren Aussagen auf die Schaffung eines besonderen Regionalabkommens hinzielen, ohne daß der Standpunkt des betroffenen Bundeslandes entsprechend mitberücksichtigt wurde?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Erstens, Herr Abgeordneter, kann ich Ihnen versichern, was ich dem Herrn Landeshauptmann Wagner schriftlich und einige Male mündlich gesagt habe, daß gar nichts geschehen würde, wenn nicht das Bundesland Kärnten zustimmen würde.

Zweitens: Es ist richtig, daß die jugoslawische Seite ein solches Regionalabkommen seit längerer Zeit wünscht. Ich habe aber Herrn Minister Rotar klarmachen können, daß wir das aus verschiedensten Gründen — auch verfassungsrechtlich bedenklich — gar nicht machen können und auch keine Absicht seitens des Handelsministeriums besteht. Deshalb wurde von der jugoslawischen Seite eine Liste mit 36 Positionen vorgelegt, bei denen sie Zollermäßigungen gewünscht hat, um das Handelsbilanzdefizit zwischen Österreich und Jugoslawien zu verringern. Von diesen 36 Zollpositionen wurden 10 im Einvernehmen mit der Handelskammer — Sie können sich vorstellen, daß es nicht sehr leicht war, dieses Übereinkommen zu erzielen — ausgewählt, bei denen wir die GATT-Zollsenkungen, die jetzt in Etappen erfolgen werden, vorziehen. Die jugoslawische Seite ist damit einverstanden, und es ist beim letzten Staatsbesuch des Herrn Bundespräsidenten, den ich begleiten konnte, zu dieser Vereinbarung gekommen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Gorton.

Abgeordneter Dkfm. Gorton (ÖVP): Herr Bundesminister! Die wichtige Frage bei all diesen Verhandlungen mit Staatshandelsländern ist, daß stets die Reziprozität gewahrt

wird. Wir wissen, daß wir diese mit Jugoslawien in verschiedenen Fragen nicht haben, wir haben sie nach wie vor bei Beteiligungen nicht, wir haben sie aber nach wie vor auch im Kleinen Grenzverkehr nicht. Auf der einen Seite sind 1 200 S und auf der anderen Seite 1 200 Dinar vorgesehen.

Meine Frage an Sie, wobei ich vorwegnehme, daß Sie nichts unternehmen in Fragen des Kleinen Grenzverkehrs, ohne mit dem Lande Kärnten und auch der Handelskammer volle Übereinstimmung erzielt zu haben: Haben Sie sich bemüht, in diesen Fragen des Kleinen Grenzverkehrs zumindest auch eine volle Reziprozität herbeizuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Selbstverständlich, Herr Abgeordneter, denn die Reduktion, die von 1 500 Dinar auf 200 Dinar erfolgt ist, war für die Grenzstädte Österreichs von verheerender Auswirkung. Ich habe daher dieses Problem zur Sprache gebracht. Ich habe nicht erreichen können, daß wieder die alte Grenze — sprich 1 500 Dinar — zugesagt wurde, wohl aber, daß man bezüglich der Kontrollen, wenn Jugoslawien in Österreich etwas kaufen und dann zurückfahren, soweit es sich um ihren persönlichen Bedarf handelt — also nicht ganze Säcke von Kaffee, die, wie wir wissen, in Österreich gekauft und dann nach Jugoslawien gebracht wurden, das ist sicherlich einer der Gründe, warum wir im Vorjahr 42 000 Tonnen Kaffee einführen mußten —, großzügig vorgehen wird.

Präsident: Wir kommen zur Frage 3: Herr Abgeordneter Stix (FPÖ) an den Herrn Minister.

665/M

Mit welchen Maßnahmen werden Sie die Förderung der österreichischen Gewerkschaftsjugend auf Einführung des Englischunterrichtes an den Berufsschulen unterstützen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Durch Verhandlungen, Herr Abgeordneter.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Stix: Ich möchte zunächst Ihre persönliche Auffassung dahin gehend erfragen, ob auch Sie der Meinung sind, daß jener Teil unserer Jugend, der durch die Berufsschule geht, ebenfalls verpflichtend

Dr. Stix

zumindest einen weiteren Englischsprachunterricht erhalten sollte.

Wir Freiheitlichen sind dieser Auffassung. Es zeigt sich beispielsweise gerade im Fremdenverkehrsgewerbe, daß es sehr nützlich ist, wenn die jungen Leute verbesserte Sprachkenntnisse mitbringen.

Daher meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Wie ist Ihre persönliche Auffassung zu diesem Problem?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Meine persönliche Auffassung ist selbstverständlich positiv. Es ist gar keine Frage, daß ich darüber auch mit dem Unterrichtsministerium verhandeln muß, denn die Kompetenz liegt beim Unterrichtsministerium. Es gibt jetzt schon die freiwillige Möglichkeit, die in Wien von zirka 10 Prozent der Schüler für den Englischunterricht in den Berufsschulen wahrgenommen wird. In anderen Bundesländern sind es wesentlich weniger, in manchen überhaupt noch keine.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Sie sprechen von Verhandlungen. Damit ist auch die Frage des Zeithorizontes aufgeworfen. Haben Sie eine Zielvorstellung, bis zu welchem Zeitpunkt solche Verhandlungen positiv entschieden sein sollten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Da ich dafür nicht kompetent bin, kann ich keine Zielvorstellung haben, wie der Unterrichtsminister imstande sein wird, mit den Landes-schulbehörden und mit den Ländern zu einer diesbezüglichen Einigung zu kommen. Ich hoffe nur, so schnell als möglich.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Tichy-Schreder.

Abgeordnete Ingrid Tichy-Schreder (ÖVP): Herr Bundesminister! Sie wissen, daß auf der Wirtschaftsuniversität, wo junge Studenten zu Kaufleuten herangebildet werden sollen und auch den Export unterstützen sollen, keine Fremdsprache verpflichtend ist. Ich sehe ein, daß in verschiedenen Berufssparten Englisch als Fremdsprache für den Beruf wichtig ist.

Halten Sie es für sinnvoll, wenn bei einem Berufsschulunterricht, der blockmäßig vor sich geht, der innerhalb eines Jahres acht

Wochen Unterricht hat, während acht Wochen nur Englisch unterrichtet wird und in der übrigen Zeit nicht? Eine Fremdsprache muß doch dauernd gesprochen werden. Deshalb wollte ich Sie fragen, ob Sie es für sinnvoll erachten, daß man acht Wochen Englisch unterrichtet und im übrigen Jahr dann nicht.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Besser acht Wochen Englisch lernen als gar nicht. Darüber kann es gar keinen Zweifel geben. (Abg. Dipl.-Vw. Josseck: Yes, yes — und dann ist es aus!) Ich gebe schon zu, daß es natürlich zweckmäßig ist, wenn der Betreffende das ganze Jahr Englisch lernt. Es geht nicht darum, ob wir es wünschen, sondern die Frage ist, welche Möglichkeiten der Berufsschüler hat, um Englisch zu lernen. In der Berufsschule nur während der Berufsschulzeit. Darüber kann es keinen Zweifel geben.

Was die von Ihnen mit Berechtigung kritisierte Frage der Wirtschaftshochschule betrifft, so ist es ja so, daß hier eine Änderung durchgeführt wurde und jetzt wieder die Pflichtfächer in den Sprachen eingeführt wurden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Herr Bundesminister! Sie haben selbst bereits ausgeführt, daß in weiten Bereichen der Fremdsprachenunterricht an den Berufsschulen noch nicht funktioniert, obwohl wir etwa bei den Mitarbeitern im touristischen Bereich einen großen Bedarf hätten.

Ein Problem scheint mir auch darin zu liegen, daß es zu viele überfrachtete Lehrpläne gibt, die einmal entrümpelt werden müssen, um Schwerpunkte auch im Bereich der Berufsschulausbildung zu legen. Das könnte wesentlich auch von Ihnen initiiert werden, da Sie ja praktische Erfahrungen haben.

Ich möchte Sie fragen: Werden Sie Initiativen ergreifen und auch mit dem Unterrichtsminister in Kontakt treten, um gezielt eine Entlastung der Lehrpläne an den Berufsschulen vorzunehmen, damit für wichtige Bereiche, wie etwa den Fremdsprachenunterricht als Pflichtgegenstand, Platz geschaffen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Solche Gespräche finden ja behördemäßig ständig statt. Ich bin nur von der Gewerbesseite her

11530

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Bundesminister Dr. Staribacher

für die Lehrlingsausbildung zuständig, von der schulischen Seite her ist es ausschließlich der Herr Unterrichtsminister. Aber ich gebe Ihnen schon heute die Zusicherung, daß wir beide sehr kooperierend versuchen, eine modernere Berufsschulausbildung zu erreichen.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Herr Abgeordneter Stix (FPÖ) an den Herrn Minister.

683/M

Aus welchen Gründen sind die Ihrem Ressort zugeordneten Arbeitsgruppen „Energieprognose“ und „Prognosemethodik“ laut Amtskalender 1981/82 unbesetzt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Das war ein bedauerliches Versehen im Amtskalender. Die Korrektur wird vorgenommen. Selbstverständlich ist dieses Referat besetzt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Ich nehme also zur Kenntnis, daß offenbar nur ein Versehen hier Platz gegriffen hat. Ich muß Ihren Worten Glauben schenken, und weil ich Sie kenne, tue ich das auch.

Herr Bundesminister! Das löst aber nicht das Sachproblem, daß die Prognose neuerlich überlegt werden muß. Sie schreiben in Ihrem jüngsten Energiebericht: Seit der Prognoseerstellung haben sich einige Prognoseannahmen bestätigt. Andere sind unsicher geworden oder bereits überholt. Das WIFO unterzieht derzeit seine längerfristige Energieprognose wieder einer routinemäßigen Überprüfung. Die Ergebnisse sind für das Frühjahr 1982 zu erwarten.

Meine Frage: Liegen diese Ergebnisse vor und hat sich Ihre Prognosegruppe bereits damit beschäftigt?

Präsident: Das sind zwar zwei Fragen, aber bitte sehr, der Herr Minister wird sie beantworten.

Herr Minister, bitte.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Der jüngste Beweis ist erbracht, daß gerade über diese vom WIFO vorgelegten Unterlagen in diesen Kommissionen ständig verhandelt wird. Sektionschef Peyerl ist dafür verantwortlich. Wenn Sie schon mir nicht glauben, ihm werden Sie

sicherlich glauben. Es ist besetzt und wird von ihm wahrgenommen. Diese Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts werden jetzt gerade verhandelt.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Stix: Herr Bundesminister! Nachdem sich alle zurückliegenden Energieprognosen mehr oder weniger als falsch erwiesen haben, stelle ich an Sie die Frage: Haben Sie jetzt schon neue Prognosen, die Sie bewerten können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Jede Prognose sagt, wie es sein könnte. Es ist Aufgabe der dafür Verantwortlichen, dafür zu sorgen, daß Prognosen dann, wenn sie schlecht sind, nicht eintreten, sondern durch Maßnahmen korrigiert werden können; sie werden auch tatsächlich korrigiert.

Die Prognosen der Energieeinsparung besagten im vorigen Jahr keinesfalls, daß wir plus 5,5 Prozent einsparen werden, das heißt, um 5,5 Prozent weniger Energie verbrauchen werden. Das ist aber jetzt de facto eingetreten. Die neuen Prognosen werden im Juni dieses Jahres endgültig mit den Interessenvertretungen von allen beteiligten Ministerien durchgearbeitet werden und werden dann im Energiebericht, einem Bericht an das Haus, ihren Niederschlag finden.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Ettmayer.

Abgeordneter Dr. Ettmayer (ÖVP): Herr Bundesminister! Der österreichischen E-Wirtschaft ist es ja bisher, wenn auch um den Preis einer Preiserhöhung, gelungen, die Versorgung mit Strom sicherzustellen, was andererseits die Energieverwertungsagentur immer wieder zu euphorischen Äußerungen veranlaßt, daß es auch in Hinkunft keine Schwierigkeiten geben wird.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Teilen Sie diese euphorische Ansicht?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Ich habe diese Ansicht nie geteilt, denn ich als Energieverantwortlicher, auch für die Elektrizität zuständig, weiß, daß es üblich ist, daß zumindest eine Reserve in der Elektrizitätswirtschaft vorhanden ist, eine Produktionsreserve, die der größten Einheit entsprechen

Bundesminister Dr. Staribacher

muß. Das würde heute ungefähr 15 Prozent Reserve sein, und die besitzen wir nicht. Das heißt natürlich nicht, daß, wenn heute eines der größten Werke ausfällt, deswegen sofort der Strom ausgehen muß, sondern das ist technisch zu überwinden. Es sei denn, daß so wie gestern ein Schalter gegen alle Technik spielt. Das kann man nie verhindern! Aber sonst ist es so, daß wir durch entsprechende Verbindungen im Rahmen der UCPTE, das heißt, der westeuropäischen internationalen Elektrizitätsversorgung, Strom importieren können. Das müßten wir in diesem Fall machen, allerdings zu hohen Kosten. Daher ist es weltweit üblich, daß eine mindestens 15prozentige Produktionsreserve existiert, die wir derzeit bekanntlich nicht haben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Bundesminister! Es ist ja eine der Begleitmusiken unserer Energiepolitik, daß in der Vergangenheit in regelmäßigen Abständen Horrormeldungen in die Welt gesetzt wurden. Gerade immer im Herbst ist die Energieversorgung vor allem im Strombereich knapp vor dem Zusammenbrechen. Man kommt „hoffentlich“ gerade noch durch.

Auch Sie haben sich an diesen Pressemeldungen redlich beteiligt, auch im Hinblick auf Zwentendorf und die ganze Atomstromfrage. Nun hat der Verbunddirektor klar gesagt: Die Zukunft der Energieversorgung im Strombereich ist gesichert.

Meine Frage: Werden Sie sich in Hinkunft nicht an derartigen Pressemeldungen beteiligen, daß die Stromversorgung gerade noch mit Mühe und Not gesichert werden könnte?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ich habe niemals Horrormeldungen herausgegeben, sondern ich bin verpflichtet, dann, wenn ich gefragt werde, die Situation darzulegen. Das habe ich auch jetzt gerade bei meiner vorhergehenden Anfragebeantwortung getan. Ich mache keine Horrormeldung und habe das auch gar nicht notwendig. Ich bin aber nicht bereit zu erklären, es sei alles in schönster Ordnung, wenn heute die österreichische Elektrizitätswirtschaft ohne Reserve die Elektrizitätsversorgung, insbesondere im Winter, aufrechterhalten muß.

Ich werde daher nach wie vor die Fakten mitteilen. Es wird dann der Öffentlichkeit obliegen, sie zu beurteilen.

Präsident: Wir kommen zu Anfrage 5: Herr Abgeordneter Burgstaller (ÖVP) an den Herrn Minister.

684/M

Wie sollen die ausbleibenden Kohlenlieferungen aus Polen ersetzt werden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ich habe die Frage nicht ganz verstanden, weil ja bekanntlich die Versorgung auf dem Kohlensektor absolut gesichert war und auch die Polen wahrscheinlich heuer den Vertrag einhalten werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Burgstaller: Herr Minister! Es sind also weitere Kohlenlieferungen in der Größenordnung von 1,5 Millionen Tonnen notwendig. Wie weit sind diese Lieferungen vertraglich längerfristig gesichert?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Von Polen werden jetzt die vereinbarten Mengen, das sind ungefähr 1 Million Tonnen, quartalsmäßig ausgeliefert werden. Es hätte der polnische Handelsminister — er war ja hier — sogar eine zusätzliche Lieferung von 300 000 Tonnen angeboten. Obwohl die polnische Kohle billiger ist, konnten wir sie nicht nehmen, weil bereits „Eindeckungen“ aus Amerika und Deutschland erfolgt sind, und zwar deswegen, weil im Vorjahr bekanntlich die Polen nur zirka 55 Prozent der Vertragsmenge liefern konnten. Es mußte daher selbst von der POLCARBON, der gemischten polnisch-österreichischen Gesellschaft, Vorsorge getroffen werden, die Versorgung ihrer Abnehmer sicherzustellen.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Burgstaller: Herr Minister! In einem Entschließungsantrag, der 1980 hier im Haus beschlossen wurde — wobei die Initiative von unserer Partei ausgegangen war —, wurden gerade im Zusammenhang mit den Kohlenlieferungen eine liberale Importpolitik und eine Reihe von weiteren Maßnahmen angeregt. Wie weit wurden diese Maßnahmen von Ihnen bei der Importpolitik berücksichtigt?

Präsident: Herr Minister.

11532

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Bundesminister Dr. Staribacher: Diese sind hundertprozentig berücksichtigt worden mit Ausnahme der Sicherung der österreichischen Braunkohlenproduktion. Die österreichische Braunkohlenproduktion muß natürlich zuerst in Österreich abgesetzt werden, bevor entsprechende Braunkohlenmengen — ich rede nicht von Steinkohlen, die sind ja liberalisiert — nach Österreich eingeführt werden können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ): Herr Bundesminister! Wenn von der Energie die Rede ist, dann muß man sich immer wieder überlegen — der Teufel oder wer auch immer schläft nicht —: Wie schaut es aus, wenn wir die Polenkohle eines Tages — wir hatten ja schon einen Einbruch — nicht bekommen? Sie haben uns groß angekündigt, daß Sie daran arbeiten, eine Kohlebevorratung einzuführen.

Ich darf Sie daher fragen: Wie weit sind diese Überlegungen gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Diesbezügliche Gespräche finden statt. Ich habe mit dem Obmann des Kohlenfachhandels — er ist auch gleichzeitig Obmann der Sektion Handel —, Herrn Kommerzialrat Steidl, diesbezügliche Gespräche geführt. Wir sind einig geworden und haben jetzt ein Konzept entwickelt, wonach wir ähnlich wie bei der Ölbevorratung auch eine Kohlebevorratung in Österreich einführen würden. Ich muß mich noch mit der Bundeshandelskammer darüber endgültig einigen.

Präsident: Weitere Frage: Abgeordneter Ruhaltinger.

Abgeordneter Ruhaltinger (SPÖ): Herr Bundesminister! Die ausbleibenden Kohlenlieferungen würden für die VOEST-Alpine im Hüttenbereich die Arbeit und die Produktion sicherlich sehr erschweren. Besteht überhaupt die Gefahr, daß die bestehenden Lieferverträge, die die VOEST-Alpine abgeschlossen hat, irgendwo nicht eingehalten werden können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Wir hoffen, daß sie eingehalten werden; für den Fall aber, daß das, wie es in

der letzten Zeit zum Beispiel eben bei den polnischen Kohlenlieferungen geschah, nicht so ist, hat die VOEST-Alpine selbst vorgesorgt, indem sie in Amerika drüben Kohlengruben gekauft hat und dann eine zusätzliche Lieferung nach Österreich zustande bringt. Die polnische Kohle kostet ungefähr 1 370 S und die amerikanische zirka 1 600 S. Das heißt, wir sind daran interessiert, daß die polnischen Lieferverträge auch tatsächlich eingehalten werden. Das ist jetzt zu erwarten.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lußmann.

Abgeordneter Lußmann (ÖVP): Herr Bundesminister! Wir importieren derzeit ungefähr drei Viertel des Verbrauchs in Österreich an Kohle, nur ein Viertel wird im Inland aufgebracht. Da drängt sich förmlich die Frage auf: Wie könnten wir die eigenen Ressourcen besser nutzen?

Herr Bundesminister! Ich frage Sie daher: Welche Überlegungen stellt die Bundesregierung an, langfristig die eigenen Ressourcen besser abzusichern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Hier wurden gerade in der letzten Zeit wesentliche Geldmittel eingesetzt, und ich habe im Einvernehmen mit den Kohlengruben entsprechende Explorations- und Prospektionsarbeiten vorangetrieben, das heißt, im Einvernehmen mit dem Wissenschaftsministerium haben wir in den Lagerstättenplan-Untersuchungen entsprechende Maßnahmen gesetzt, und ich kann sagen, daß wir in der letzten Zeit etliche neue Kohlevorkommen entdeckt haben und daß ich annehme, daß wir, wie das auch im vergangenen Jahr geschehen ist, zusätzliche Bergwerke werden eröffnen können. Ich hoffe nur, daß diese dann auch einigermaßen rationell, sprich kostendeckend, abgebaut werden können.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Abgeordneter Ettmayer (ÖVP) an den Herrn Minister.

685/M

Was ist mit dem beim seinerzeitigen Staatsbesuch in Rumänien angekündigten Kooperationsprojekt der Steyr-Werke geworden?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Die Verhandlungen müssen weitergeführt werden.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ettmayer: Herr Bundesminister! Der Besuch, auf den ich anspiele, fand bereits im November 1978 statt, und damals hat die „AZ“ folgendes berichtet:

„Das wichtigste Projekt“ — das also im Zusammenhang Ihres Besuches in Rumänien erörtert wurde — „ist die geplante Zusammenarbeit mit den Steyr-Werken.“ Hervorgehoben wurde, daß das Werk in Brasov Fahrerkabinen für Steyr herstellen soll, und umgekehrt sollen die Steyr-Werke 320-PS-Motoren liefern.

Ich frage Sie, Herr Bundesminister: Warum werden bei Staatsbesuchen immer wieder Jubelmeldungen wie die über den Bau des Tunnels unter dem Suez-Kanal verbreitet, ohne daß dann etwas realisiert wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Sie werden von mir noch niemals eine Jubelmeldung gehört haben, sondern ich habe, wenn ich gefragt werde, zu berichten, was bei diesen Besuchen verhandelt wurde. Und so wie seinerzeit mit den Ägyptern über den Tunnel verhandelt wurde, woraus dann leider nichts wurde, so wurde auch mit den Rumänen dieses Kompensationsgeschäft verhandelt, und zwar nicht von mir, sondern von den Steyr-Werken selbstverständlich mit der rumänischen Firma AEXIM.

Meine Aufgabe ist es, die Steyr-Werke dabei zu unterstützen, was ich auch getan habe. Unter anderem habe ich jetzt diesbezüglich auch mit dem rumänischen Außenhandelsminister Avram einen Briefwechsel, weil die Probleme, die sich dann in weiterer Durchführung der Detailarbeiten heraustraktalisiert haben, Preisprobleme gewesen sind, die bis jetzt nicht gelöst werden konnten.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ettmayer: Herr Bundesminister! Ich stelle also fest, daß im Hinblick auf das genannte Projekt sehr wenig geschehen ist, und möchte Sie daher fragen, ob im Hinblick auf andere Projekte, die damals bei diesem Besuch in Aussicht gestellt wurden, etwas geschehen ist. Konkret wurde damals in Aussicht gestellt, daß österreichische und rumänische Firmen bei der Errichtung von Erdölraffinerien, von petrochemischen Anlagen und von Papierfabriken in Lateinamerika zusammenarbeiten.

Ich möchte Sie, Herr Bundesminister, also fragen: Welche dieser Projekte wurden realisiert?

Präsident: Die Frage soll sich in Hinkunft auf die Steyr-Werke beziehen! Aber bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter Ettmayer! Da Sie im Außen- dienst tätig sind, nehme ich an, daß Sie die Verhältnisse bei Verhandlungen mit Staats- handelsländern besser kennen müssen als die Öffentlichkeit. Sie wissen daher ganz genau, daß es dort üblich und notwendig ist, in Gemischten Kommissionen entsprechende Protokolle festzulegen, wonach die grundsätzliche Bereitschaft beider Staaten besteht, sich für solche Projekte einzusetzen. Das heißt, auf rumänischer Seite muß die rumänische Außenhandelsorganisation, auf österreichischer Seite — das geht ja gar nicht anders — muß die Privatfirma oder die verstaatlichte Firma, auch auf privatrechtlicher Basis, zu einem Abschluß kommen.

Daher zu sagen: Das sind alles Jubelmeldungen!, wenn dann berichtet wird, oder zu fragen: Was geschieht hier von Seiten des Staates?, das ist ja zu billig — bitte, nicht böse sein! —, sondern hier kann nur versucht werden — und das macht die Handelskammer genauso wie das Handelsministerium —, jedwede Unterstützung zu geben.

Ich habe gar keine andere Möglichkeit, als dem Außenhandelsminister Avram die notwendigen Informationen zu geben, ihn zu bitten, bei seinen Außenhandelsstellen, die ihm ja unterstehen, zu intervenieren. Ich habe gar keine andere Möglichkeit, als hier eben der Firma helfend einzutreten.

Und soweit ich weiß — ich könnte Ihnen solche Stöße vorlegen! — sind die Firmen mit dieser Vorgangsweise nicht nur sehr zufrieden, sondern geben auch zu, daß es der einzige richtige Weg ist.

Ich habe auch bei meinem jetzigen rumänischen Staatsbesuch genauso gehandelt. Und ich bitte, fragen Sie bei der Außenhandelsstelle, fragen Sie die Dutzend Firmenvertreter, die dort waren und die mir dort wirklich gesagt haben: Sie kommen uns ja schon wie ein Geldeintreiber für uns vor! Aber auch diese Funktion habe ich übernommen.

Es ist daher ganz anders, als Sie glauben, wie diese Verhandlungen dort im Osten geführt werden, wenn Sie es nicht sowieso besser wissen und hier nur diese Frage stellen, für die ich Ihnen sehr dankbar bin, weil ich Ihnen entsprechend antworten konnte.

11534

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Josseck.

Abgeordneter Dipl.-Vw. Josseck (FPÖ): Herr Bundesminister! Wenn Sie schon aus Kronstadt, wie ich es bezeichne — und nicht Brasov —, nichts nach Hause gebracht haben für die Steyr-Werke, stellt sich für mich folgende Frage: Von derselben Regierungsbank herunter, auf der Sie stehen, werden die Steyr-Werke immer geprügelt, weil sie seit Generationen Waffen erzeugen.

Jetzt frage ich Sie: Wenn man denen etwas weg nimmt, um was bemühen Sie sich, daß die Steyr-Werke an zusätzlichen Aufträgen bekommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Da würde ich Ihnen empfehlen, Herr Abgeordneter, sich bei den Steyr-Werken zu versichern. Ich bemühe mich um jedweden Export für die Steyr-Werke, was von dort auch in jeder Beziehung anerkannt wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Burgstaller.

Abgeordneter Burgstaller (ÖVP): Herr Minister! Ihre Antwort war in dem Zusammenhang etwas länger als sonst üblich. Sonst antworten Sie, es wird verhandelt, oder sonst irgendwie; für mich also sehr unvollständig.

Sie haben jetzt zweimal über Drittländerkooperationen in Rumänien verhandelt. Ich darf Sie daher konkret fragen: Was und welche Anlagengeschäfte im Zusammenhang mit Steyr wurden bei Ihrem letzten Besuch besprochen, und was ist herausgekommen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sie wissen vielleicht, daß die rumänische Zahlungssituation nicht sehr günstig ist. Ich hoffe, daß es uns gelingen wird — und das war meine Funktion beim letzten Staatsbesuch —, diese Zahlungsschwierigkeiten kurzfristig zu überwinden. Solange aber diese Zahlungsprobleme nicht geklärt sind, sind die Steyr-Werke nicht bereit, in konkretere Gespräche — sprich: womöglich Abschluß von Verhandlungen — einzutreten, wenn die entsprechenden Zahlungen nicht geklärt sind.

Dazu kommt aber noch, daß es in dem konkreten und vom Kollegen Ettmayer vorgelegten Fall doch Schwierigkeiten bezüglich der

Kompensation gegeben hat. Die Idee war ja, Kabinen aus Brasov hereinzunehmen und dann hier zu assembleieren und damit auf Drittmarkten oder in Österreich oder sonst irgendwo, auch in Rumänien, die Lkw zu verkaufen.

Hier hat sich dann eine Situation ergeben, daß die Kabinen zuerst als Ganzes preislich angeboten wurden. Als dann der Vertrag zu unterschreiben war, hat die rumänische Seite erklärt, es handelt sich nicht um die gesamten Kabinen, es handelt sich nur um Kabinenteile, die zur Diskussion gestanden sind. Dadurch sind natürlich das ganze Preisgefüge und die ganze Kompensation auseinandergebrochen, und es mußten daher jetzt neuerdings wieder diesbezügliche Verhandlungen aufgenommen werden.

Zwischendurch sind die Zahlungsschwierigkeiten, die wir hoffentlich sehr bald beilegen können, eingetreten, sodaß Sie schon ersehen, das ganze Problem ist irrsinnig komplex. Ich könnte Ihnen jetzt, wenn Sie wollen, eine halbe Stunde antworten, aber das entspricht nicht meiner Gewohnheit. Ich bin aber gerne bereit, Ihnen diesbezüglich ein Privatissimum zu geben.

Präsident: Bitte, Herr Abgeordneter Heigl.

Abgeordneter Heigl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Wir wissen, daß sich Kooperationsverträge über einen langen Zeitraum erstrecken. So ist es ja auch hier mit Rumänien der Fall gewesen bei Steyr-Daimler-Puch. Diese Gespräche werden ja weitergeführt.

Meine Anfrage an Sie geht dahin: Werden Sie Steyr-Daimler-Puch dabei unterstützen, denn es steht in Aussicht, daß doch in der nächsten Zeit vielleicht ein solcher Abschluß zustande kommen könnte.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dr. Staribacher: Herr Abgeordneter! Ich bin ja fest davon überzeugt, daß Steyr-Daimler-Puch früher oder später zu einem Abschluß imstande sein werden, und ich werde sie natürlich tatkräftigst dabei unterstützen, die aufgetretenen Schwierigkeiten zu überwinden.

Nur ist das, wie Sie selbst aus Ihrer Praxis als Betriebsratsobmann wissen, ungeheuer diffizil und bedarf sehr, sehr langwieriger und schwieriger Verhandlungen.

Bundesministerium für Inneres

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 7: Abgeordneter Ofner (FPÖ) an den Herrn Bundesminister für Inneres.

676/M

Wird das derzeit vorhandene Instrumentarium zur statistischen Erfassung der Ausländer aus der Sicht des Bundesministeriums für Inneres als ausreichend beurteilt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für Inneres Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben gegenwärtig ein Instrumentarium zur Erfassung von Ausländern in Österreich, das ein ziemlich umfassendes Bild über die ständig in Österreich aufhältigen Ausländer gibt. Erfassungsprobleme gibt es nur im Grenzbereich zwischen Kurzaufenthalt oder touristischem Aufenthalt und Daueraufenthalt.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Ofner: Herr Bundesminister! Der Präsident des Österreichischen Statistischen Zentralamtes schreibt auf die diesbezügliche Anfrage eines Staatsbürgers wörtlich:

„Wie Sie in Ihrem Schreiben vom 26. November 1981 richtig bemerken, ist es schwierig, Angaben über die Zahl der Ausländer in Österreich zu erhalten. Dies hängt damit zusammen, daß es in Österreich kein zentrales Ausländerregister wie zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland und keine laufende Wanderungsstatistik gibt. Eine umfassende Information über die Ausländer in Österreich kann daher nur den alle zehn Jahre durchgeführten Volkszählungen entnommen werden.“ — Soweit die Ansicht des obersten Zählers sozusagen.

Nun wissen wir — und das fällt in Ihr Ressort —, daß es Formen der Kriminalität gibt, die schlechthin als Ausländerkriminalität bezeichnet werden können, etwa der Terrorismus in all seinen Spielarten oder der Drogenhandel größeren Stils. Sind Sie dafür, daß unter diesen Voraussetzungen das, was der Präsident des Österreichischen Statistischen Zentralamtes schreibt, wirklich das A und O sein soll in diesen Dingen, oder meinen Sie, daß wir uns nicht auch ein zentrales Ausländerregister, wie es etwa in der Bundesrepublik Deutschland oder auch in den Vereinigten Staaten von Amerika längst eingeführt ist, zu eigen machen sollten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich glaube, man muß grundsätzlich zwischen zwei Dingen unterscheiden: einerseits die behördliche Erfassung von Ausländern in Form von Meldepflicht, in Form von ausländerpolizeilicher Behandlung, in Form von Registrierung an unseren Hochschulen, wenn es sich um ausländische Studenten handelt, um nur einige große Teilbereiche zu nennen, und andererseits die statistische Totalerfassung und die entsprechende Auswerfung der statistischen Zahl zu einem bestimmten Zeitpunkt. Hier hat offenbar auf eine diesbezügliche Anfrage der Präsident des Statistischen Zentralamtes eine Auskunft gegeben, die völlig mit meinem Informationsstand übereinstimmt.

Es ist jetzt nur die Frage, wie sinnvoll und nützlich es gerade im Hinblick auf die von Ihnen erwähnten Sicherheitsprobleme ist, ein Instrumentarium zur Totalerfassung, zur jederzeitigen Auswerfung der momentanen Zahl der Ausländer in Österreich zu schaffen, ohne damit irgendeinen wesentlichen sicherheitspolitischen Gewinn erzielen zu können. Denn an sich haben wir in dem Bereich, der hier interessant ist, vor allem über unsere ausländerpolizeilichen, fremdenpolizeilichen Unterlagen und die Meldeunterlagen jederzeit den Zugriff, dessen es zur Lösung eventuell heranreifender Sicherheitsprobleme bedarf, wobei ich bitte, Ausländerkriminalität oder das, was im Kriminalitätsbereich für Ausländer typisch sein soll, mit Terrorismus nicht gleichzusetzen. Wir haben leider auch andere terroristische Aktivitäten, durchaus nicht von Ausländern gesetzt, in unserem Land erleben müssen, wenn dies auch schon länger zurückliegend ist.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Ofner: Die wenigen Einzelfälle, die länger zurückliegen, ändern nichts daran, daß der Terrorismus schlechthin Ausländerkriminalität in Österreich ist, wie wir alle wissen und wie wir täglich, wenn wir die Zeitungen aufschlagen, wieder erkennen können. Aber Sie haben schon selbst die Lücke anklingen lassen, Herr Bundesminister. Heute wird nur wirklich erfaßt, wer Student ist, wer immatrikuliert ist, wer einem geregelten Arbeitsverhältnis nachgeht oder wer Asylant ist. Aber von den übrigen gibt es überhaupt keine detaillierten Festhaltungen über Herkunft, Alter, Beruf, Dauer der Anwesenheit et cetera.

Ich frage unter diesen Aspekten, ob Sie nicht der Ansicht sind, daß auch in Österreich aus Sicherheitsüberlegungen, aber auch aus

11536

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Ofner

Gründen der Arbeitsmarktpolitik ein zentrales Register, wo die Behörden jederzeit vollständig und detailliert Auskunft erhalten könnten, wie in anderen großen Demokratien eingeführt werden sollte.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Diese Idee wird schon länger aus dem Gesichtswinkel der Sicherheitsbehörden überlegt. Warum es bisher zu keiner Ausformung in Gestalt eines Vorschlags gekommen ist, hat mehrere Gründe. Einer davon ist, daß man zuerst einmal die sich damit ergebenden Fragen der Datenerfassung und des Datenschutzes im Lichte der neuen Gesetzgebung abwarten und dieses ganze Problem nicht noch mit einem zusätzlichen befrachten wollte. Grundsätzlich stellt sich aber, so meine ich, vor allem aus der Sicht des österreichischen Steuerzahlers die Frage, abgesehen von allem Persönlichkeitschutz und rechtlichen Überlegungen: Was kostet solch ein Totalerfassungssystem, und was bringt es an sicherheitspolitischem Gewinn gegenüber dem Jetztzustand, denn das wäre ja die Vergleichsbasis? Darüber sind selbst in Fachkreisen, die eindeutig eine Sicherheitspräferenz in ihrer Sicht haben, die Meinungen geteilt, ob sich das Ganze dafür steht.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich stimme mit Ihnen überein, daß es derzeit sicherlich verfrüht wäre, ein zentrales Bevölkerungsregister in Österreich einzurichten. Es gibt ja auch sehr große Bedenken gegen ein solches Register von den Bundesländern. Andererseits ist allerdings der Wunsch berechtigt, daß man zu einer Totalerfassung der Ausländer kommen sollte. Sie wissen ja heute nicht, wie viele Ausländer sich beispielsweise am 1. Jänner 1982 in Österreich aufgehalten haben. Es gibt allerdings drei Bundesländer, die hier einen eigenen Weg gegangen sind: Vorarlberg, Burgenland und Wien.

Ich frage Sie: Warum übernimmt das Ministerium beziehungsweise das Österreichische Statistische Zentralamt nicht diese Erfassungsart der Ausländer, wie sie in diesen drei Bundesländern vorgenommen wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Die Erfassung jener Ausländer, die der Meldepflicht unterliegen,

kann nur über die Meldeämter erfolgen. Erst der über drei Monate in Österreich lebende Ausländer unterliegt den fremdenpolizeilichen Vorschriften und wird ohnehin dort registriert, und zwar unabhängig von der natürlich gleichzeitig bestehenden Meldepflicht.

Im Meldebereich ist die breiteste Erfassung all dessen, was sich an nicht österreichischen Staatsbürgern in Österreich aufhält, gegeben. Im Meldebereich ist eine statistische Totalerfassung möglich, wenn sie in den Teilbereichen möglich ist, also beim Meldeamt — in Wien ist das praktisch eine Behörde, daher ist das viel leichter zu handhaben — oder in der Summe von Meldeämtern, die mit entsprechender Datenverarbeitung jederzeit auswerfen können, wie viele Ausländer unter den Gemeldeten sind, und damit die Grundlage für eine statistische Zahl liefern.

Dort, wo diese Voraussetzungen nicht gegeben sind, sind auch die Erfassung und damit das Auswerfen einer Zahl von in Österreich sich aufhaltenden Ausländern zu einem bestimmten Zeitpunkt nicht möglich, und es besteht keinerlei Möglichkeit, die Gemeindeämter zu einer bestimmten technischen Erfassungsform zu zwingen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Jörg Haider.

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Herr Bundesminister! Wie Ihren vorhergehenden Ausführungen zu entnehmen ist, haben Sie Bedenken aus der Sicht des Datenschutzes gegen eine solche zentrale Erfassung. Ich glaube aber, daß das Datenschutzgesetz ausreichend Möglichkeiten bietet, daß Sie eine solche Zentralerfassung vornehmen. Sie haben aber auch klar zugegeben, daß eigentlich die innere Sicherheit schon deshalb nicht gewährleistet ist, weil Sie gar keinen Überblick haben über die Wanderungen der verschiedenen Ausländer in die verschiedenen Regionen und Orte, womit ein gewisses Sicherheitsvakuum gegeben ist.

Ich darf Sie fragen: Welche konkreten Initiativen werden Sie in nächster Zeit unternehmen, um sich als Verantwortlicher für die öffentliche Sicherheit in Österreich einen größeren Überblick und eine bessere Information zu verschaffen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Vorerst einmal möchte ich klarstellen, daß die von Ihnen gezogenen Schlüsse aus meinen vorangegangenen Antworten eine mehr als freie Interpre-

Bundesminister Lanc

tation sind. Ich möchte daher mit aller Eindeutigkeit feststellen: Es gibt in den Bereichen, die heute nicht amtlich erfaßt sind, was den Aufenthalt von Ausländern in Österreich anlangt, nur so kleine und zeitmäßig vorübergehende Lücken, daß man das wirklich vernachlässigen beziehungsweise jedenfalls daraus nicht den Schluß ziehen kann, daß hier irgend ein Sicherheitsrisiko gegeben ist.

Wir haben außerdem durch unser Netz von Sicherheitsbehörden und Dienststellen in Österreich eine derart genaue Information darüber, wenn durch irgendwelche Wanderungen von Ausländern in Österreich eine Veränderung in der Situation eintritt oder gar Gefahren daraus entstehen könnten. Wir werden sofort informiert. Wir sind ja beispielsweise auch darüber informiert worden, wenn die vom deutschen Bundesverfassungsschutz verbotene Wiking-Jugend in Kärnten Lager abgehalten hat.

Präsident: Wir kommen zur 8. Frage: Herr Abgeordneter Frischenschlager (FPÖ) an den Herrn Bundesminister.

675/M

Existieren in Ihrem Ressort nähere Richtlinien dafür, in welcher Form Hinweisen auf mögliche beziehungsweise angebliche Mißstände im Bereich der Exekutive nachzugehen ist?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Sowohl im Bereich der Bundespolizei als auch der Bundesgendarmerie existieren Richtlinien über die Überprüfung möglicher beziehungsweise angeblicher Mißstände.

Präsident: Weitere Frage.

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Sie werden verstehen, daß ich auf den Anlaßfall ganz kurz eingehe, die Rathauswachstube in Salzburg, wo sich zwei Bürger an mich gewandt und behauptet haben, sie wären dort tatsächlich von Polizisten angegriffen worden.

Ich habe in einem Schreiben an Sie versucht, den Sachverhalt ohne Öffentlichkeit vorzubringen. Leider ist das Schreiben an die Polizeigewerkschaft gekommen, es ist eine Polemik daraus entstanden. Ich möchte mich bei Ihnen bedanken, daß Sie in einem Schreiben an mich inzwischen klargemacht haben, daß Sie bedauern, daß dies diesen Weg gegangen ist.

Aber zum Anlaßfall selbst. Die Schwierig-

keit ist, daß die Personen sagen, sie wären unter der Gefahr der Verleumdungsanzeige, wenn sie ihre Informationen an die Polizei weitergeben.

Meine Frage, um diesen Fall aus der Welt zu schaffen: Sehen Sie einen Weg, daß ich mich mit den betroffenen Personen an die Polizeidirektion in Salzburg oder an eine Stelle im Ministerium wende, daß sie ihre Behauptungen dort vorbringen, ohne daß sie sich der Gefährdung der Verleumdungsanzeige aussetzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Ich möchte hier noch einmal in aller Form feststellen, daß die Vorgangsweise, das Beschwerdeschreiben von Ihnen, das allgemein gehalten war, mit der Personalvertretung zu besprechen, gesetzlich nicht gedeckt war. Ich habe daher auch die ausdrückliche Weisung gegeben, daß so etwas nicht mehr zu geschehen hat. Ich möchte mich dafür noch einmal in aller Form entschuldigen.

Zu der von Ihnen angeschnittenen Frage, für deren Aufwerfen ich Ihnen sehr dankbar bin. Ich habe dieses Problem auch schon des öfteren mit dem für meinen Ressortbereich zuständigen Herrn Volksanwalt besprochen. Wir stehen hier vor dem Problem, daß sich einerseits der Staatsbürger, der sich in seinen Rechten durch ein Sicherheitsexekutivorgan beschnitten fühlt und ein Beschwerderecht hat, in der Ausübung dieses Rechtes eingeschlossen sieht, weil er für den Fall, daß er seine Behauptungen nicht belegen oder gerichtsnormatisch, wenn es sich um solche Fälle handelt, die gerichtlich zu verfolgen sind, nicht nachweisen kann, Gefahr läuft, von demjenigen, gegen den er die Beschuldigung erhoben hat, wegen Verleumdung geklagt zu werden.

Ich habe daher in solchen Fällen, wo es sich nicht um allzu krasse Dinge gehandelt hat — und mehr konnte ich bei der Rechtslage nicht tun —, die von solchen Beschwerden betroffenen Beamten gebeten, von Verleumdungsklagen Abstand zu nehmen. Aber ich habe nach Auskunft der Herren meines Ministeriums — und wir haben das auch schon in einem breiteren Kreis von Fachleuten, vor allem Juristen, diskutiert — keine Möglichkeit, den Staatsbürger in Sicherheitsexekutivuniform um seine Rechte zu bringen, etwa durch eine entsprechende Weisung. Hier haben wir offen gestanden noch keinen Ausweg gefunden.

Präsident: Weitere Frage.

11538

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Abgeordneter Dr. Frischenschlager: Herr Bundesminister! Ich möchte mich wirklich noch einmal bedanken, daß Sie dieses Problem so generell angehen, weil ich wirklich glaube, es geht nicht darum, daß man sich an der Polizei abputzt, aber das Problem besteht eben wirklich, wie man derartige Dinge aufgreift.

Sehen Sie nicht eine Möglichkeit darin, daß man zum Beispiel auf Polizeidirektionsebene eine Art Beschwerdestelle einrichtet, wo auf eher informelle Art und Weise derartige Vorfälle besprochen werden können, auch im Interesse der Beamten, weil ich ja durchaus einsehe, daß die Polizisten auch in einer schwierigen Situation sind, denn gelegentlich müssen sie zugreifen. Sehen Sie in der Einrichtung solcher Beschwerdestellen eine Möglichkeit, dieses Problem aus der Welt zu schaffen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Wir haben solche Beschwerdestellen sukzessive und über das ganze Bundesgebiet, also bei Gendarmerie und Polizei, gelegt — bereits im Jahre 1980 sozusagen abgeschlossen —, errichtet. Es gibt also Beschwerdestellen bei allen Bundespolizeidirektionen, bei allen Landesgendarmeriekommanden.

Wir haben auch eine Statistik erstellt, die Auskunft darüber gibt, wie viele Beschwerden und worüber es gegeben hat. Ich kann Ihnen das gelegentlich gerne zur Verfügung stellen.

Es waren im abgelaufenen Jahr über 2 000 Beschwerden, die über diese Beschwerdestellen hereingekommen sind. Allerdings ist in dieser Ziffer auch jene Zahl von Beschwerden enthalten, die über die Volksanwaltschaft gekommen sind.

Im Regelfall ergibt sich hier kein Problem. Aber es gibt eben immer wieder Fälle außerhalb der Regel, wo die Anschuldigung besonders kraß ist und wo vor allem die Rechtsfolgen für den Beschuldigten, für den Fall, daß er sich nicht zur Wehr setzt, existentiell sein können. Und das ist die Nahtstelle, wo wir bisher zugegebenermaßen das Problem nicht lösen konnten.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Elmecker.

Abgeordneter Elmecker (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! In Ihrem Ressortbereich gibt es ja auch die Funktion des Generalinspizierenden. Inwieweit sehen Sie die

Möglichkeit, ihn in solchen Fällen einzusetzen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Das ist eine der vornehmlichsten Aufgaben, die im Rahmen der Tätigkeit des Generalinspizierenden für die österreichische Sicherheitsexekutive zu beachten sind.

Es war auch seiner Anregung zu danken, daß wir am Beginn des Vorjahres mit allen Beschwerdereferenten der einzelnen Sicherheitsbehörden und Dienststellen eine zentrale Zusammenkunft in Wien veranstaltet haben, über die alles läuft, sowohl von der Seite der beschuldigten Kollegen her als auch von der Seite des beschwerdeführenden Staatsbürgers her, damit diese Kollegen in direktem Kontakt mit der Ressortführung sagen, wo es hier noch Verbesserungen in der Abwicklung des Beschwerdewesens geben kann. Und ich darf sagen, daß diese Tagung nicht unweentlich dazu beigetragen hat, daß die Abwicklung der Beschwerdefälle jedenfalls im Lauf der Zeit immer weniger holprig oder immer weniger schwierig wird, vom Standpunkt des Beschwerdeführers aus gesehen, denn für den ist ja die Einrichtung nun einmal geschaffen, auch dann, wenn soundso viele Leute Beschwerde führen, wo sich letzten Endes herausstellt, daß sie zumindest nicht berechtigt war.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Lichal.

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Bundesminister! Herr Abgeordneter Dr. Frischenschlager! Ich glaube, es steht außer Frage, daß Übergriffe selbstverständlich abgestellt gehören. Andererseits muß man natürlich auch dem Exekutivbeamten, der ja für diese Ordnung sorgen soll, auch das Recht einräumen, sich gegen Verleumdungen und Unterstellungen wehren zu können, sodaß der Rechtsbrecher nicht immer mehr Rechte bekommt und der Ordnungshüter in Nachteil gelangt.

Ich darf Sie daher fragen, Herr Bundesminister, ob Sie auch gewillt sind, dafür Sorge zu tragen, daß der Schutz dieser Exekutivbeamten in Ausübung ihrer Tätigkeit verbessert und vermehrt wird. Denn ich darf nur eine Frage hernehmen: Bei Staatsbesuchen zum Beispiel gibt es immer wieder die Klage, daß die begleitenden Kriminalbeamten selbst nicht ausreichend geschützt sind, ja nicht einmal eine Kugelweste zur Verfügung gestellt bekommen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Letzteres stimmt sicherlich nicht, außer sie lehnen es selber ab. Und Sie wissen ganz genau, daß wir heute unseren Beamten eine auf den jeweiligen Einsatz viel besser als je zuvor in Österreich abgestimmte Ausrüstung und Bewaffnung zur Verfügung stellen.

Aber Ihre ursprüngliche Frage war ja die des Schutzes der Beamten vor ungerechtverfertigten Beschwerden. Das mündet schließlich wieder dort, wo sich entweder beide Teile: Beschwerdeführer und unter Umständen zu Unrecht beschuldigter Exekutivbeamter, darauf einigen, die Sache auf sich beruhen zu lassen, oder wo eben einer von beiden Teilen den Rechtsweg beschreitet. Und das werden wir nicht aus der Welt schaffen können, solange der Rechtsstaat existiert.

Präsident: Weitere Anfrage: Herr Abgeordneter Ofner.

Abgeordneter Dr. Ofner (FPÖ): Sehr geehrter Herr Minister! Die Situation stellt sich ja ganz eindeutig und für alle erkennbar — und wir sind Ihnen dankbar, daß Sie von demselben Standpunkt ausgehen — so dar, daß der Abgeordnete Frischenschlager nicht etwa die Salzburger Polizei oder irgendwelche Salzburger Beamte anschwärzen hat wollen, sondern daß er einen wertvollen Beitrag im Sinne einer Ausräumung eines latenten Konfliktes in dieser Richtung geleistet hat.

Das ist ja in Wahrheit ein uraltes Problem. Irgend jemand erklärt, er sei im Zusammenhang mit Amtshandlungen zu Schaden gekommen. Und jetzt erhebt sich für ihn die Frage, die auch den Anwalt dann in weiterer Folge oft beschäftigt: Tu ich was oder tu ich nichts? Und in der Regel — das muß ich leider sagen — muß man als Parteienvertreter, als Anwalt dem Betroffenen raten, nichts zu tun. Denn wenn er dann vor Gericht steht, ist es in der Praxis so (*der Präsident gibt das Glockenzeichen*) — ich bin gleich so weit, Herr Präsident, ich muß nur ein bissel weiter ausholen (*Heiterkeit*) —, ist es in der Praxis so, daß die Richter dazu neigen, dem unter Amtseid aussagenden Exekutivbeamten eher zu glauben als dem Betroffenen.

Meine Frage an Sie geht nun dahin, Herr Bundesminister: Sehen Sie eine Möglichkeit, bei der Ausbildung der Exekutive noch intensiver darauf hinzuwirken, daß noch mehr Wert als bisher darauf gelegt wird, daß es zu solchen Zwischenfällen gar nicht kommen kann, also noch mehr als bisher dezidierte

Ausbildung in der Richtung, daß es dieses Mißverhältnis zwischen Exekutive und Staatsbürger, das mitunter aufkommt, in Zukunft weniger geben kann als bisher?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Lanc: Der Schwerpunkt der Ausbildung unserer Sicherheitsexekutivbeamten sowohl bei der Gendarmerie als auch bei der Polizei liegt schon seit langem — ich möchte ausdrücklich sagen, lange vor Antritt meiner Ressortverantwortung — auf dem Gebiete der Schulung und Ausbildung der jungen Beamten für einen richtigen Bürgerkontakt. Wenn ich vorhin die 2 000 Beschwerdefälle von Millionen Amtshandlungen im vergangenen Jahr erwähnt habe, dann sind der Großteil solche Beschwerden, die sich aus Amtshandlungen im Zuge der Verkehrsüberwachung ergeben.

Ich möchte die heutige Fragestunde zum Schluß auch dazu benützen, da ja gerade wieder neue Kontrollaufgaben für die Sicherheitsexekutive im Straßenverkehr in Diskussion stehen, auch zu überlegen, wie sich das auf das Gesamtverhältnis Sicherheitsexekutivbeamter und Bürger auswirken wird.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortungen 1775/AB bis 1777/AB eingelangt sind.

Die in der letzten Sitzung eingebrachten Anträge weise ich zu wie folgt:

Dem Bautenausschuß: Antrag 176/A der Abgeordneten Kittl, Dkfm. Dr. Keimel, Probst und Genossen betreffend eine Novelle zum Wasserbautenförderungsgesetz;

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten: Antrag 177/A der Abgeordneten Dr. Heinz Fischer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Ein-, Aus- und Durchfuhr von Kriegsmaterial geändert wird.

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Regierungsvorlagen folgenden Ausschüssen zu:

dem Handelsausschuß: Bundesgesetz, mit dem das Preisgesetz geändert wird (Preisgesetznovelle 1982) (1062 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Versorgungssicherungsgesetz geändert wird (1063 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Schrottlen-

11540

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Präsident

kungsgesetz geändert wird (1080 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das Berggesetz 1975 geändert wird (Berggesetznovelle 1982) (1094 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz über die Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (1064 der Beilagen);

Bundesgesetz, mit dem das 3. Schatzschein gesetz 1948 geändert wird (1091 der Beilagen);

Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen abrufbaren Kapitalanteilen bei der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (1092 der Beilagen);

dem Verkehrsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrgesetz 1967 geändert wird (6. Kraftfahrgesetz-Novelle) (1093 und Zu 1093 der Beilagen);

dem Bautenausschuß

weise ich den eingelangten Bericht des Bundesministers für Bauten und Technik betreffend die Rechnungsabschlüsse des Bundes-Wohn- und Siedlungsfonds und des Wohnhaus-Wiederaufbaufonds zum 31. Dezember 1981 (III-141 der Beilagen) zu.

Behandlung der Tagesordnung

Präsident: Einvernehmlich schlage ich vor, daß von der 24stündigen Aufliegefrist der Ausschußberichte bezüglich des ersten, dritten und vierten Tagesordnungspunktes betreffend das Garantiegesetz, die Abschaffung der Luxussteuer für Körperbehinderte und das Umsatzsteuergesetz gemäß § 44 Absatz 2 der Geschäftsordnung abgesehen wird.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit einstimmig angenommen.

1. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 174/A der Abgeordneten Ing. Sallinger, Mühlbacher, Dipl.-Vw. Dr. Stix und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Garantiegesetz 1977 geändert wird (1095 der Beilagen)

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Antrag 174/A der Abgeordneten Ing. Sallinger, Mühlbacher, Dipl.-Vw. Dr. Stix und Genossen betreffend

ein Bundesgesetz, mit dem das Garantiegesetz 1977 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dr. Schüssel. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Schüssel: Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Der gegenständliche Initiativantrag wurde am 28. April 1982 im Nationalrat eingebracht und wie folgt begründet:

Mit der Garantiegesetznovelle 1981 wurde im § 1b Abs. 3 die Möglichkeit der Insolvenzhilfe mittels Forderungsankauf durch die Finanzierungsgarantie-Gesellschaft mbH geschaffen. Der hiefür vorgesehene Rahmen von 700 Millionen Schilling war mit 350 Millionen Schilling für Klein- und Mittelbetriebe bestimmt.

Der Unterausschuß des Aufsichtsrates der FGG hat bereits fünf Vergabesitzungen durchgeführt und dabei Mittel in Höhe von 232 Millionen Schilling positiv beschlossen. Durch die schwierige wirtschaftliche Situation bedingt, langen derzeit im Tagesdurchschnitt fünf Anträge bei der FGG ein.

Anlässlich der Parteienverhandlungen über das Bundesgesetz über Leistungen des Bundes an die Österreichische Länderbank AG wurde daher seitens des Bundesministers für Finanzen die Zusage gemacht, die Insolvenzhilfe für Klein- und Mittelbetriebe um 170 Millionen Schilling aufzustocken.

Dem Bund erwachsen daher Mehrkosten in Höhe von 170 Millionen Schilling.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung am 12. Mai 1982 in Verhandlung genommen und mit Stimmeneinhelligkeit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem dem Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, beantrage ich, General- und Spezialdebatte unter einem durchzuführen.

Präsident: Ich danke für die Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich der Abgeordnete Sallinger.

10.08

Abgeordneter Ing. Sallinger (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der heute zur Debatte stehende und von allen drei Parteien unterstützte Abänderungsantrag zum Garantiegesetz 1977 ist meines Erachtens ein wichtiger Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen. Dieser gemeinsame Antrag, meine Damen und Herren, ist aber auch ein Beweis, daß Zusammenarbeit in der Wirtschaftspolitik in unserem Land immer noch möglich ist und daß diese Zusammenarbeit auch fruchtbar sein kann. (Beifall bei der ÖVP.)

Mit der Garantiegesetznovelle 1982 werden weitere 170 Millionen Schilling für kleine und mittlere Betriebe wieder zur Verfügung gestellt, und zwar für jene Betriebe, die durch Insolvenzen anderer Unternehmungen in ihrer Ertragslage stark geschwächt worden sind oder sogar in ihrer Existenz bedroht sind. Schon im Vorjahr haben wir erreicht, daß im Garantiegesetz nicht nur Großinsolvenzen, sondern auch Folgewirkungen auf kleine und mittlere Betriebe berücksichtigt werden. Damals — es ist ja heute schon gesagt worden — wurden 350 Millionen Schilling für diesen Zweck zur Verfügung gestellt. Damit konnten bisher 579 Unternehmungen mit einem Forderungsvolumen von zirka 407 Millionen Schilling eine Hilfestellung erhalten, und weitere Anträge um zirka 400 Millionen Schilling sind noch in Bearbeitung. Dann aber, meine Damen und Herren, wird dieses vorgesehene Volumen von 350 Millionen Schilling ausgeschöpft sein, und es stehen keine Geldmittel für eine weitere Hilfeleistung zur Verfügung.

Die Insolvenzstatistik zeigt, daß heuer kleine und mittlere Betriebe noch stärker betroffen worden sind als im Vorjahr. Es ist festzustellen, daß die Insolvenzsumme zwar gesunken ist, aber die Anzahl der Insolvenzfälle ist stark gestiegen. Und das, meine Damen und Herren, ist für uns ein Alarmzeichen, weil es sich um die kleinen und um die mittleren Betriebe handelt. Und es ist leider notwendig geworden, über 350 Millionen Schilling hinaus einen zusätzlichen Betrag zur Verfügung zu stellen, um eine Sicherung gerade der kleinen und mittleren Betriebe vor Insolvenzfällen zu erreichen, aber damit auch eine gewisse Sicherung der Arbeitsplätze zu gewährleisten.

Ich hoffe, daß nun die insgesamt zur Verfügung stehenden Geldmittel von zirka einer halben Milliarde Schilling ausreichen werden, daß die ärgsten Schäden im Bereich der kleinen und mittleren Betriebe vor allem im Hin-

blick auf die Beschäftigten abgewendet werden können. Wir sind — das glaube ich hier feststellen zu müssen — immer dafür eingetreten, daß es bei Maßnahmen zur Arbeitsplatzerhaltung in erster Linie wirklich nur um die Arbeitsplätze, nicht aber um eine Bevorzugung oder eine Benachteiligung der Betriebe geht. (Beifall bei der ÖVP.)

Für uns sind alle Arbeitsplätze gleichwertig, ob in kleinen oder in großen Betrieben. Eines, meine Damen und Herren, steht allerdings fest: daß es wirklich sichere Arbeitsplätze nur in gesunden und in ertragreichen Betrieben gibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich weiß, das habe ich in den letzten Monaten oft wiederholt. Ich glaube aber, daß es richtig ist, daß man immer wieder darauf hinweist. Allein mit ständigen Defizitabdeckungen kann man eben keine Arbeitsplätze sichern. (Beifall bei der ÖVP.)

Diese kleinen und mittleren Betriebe haben gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten bewiesen, daß sie krisenfest sind, daß sie wendig sind und daß sie Unsicherheiten, die in diesem Sektor bestehen, zur Kenntnis nehmen und auch helfen. Sie nehmen nämlich meist keinen Rechenstift zur Hand, sondern sie haben mit ihren Mitarbeitern ein gutes und freundschaftliches Verhältnis im Betrieb und halten diese Arbeitskräfte so lange, wie es ihnen finanziell möglich ist. Man könnte eigentlich sagen, sie strecken sich gemeinsam nach der Decke. Ich darf feststellen, daß das eine menschliche Haltung von diesen Unternehmern ist, und dafür möchte ich ihnen an dieser Stelle auch danken. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Deshalb ist es nicht nur für den einzelnen Betrieb, sondern für die ganze Volkswirtschaft von großer Bedeutung, diesen Betrieben eine Überbrückungshilfe zu geben, wenn sie vorübergehend und noch dazu nicht aus eigener Schuld in Schwierigkeiten kommen. Daher haben wir auch seit Jahren gefordert, daß die öffentliche Hand nicht nur eine Hilfestellung an die Großbetriebe gibt, sondern daß diese kleinen und mittleren Betriebe — und das möchte ich besonders deutlich sagen — auch einbezogen werden, noch dazu, wenn sie durch Insolvenzen anderer — also nicht durch ihre Schuld; ich habe es schon einmal gesagt — in Schwierigkeiten kommen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Die bisherige Erfahrung mit der Insolvenzhilfe für Klein- und Mittelbetriebe hat gezeigt, daß die Richtlinien nicht ganz den tatsächlich in den Betrieben entstehenden Erfordernissen Rech-

11542

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Ing. Sallinger

nung tragen. Die bestehende Untergrenze von 20 000 S pro Einzelforderung bei einer Gesamtuntergrenze von 100 000 S für alle Forderungen pro Unternehmen hat nämlich gezeigt, daß viele keine Hilfestellung erhalten können und durch den Rost gefallen sind. Wenn nämlich ein Großteil dieser Forderungen geringer ist als 20 000 S, hat der Betreffende keine Hilfe erhalten, auch dann nicht, wenn die Gesamtsumme der Forderungen aus Insolvenzen die 100 000-S-Grenze überschritten hat.

Nun wurden unsere Einwände gegen diese Richtlinien auch akzeptiert, und wir haben erreicht, daß diese Grenze von 20 000 S gefallen ist oder nach Beschußfassung fällt. Außerdem werden in Hinkunft bei Insolvenzfällen nicht nur die Kapitalbeträge, sondern auch die Kosten und die Zinsen aus diesen Insolvenzfällen, die angemeldet sind, berücksichtigt.

Hohes Haus! Ich als Vertreter der Wirtschaft habe alle Bereiche der Wirtschaft zu vertreten, alle Sektionen, die in der Kammerorganisation aufscheinen, und das tue ich auch. Weil mir aber die kleinen und mittleren Betriebe, die sich am wenigsten selber helfen können und die meist nur Versprechen bekommen haben, ganz besonders am Herzen liegen, möchte ich feststellen, daß ich sehr froh darüber bin, weil diese Insolvenzhilfe für die mittelständische Wirtschaft wirklich sehr gut ist und weil sie bei allen Parteien — das möchte ich auch sagen — Verständnis gefunden hat.

Ich möchte aber dennoch in aller Deutlichkeit feststellen, daß es sich dabei keineswegs um eine aktive Förderung der Klein- und Mittelbetriebe handelt, sondern bestenfalls um ein Bemühen, in diesem Bereich den existenzbedrohenden Dominoeffekt von Großinsolvenzen auszuschalten oder aufzuhalten und dadurch auch wieder eine gewisse Sicherheit für Arbeitsplätze zu geben. Arbeitsplätze spielen eine große Rolle. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die Maßnahmen sind aber nicht nur deswegen notwendig geworden, weil unsere Wirtschaft von einem anhaltenden internationalen Konjunkturtief betroffen ist, sie sind vor allem auch deswegen erforderlich, weil unsere Betriebe durch ständige Belastungen durch Steuererhöhungen und besonders durch hohe Sozialkosten in ihrer Wettbewerbsfähigkeit und in ihrer Substanz schwer beeinträchtigt sind. Wenn wir heute Insolvenzfolgen mit öffentlichen Mitteln abwenden müssen, bedeutet das einen gewissen Ausgleich für die Politik, die die Wirtschaft überfordert. Die Berücksichtigung der Klein- und

Mittelbetriebe in der Beschäftigungssicherung, glaube ich, entspricht auch dem Mock-Kreisky-Abkommen zur Wirtschaftspolitik.

Dieses Abkommen, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sicher ein Fortschritt in der Wirtschaftspolitik und ein Beweis dafür, daß der gute Wille der Parteien zum Ausdruck gekommen ist und eine Zusammenarbeit in schwierigen Zeiten auch notwendig ist. (*Beifall bei der ÖVP.*) Damit ist allerdings unsere seit langem erhobene Forderung nach einer wirtschaftsgerechten Politik noch lange nicht erfüllt. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*) Wenn wir Krisen überwinden wollen — und ich glaube, das müssen wir tun — und auch einen Aufschwung erreichen wollen, dann brauchen wir dazu eine grundsätzliche Neuorientierung.

Meine Damen und Herren! Leistung muß sich wieder lohnen. Die Eigenkapitalbildung muß erleichtert und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe sowohl im Inland als auch im Ausland muß gefördert und gestärkt werden. Insbesondere aber sollten Experimente unterbleiben, die darauf hinauslaufen, Arbeitsplätze mit weniger Arbeit und mehr Kosten für die Betriebe zu sichern. Das, meine Damen und Herren, ist eine Illusion.

Die Unternehmer sollten wieder an eine Politik glauben können. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihre Initiativen zu entfalten. Sie müssen längerfristig planen können, damit hier auch eine Sicherung für Arbeitsplätze möglich ist. Nur so werden wir, glaube ich, eine dauerhafte Beschäftigung in unserem Land schaffen, für die die Österreichische Volkspartei auch eintritt. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Die heute im Parlament behandelte Novelle zum Garantiegesetz leistet sicher einen Beitrag, daß im klein- und mittelbetrieblichen Bereich viele Arbeitsplätze erhalten werden, die ansonsten vielleicht in Schwierigkeiten gekommen wären.

Meine Damen und Herren! Aus dieser Überlegung stimmt die Österreichische Volkspartei diesem Antrag zu. (*Beifall bei der ÖVP.*) 10.19

Präsident: Nächster Redner: Herr Abgeordneter Mühlbacher.

10.20

Abgeordneter Mühlbacher (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es wurde bereits ausgeführt, daß mit dieser Novelle zum Garantiegesetz die Voraussetzung

Mühlbacher

geschaffen wird, die Insolvenzhilfen für Klein- und Mittelbetriebe fortzusetzen und darüber hinaus noch die Vergabebedingungen zu verbessern, sodaß also auch Kleinschäden bei Klein- und Mittelbetrieben nach Insolvenzen Berücksichtigung finden.

Wir haben für diese Aktion bisher bereits einen Betrag von 350 Millionen Schilling bereitgestellt. Es war dies eine wichtige Hilfe für Klein- und Mittelbetriebe, und ich möchte sagen, daß erst auf Grund dieser Maßnahme für so manchen Klein- und Mittelbetrieb eine Sicherung seiner Existenz möglich war, denn derartige Schadensfälle aus Insolvenzen bringen unseren Unternehmungen große Schwierigkeiten. Ich kann sagen, daß mit diesem Gesetz wirklich viele Folgen aus Insolvenzen verhindert wurden, gerade im Klein- und Mittelbereich.

Es ist nur leider so, daß weitere Insolvenzfälle eintreten, insbesondere müssen im Bereich des Burgenlandes wieder Klein- und Mittelbetriebe geschützt werden, denn der WBO-Skandal hat viele Klein- und Mittelbetriebe in Schwierigkeiten gebracht. Es werden daher von den 170 Millionen Schilling leider viele Beträge an derart geschädigte Klein- und Mittelbetriebe des Burgenlandes, Niederösterreichs und Wiens gegeben werden müssen. (Zustimmung bei der SPÖ. — Ruf bei der ÖVP: Haben Sie noch nichts vom AKH gehört?)

Diese Klein- und Mittelbetriebe, diese Gewerbebetriebe, können nämlich nichts dafür, und man hätte sich bei den ÖVP-Politikern wirklich zeitgerecht überlegen müssen, daß man da Mittelbetriebe schädigt. (Abg. Dr. Mock: Polemisieren Sie nicht!)

Das ist etwas, was sich die Herren von der ÖVP zu Herzen nehmen sollten, daß man wirklich Klein- und Mittelbetrieben hilft, wenn man alles ordnungsgemäß durchführt, und daß es dann nicht zu solchen Schadensfällen kommt wie beim Wohnbauskandal im Burgenland. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Graf: Ist Ihnen nichts Besseres eingefallen?)

Herr Präsident der Burgenländischen Handelskammer! Sie müssen doch zufrieden sein, daß es zu dieser Lösung kommt, denn die Mitglieder der Burgenländischen Handelskammer sind es ja, die durch diesen Wohnbauskandal sehr zu Schaden kommen. Bei Ihnen ist das nichts Neues, für uns ist das etwas Neues, und wir sind nicht bereit, da mitzutun. (Abg. Graf: Ich habe immer gewußt, daß Sie nicht informiert sind, aber daß es so arg ist, habe ich nicht gewußt!) Sie können sich ja von Ihren Herren vom WBO-Untersuchungsaus-

schuß informieren lassen! (Rufe bei der ÖVP: Bauring!)

Verehrte Damen und Herren! Ich bin froh, daß diese Klein- und Mittelbetriebe nicht so sehr zu Schaden kommen, aber der Gesamtschaden, der dadurch entsteht, kann ja trotzdem nicht ersetzt werden.

Es ist uns also gelungen, mit diesem Gesetz finanzielle Schwierigkeiten von Klein- und Mittelbetrieben abzuwenden, und ich möchte auf noch etwas hinweisen: Vielleicht war das dieser berühmte Druck des Herrn Präsidenten Sallinger, daß er so, wie er sagt, für die 170 Millionen Schilling eingetreten ist. Ich habe das jetzt nicht gehört, aber gelesen habe ich es in der „Presse“ vor ungefähr fünf Tagen, wo Sallinger gesagt hat, das sei nur eine Initiative der Österreichischen Volkspartei.

Glauben Sie mir, ich bin nicht einer, der streitet, wer da wofür besonders eingetreten ist, aber vielleicht war es auch ausschlaggebend, daß man da unbedingt den Schaden, der durch die WBO-Geschichte im Burgenland entstanden ist, beseitigen wollte.

Nur möchte ich sagen, daß die Initiative für diese Maßnahmen schon viel früher ausging. Es war nämlich einer der Punkte des Vier-Punkte-Programms von Finanzminister Dr. Salcher. Jetzt setzen wir diese Aktion fort, weil es aus wirtschaftlichen Gründen notwendig ist.

Ich möchte noch etwas unterstreichen, weil immer wieder seitens der ÖVP so hervorgehoben wird: Für die Klein- und Mittelbetriebe treten angeblich nur der Österreichische Wirtschaftsbund und die Österreichische Volkspartei ein. Verehrte Damen und Herren! Es mag Ihnen gelingen, dieses immer wieder hinauszubringen dank Ihrer guten Verbindungen zur Presse oder der eigenen Parteizeitung. (Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.) Aber lesen Sie sämtliche Regierungsprogramme der sozialistischen Regierung, lesen Sie jede Budgetrede genau durch, dann werden Sie erkennen, daß ein wirkliches Anliegen der sozialistischen Regierung die Existenzsicherung der Klein- und Mittelbetriebe ist, die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe.

Hier möchte ich darauf hinweisen, welche Förderungen es gibt, nicht nur diese passive Förderung; es ist keine „aktive“, wie das der Herr Präsident Sallinger gesagt hat.

Effektiv aktive Förderungen sind: Gewerbestrukturverbesserungsgesetz, Existenzgründungsaktion, Fremdenverkehrsförderung und ähnliches mehr, ich kann das gar nicht alles

11544

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Mühlbacher

aufzählen. Beschaffen Sie sich den Katalog, er ist enorm groß!

Das sind Maßnahmen, wodurch genau die Klein- und Mittelbetriebe gefördert werden: für Investitionen, zur Verbesserung ihrer Leistungskraft. Sie sollten das doch erkennen; beziehungsweise Sie wissen es ja. Nur hier wollen Sie es nicht zugeben, weil Sie immer wieder behaupten, hier werde nur der große gefördert. (Abg. Dkfm. Löffler: Lesen Sie das Buch vom Nowotny!)

Verehrte Damen und Herren! Sie sprechen wider besseres Wissen, denn Sie wissen genau, wenn die VOEST eine Kapitalhilfe bekommt, daß damit die Existenz soundso vieler Tausender Zulieferbetriebe zur VOEST gesichert wird, das sind eben Klein- und Mittelbetriebe. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Neisser: Erst lesen und dann argumentieren!)

Sie wissen genau, daß bei jedem großen Bauvorhaben die Klein- und Mittelbetriebe zum größten Teil mit dabei sind, denn sie sind ja die Zulieferer der Großen, das ist ja die Existenzsicherung durch ihre Lieferaufträge. Sie wollen es nur nicht erkennen, aber Sie wissen es! (Rufe bei der ÖVP: Nowotny fragen!) Herr Kollege, Sie wissen es doch! Soll ich Ihnen sagen, daß wir 5 000 Betriebe als Zulieferbetriebe zur VOEST haben? (Anhaltende Zwischenrufe bei der ÖVP. — Der Präsident gibt das Glockenzeichen.) Wollen Sie das übersehen? 5 000 Betriebe, Klein- und Mittelbetriebe, das heißt, daß auch die Existenz der Klein- und Mittelbetriebe gesichert wird.

Sie können daher, meine Damen und Herren von der ÖVP, die Beträge nicht so vergleichen, weil bei der Kapitalhingabe zum Großbetrieb die Lieferaufträge für die Klein- und Mittelbetriebe ja involviert sind. Das müssen Sie doch auch berücksichtigen, das bitte ich Sie in Hinkunft zu bedenken.

Ich bin dem Herrn Präsidenten Sallinger sehr dankbar, daß er die Zusammenarbeit hervorgehoben hat. Mir persönlich ist es auch wichtiger zu wissen, daß es zu solchen Ergebnissen kommt, zu Maßnahmen, die die Existenzsicherung der Klein- und Mittelbetriebe zustande bringen. Mir ist es nicht wichtig, wer als erstes das verlangt hat, sondern es geht mir um die Sache. (Abg. Graf: Uns auch!) Na ja, bei Ihnen ist ein sehr großes politisches Spiel in der Wirtschaft immer dabei!

Unter anderem habe ich nämlich in dem Artikel der „Presse“ gelesen, daß der Herr Präsident Sallinger hervorgehoben hat, wie wichtig das Garantiegesetz ist — das unterstreiche ich auch — und daß es auf seine Ini-

tiative zurückzuführen ist. Dazu habe ich ja schon etwas gesagt.

Aber in demselben Zusammenhang hat er gesagt: Die Bürokratisierung, die Bevormundung der Unternehmer muß weg! Verehrte Damen und Herren! Das hat wieder so ausgeschaut, als ob, wenn man zu dieser Hilfe kommt, der Aufwand der Bürokratie zu groß sei. (Abg. Graf: Sie sehen das falsch! — Präsident Thalhamer übernimmt den Vorsitz.)

Aber Sie wissen doch selbst, daß man bei einer Förderungsmaßnahme oder einer derartigen Aktion nicht einfach nur hinkommen kann und sagt: Guten Tag, ich habe einen Schaden erlitten! Es ist selbstverständlich, daß da ein Formular ausgefüllt werden muß, es ist selbstverständlich, daß man eine Bilanz vorlegen muß. Warum drehen Sie das immer gleich wieder um und sagen: Der böse Staat, da will er gleich wieder allerhand von dir wissen! — Es geht ja nicht anders, das wissen Sie doch selbst.

Jede Förderung ist doch gezielt anzusetzen. Wir wollen doch die Investitionen fördern, da muß man ja auch wissen, was der Unternehmer investiert, da verlangt man eben dementsprechende Unterlagen. Und dann kommen Sie und sagen bei jeder Förderung: Das ist eine Bevormundung des Unternehmers, ein Dirigismus des Staates!

Ich wiederhole das schon des öfteren hier: Keiner der geförderten Selbständigen hat sich je beschwert, daß ihm die Arbeit zuviel war bei der Einreichung, und keiner hat das Gefühl gehabt, daß er jetzt am Gängelband der Regierung hängt, deshalb, weil er eine Förderungsmaßnahme in Anspruch genommen hat.

Liebe Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei! Machen Sie das nicht in dieser Form! Es stimmt nicht! Reden Sie mit den Geförderten und Sie werden sehen, daß das nicht so ist. In Ihr politisches Spiel paßt es hinein; aber man muß auch die Tatsachen des öfteren sagen, damit sie bekannt sind.

Verehrte Damen und Herren! Ich glaube, daß die Novellierung des Garantiegesetzes ein wichtiger Schritt ist, notwendig aus der wirtschaftlichen Situation heraus, die zurzeit vorherrscht. Ich hoffe, daß damit eine ausreichende Finanzierung erfolgt und daß sie weiterhin nicht notwendig sein wird; Gott sei Dank sinkt ja die Anzahl der Insolvenzfälle.

Ich glaube also, daß wir einen weiteren Schritt getan haben, die Existenz der Klein- und Mittelbetriebe zu festigen, und wir begrü-

Mühlbacher

Ben daher diesen Initiativantrag. (Beifall bei der SPÖ.) ^{10.30}

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Vw. Dr. Stix. Ich erteile es ihm.

^{10.31}

Abgeordneter Dipl.-Vw. Dr. Stix (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Novelle zum Garantiegesetz, die wir heute beschließen, ist das Ergebnis der wirtschaftspolitischen Zusammenarbeit aller drei in diesem Hohen Haus vertretenen Parteien. Wir Freiheitlichen freuen uns, weil wir es als eine Selbstverständlichkeit betrachten, daß auch wir mitwirken an solchen Feuerwehraktionen zum Schutze unmittelbar bedrohter Betriebe, in diesem speziellen Fall unmittelbar, und zwar unschuldig bedrohter Klein- und Mittelbetriebe in Österreich.

Im übrigen ist dieses Garantiegesetz nur eines jener Teilgebiete, in denen sich eine im Interesse unserer Wirtschaft stattfindende Drei-Parteien-Zusammenarbeit abspielt. Ich darf in diesem Zusammenhang nur daran erinnern, wie sehr wir uns gegenwärtig alle miteinander bemühen, das Insolvenzrecht zu verbessern. Das Stichwort „Insolvenzen“ zeigt ja wie kaum ein anderes die dramatische Entwicklung, in der sich die Wirtschaft auch in Österreich — diesmal ist Österreich nicht mehr eine Insel der Seligen — im Rahmen der gesamten wirtschaftlichen Bewegung befindet.

Wir haben in Österreich, verglichen mit früheren Jahren, grob gerechnet, heute um 50 Prozent mehr Ausgleiche und Konkurse als etwa Mitte der siebziger Jahre. Österreich steht damit keineswegs allein. Aus der Bundesrepublik Deutschland hört man, daß das vergangene Jahr ein Rekordjahr an Insolvenzen war. Soviel wie noch nie seit der Nachkriegsära. Auch aus den USA werden Rekordzahlen an Insolvenzen gemeldet.

Es nimmt daher nicht wunder, daß auch Österreich in diesen allgemeinen Strudel hineingerät. Das Problem, das sich jetzt stellt, ist aber für uns deswegen von einer so besonders gefährlichen Dimension, weil es allmählich jenen Teil unserer Wirtschaft bedroht, von dem bisher der größte Beitrag zur Sicherung der Vollbeschäftigung und der Arbeitsplätze geleistet wurde, nämlich der Bereich der klein- und mittelständischen Wirtschaft. Denn die Großbetriebe haben auch schon in den guten Jahren des hinter uns liegenden Jahrzehnts Arbeitskräfte per saldo freigesetzt. Und es war der klein- und mittelbetriebliche

Teil unserer Wirtschaft, nicht zuletzt auch der Dienstleistungssektor, der diese freiwerdenden Arbeitskräfte aufgenommen und darüber hinaus neue Arbeitsplätze geschaffen hat.

Jetzt aber tritt eine Entwicklung ein, wo dieser Teil der Wirtschaft, der bisher die Vollbeschäftigung in Österreich zur Überraschung sogar der Regierungspartei gesichert hat, in einen Strudel gerät. Er gerät deswegen in einen Strudel, weil große Unternehmen, vielfach bisher als für unsinkbare Schiffe gehaltene Großbetriebe, in den Konkurs geraten sind und als Folge solcher Großkonkurse Hunderte, viele Hunderte Klein- und Mittelbetriebe in den Strudel des Unterganges eines oder mehrerer Großen mit hineingezogen werden. Das Garantiegesetz ist hier ein bescheidener Schutz, eine bescheidene Feuerwehraktion. Es war richtig und konsequent, diese Feuerwehraktion nun durch die Aufstockung um weitere 170 Millionen zu verstärken. Aber wir Freiheitlichen glauben, daß dies nicht genug ist. Wir meinen, daß in der gegenwärtigen Situation eine Art Dreistufenstrategie entwickelt werden müßte: In der ersten Stufe befinden wir uns mittendrin, nämlich Feuerwehraktionen für die dringendsten Notfälle zu schaffen. Die zweite Stufe wäre, der Wirtschaft die Sicherheit zu geben, daß es zu keiner neuen Belastungswelle kommt. Hier richten wir Freiheitlichen den dringenden Appell an den Finanzminister, alle Spieleien und Überlegungen um neue Steuern einzustellen und unserer Wirtschaft die Sicherheit und die Garantie zu geben, daß sie keine neuen Belastungen zu erwarten hat! (Beifall bei der FPÖ und bei Abgeordneten der ÖVP.)

Die dritte Stufe einer solchen Vorwärtsstrategie wäre schließlich, Rahmenbedingungen zu entwickeln, die langfristig zu einer besseren Eigenkapitalausstattung führen, damit zu einer Sicherung der Betriebe und im Wege der Sicherung der Betriebe zu einer Sicherung der Arbeitsplätze.

Wir Freiheitlichen haben unsere Vorstellungen dazu auf den Tisch gelegt. Eine der wichtigsten unter diesen ist, daß in Zukunft nicht entnommene Gewinnanteile, das heißt also Gewinnanteile, die zur Sicherung der Betriebe, der Arbeitsplätze in den Firmen stehen gelassen werden, grundsätzlich aus der progressiven Besteuerung herauszunehmen wären. — Einer von vielen Vorschlägen.

Alles läuft aber immer wieder darauf hinaus, daß insgesamt Rahmenbedingungen geschaffen werden müssen, auf die sich die Wirtschaftler bei ihrer Planung verlassen können. Es ist heute unmöglich und einfach eine Zumutung, von Unternehmern — seien es

11546

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dipl.-Vw. Dr. Stix

kleine, seien es große — zu verlangen, Investitionen zu tätigen, wenn sie nicht sicher sein können, daß die ihren Planungen zugrunde liegenden Rahmenbedingungen — Gesetze, Steuern und so weiter — nicht im nächsten Jahr schon wieder anders sind, in zwei Jahren umgekämpft werden, oder in drei Jahren die Rahmenbedingungen völlig anders ausschauen können.

Jede Investition setzt voraus, daß man für mindestens fünf Jahre planen kann. Das ist ein Minimumzeitraum. Und in diesem Zeitraum müssen jene wesentlichen Gesetze, die für die Besteuerung, die für die rechtliche Konstruktion der Unternehmungen maßgebend sind, überschaubar bleiben, sie dürfen nicht gravierend verändert werden.

Wir Freiheitlichen glauben aber, daß es hier um einen Punkt geht, wo die sozialistische Regierung zum Teil in einem legitimen Übereifer einen der schwersten Fehler in der Vergangenheit begangen hat, nämlich ständig, von Jahr zu Jahr, die Rahmenbedingungen zu ändern, noch dazu in schwerwiegenden Punkten. Durch diese ständige Änderung der Rahmenbedingungen haben aber die Sozialistische Partei und die sozialistische Regierung die Planungsgrundlagen für weite Bereiche unserer Wirtschaft zerstört oder zumindest erschüttert.

Daher meinen wir Freiheitlichen, daß es notwendig ist, in der dritten Stufe einer Vorrütsstrategie zur Sanierung unserer Wirtschaft eine Übereinstimmung, einen Konsens dahin gehend zu finden, daß in grundlegenden Dingen die Ordnung der Wirtschaft, die Ordnung der Wirtschaftspolitik nicht mehr verändert wird. Es muß wieder die Sicherheit gewonnen werden, daß in der Wirtschaft Planungen auf einer Grundlage geltender Gesetze vollzogen werden können, getätigkt werden können und man die Gewißheit haben darf, daß diese grundlegenden Dinge wenigstens die nächsten fünf Jahre halten. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. (Beifall bei der FPÖ.)

Wir befinden uns aber leider erst in der ersten Stufe eines solchen Dreistufenplanes, nämlich bei den notwendigen, nützlichen und gebotenen Feuerwehraktionen. Eine solche haben wir heute wiederum gemeinsam durch wirtschaftspolitische Zusammenarbeit aller drei Parteien beschlossen. Nun käme es darauf an, wenigstens in die zweite Stufe zu geraten. Es ist das jene Stufe, wo sichergestellt werden muß, daß keine neuen Belastungen erfunden werden.

Daher schließe ich mit einem freiheitlichen

Appell an den Finanzminister, eindeutig klarzustellen, daß in diesem und im nächsten Jahr aus seiner fiskalpolitischen Sicht heraus keine neuen Belastungen mehr auf die Wirtschaft zukommen!

Wir Freiheitlichen appellieren an den Finanzminister, diesen notwendigen zweiten Schritt zu einer Konsolidierung der Wirtschaftspolitik zu tun, denn er ist die Voraussetzung dafür, daß in der Wirtschaft wieder Vertrauen entsteht. Vertrauen ist die Voraussetzung für Investitionen, und diese brauchen wir, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten und zu verteidigen, wie wir Freiheitlichen dies wollen. (Beifall bei der FPÖ.) ^{10.41}

Präsident Thalhammer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter wünscht kein Schlußwort.

Bitte die Plätze zur Abstimmung einzunehmen.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 1095 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung. Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig. Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung angenommen.

2. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 130/A der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend sparsamere Gestaltung der Schulbuchaktion (1067 der Beilagen)

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Antrag 130/A der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen betreffend sparsamere Gestaltung der Schulbuchaktion.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Grabner. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Grabner: Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen haben am 7. Oktober 1981 den gegen-

Grabner

ständlichen Selbständigen Entschließungsantrag im Nationalrat eingebracht.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat den gegenständlichen Initiativantrag in seiner Sitzung am 22. April 1982 in Verhandlung genommen.

Als Ergebnis seiner Beratung stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle die dem Ausschußbericht beigedruckte Entschließung annehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, ersetze ich den Herrn Präsidenten, in die Debatte einzugehen.

Präsident Thalhammer: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zu Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. Ich erteile es ihr.

10.44

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit Jahren erleben wir den Unmut der Familien über die verschwenderische Schulbuchaktion, vor allem in jenen Familien, wo es mehrere Geschwister gibt und diese Geschwister die gleiche Schultypen besuchen.

Ich meine, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß der Unmut über diese verschwenderische Aktion sicherlich nicht vor den sozialistischen Familien haltmacht und daß Sie eine ähnliche Erfahrung machen, wenn Sie nur in Versammlungen gehen und vielleicht auch einmal den Äußerungen der sozialistischen Familien Gehör schenken.

Das Ausmaß der Verschwendungen muß vor allem in einer Zeit kritisiert werden, in der die Bürger dieses Landes zum Sparen verhalten werden, es eine Belastungswelle nach der anderen gibt, die Familien unter dem Steuerruck stöhnen und man vor allem nicht weiß, welche neuerlichen steuerlichen Belastungen zu erwarten sind. Hier ist uns die Regierung für den Einfallsreichtum, neue Steuern zu erfinden, für manch unangenehme Überraschung gut.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gerade die kryptischen Andeutungen des Finanzministers in den letzten Tagen, wie er das Budgetdefizit von 70 Milliarden Schilling finanzieren wird und wo er neue Steuern nicht ausschließt, läßt die Familien Unangenehmes erwarten. Ich weiß schon, daß die Ansichten über die Ursachen dieser wirt-

schaftlichen Situation ein bißchen auseinandergehen. Der Herr Bundeskanzler meint, die Ursache liege bei den konservativen Regierungen der Vereinigten Staaten und von England, die offenbar auch schuld seien an dem Debakel in Österreich. Wir glauben schlicht, es war dies die verfehlte Wirtschaftspolitik der Sozialisten. (Beifall bei der ÖVP.)

Zur gleichen Zeit, in der man den Familien sagt, sie müssen den Riemen enger schnallen, zur gleichen Zeit geht unverändert jene aufwendige Aktion der Gratisschulbücher weiter, wo alljährlich zum Schulschluß neuwertige Bücher tonnenweise in den Müllgefäßen landen. (Abg. Dr. Stippel: Das ist aber eine Erziehungsangelegenheit der Eltern!)

Dazu komme ich noch. Ich weiß nicht, ob Sie wissen, wie die Schulgutscheine an den Schulen ausgeteilt werden. Das wird verteilt, da nimmt ein jeder die Schulgutscheine. Sie sollten sich an der Schulpraxis informieren. (Rufe bei der ÖVP: Keine Ahnung!)

Vielleicht sollte Ihnen eine spontane Aktion im vergangenen Jahr zu denken geben. Da haben zum Schulschluß völlig freiwillig einige Jugendliche an acht Wiener Schulen zirka 3 000 neuwertige Schulbücher gesammelt, im Wert von zirka 260 Millionen Schilling, und haben diese Schulbücher vor dem Unterrichtsministerium abgeladen. Der Herr Minister blieb nach wie vor ungerührt. Eigentlich müßte er ja beschämt sein durch das Beispiel, durch eine spontane Aktion von Jugendlichen. (Beifall bei der ÖVP.)

Dem Abgeordneten in der vorletzten Bank, der meint, die Eltern sollten hier Aktionen setzen, möchte ich gerne meine beruflichen Erfahrungen mitteilen. Glauben Sie mir, daß ich aus der beruflichen Erfahrung die Kehrseite kenne. Ich weiß, daß wir zum Schulschluß jeweils gegen entsprechende Leihgebühr in allen Schulen zusätzliche Mülltonnen bestellen müssen, und da stöhnt und ächzt nun das Personal der Schulen, um dort in großen Säcken die zurückgelassenen Schulbücher aus den Klassen zu schleppen und in diese zusätzlichen Container zu stopfen. Der Herr Präsident Schnell kann mir sicherlich attestieren, daß ich hier eine langjährige berufliche Erfahrung einzubringen habe. (Abg. Dr. Schnell: Daraus geht aber nicht hervor, daß das alles richtig ist, was Sie sagen!)

Ich lade Sie gerne ein, zum nächsten Schulschluß an einer Schule, die Sie selbst bestimmen können, das selbst zu erleben. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. A. Schlageter: Herr Präsident, den Antrag würde ich annehmen!)

11548

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Marga Hubinek

Ich würde den Damen und Herren der sozialistischen Fraktion empfehlen, dann zuzuhören, welche Äußerungen, welchen Kommentar das Schulpersonal dazu liefert. Wissen Sie, die Vox populi ist gelegentlich schon sehr lehrreich. Ich würde Ihnen empfehlen, diese Vox populi auch anzuhören.

Bei der Schulbuchaktion kann man feststellen, daß sich die Regierung in eingefahrenen ideologischen Geleisen bewegt. Es muß jedem Kind ein unentgeltliches Schulbuch gegeben werden, es ist ein Grundsatz, diesem Grundsatz wollen wir folgen und ihn akzeptieren. Nur glaube ich, daß man diesen Grundsatz auch mit einem weitaus sparsameren System realisieren kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Sie haben offensichtlich einen Wandlungsprozeß durchgemacht. Der ursprüngliche Antrag vom 11. November 1970, den die Frau Abgeordnete Metzker eingebbracht hat, bewegte sich ja auf einem weitaus sparsameren System. Da haben Sie nämlich ein kombiniertes System vorgeschlagen, wobei Sie sehr wohl an eine Schülerlade dachten, weil Sie ab dem Jahr 1972 meinten, man müsse nur mit einem jährlichen Ersatzbedarf von 20 Prozent der einmaligen Summe rechnen, die sich natürlich nicht bei einer Milliarde wie heuer bewegte, sondern damals nur bei 300 Millionen Schilling lag.

Das zeigt doch deutlich, daß Sie ursprünglich auch ein weitaus sparsameres System im Auge hatten.

Ich meine, es ist doch eine Fehlannahme zu glauben, daß sich wirklich die Familien mit mehreren Kindern alljährlich eine Schulbuchbibliothek von Büchern zulegen, die man sich nicht ein ganzes Leben aufheben will. Sie bleiben bei diesem einmalig gewählten System trotz einer massiven Rechnungshofkritik, und ich meine, den Gipelpunkt stellt doch die Behauptung des Unterrichtsministers im Finanzausschuß dar, der bei den Finanzausschußberatungen im November des Vorjahres auf die Schulbuchaktion angesprochen meinte, es sei dies ein Musterbeispiel an Sparsamkeit.

Die Regierung hat sicherlich ihre eigenen Ansichten über Sparsamkeit, wir kennen das. Sie reden von Spargesinnung, und gleichzeitig wird in einem ungeahnten Ausmaß verschwendet. Hier gibt es eine Reihe von Beispielen, hier spannt sich der Bogen von den übervollen Mülltonnen bis zur aufwendigsten Regierungsmannschaft. Wenn Sie Länder mit einer ähnlichen Bevölkerungszahl mit Öster-

reich vergleichen, so werden Sie sehen, daß wir ungefähr eine doppelt so große Regierung haben wie die Schweiz, wie Norwegen, also Staaten, die ungefähr die gleiche Bevölkerung zu administrieren haben.

Wir haben nicht nur doppelt so viele Ministerien mit einem entsprechenden Beamtenapparat, das versteht sich natürlich, wir haben auch neun Staatssekretäre, und wahrscheinlich weiß keiner von uns ganz genau, was diese neun Staatssekretäre machen sollen.

Der Bogen reicht aber bitte auch in die Zukunft. Wir wollen den gigantischen Konferenzpalast, einen zusätzlichen Konferenzpalast bauen, wobei völlig im dunkeln bleibt, wer ihn finanziert, zu welchen Konditionen uns das Geld geliehen wird.

Nur eines wissen wir ganz sicher: Zurückzahlen werden die Schulden unsere Kinder müssen, vielleicht auch noch unsere Enkelkinder.

Meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Fraktion! Ich wage zu behaupten, wenn die Schulbuchaktion aus Budgetmitteln zu finanzieren wäre, so würden Sie vielleicht sparsamer vorgehen. So aber wird das bezahlt aus den Geldern, die den Familien zustehen. Der Familienlastenausgleichsfonds ist im Augenblick der letzte aktiv gebarende Fonds, und da hat man überhaupt keine Bedenken, 1 Milliarde Schilling zu entnehmen und zu verschwenden.

Ich meine, daß die Familien, über deren Geldmittel Sie ja so bedenkenlos verfügen, ein Anrecht hätten, daß die gleiche Aktion sparsamer durchgeführt wird, daß man vielleicht mit dem halben Betrag, mit 500 Millionen Schilling, den gleichen Effekt erreicht. Sie müßten ja nur das halbe Geld, den halben Betrag den einzelnen Schulen überlassen, und die werden sicherlich mit dem gleichen Effekt eine Aktion durchführen, die ein kombiniertes System vorsieht.

Und Sie argumentieren — ich möchte Ihnen gerne auch bei dieser Argumentation folgen, um Sie auch korrigieren zu können —, das unentgeltliche Schulbuch sei eine Hilfe zur Chancengleichheit.

Ich würde vorschlagen, daß wir nicht von der Chancengleichheit, sondern von der Chancengerechtigkeit reden, denn immerhin gibt es unterschiedliche Begabungsreserven, gibt es einen unterschiedlichen Einsatz von Fleiß. Und ich glaube, daß das Imponderabilien sind, die sehr wohl eine unterschiedliche Nutzung von Chancen zur Folge haben.

Dr. Marga Hubinek

Die Chancengerechtigkeit der Kinder, meine sehr geehrten Damen und Herren, war ein langjähriges Anliegen der Österreichischen Volkspartei. Ich möchte Sie gerne an die Vergangenheit erinnern, als es die ÖVP-Alleinregierung war, die das Schulgeld abgeschafft hat, die Stipendien eingeführt hat, die einen Rechtsanspruch auf Stipendien eingeführt hat und wo ein ÖVP-Unterrichtsminister sich die Aufgabe gestellt hat, in jedem politischen Bezirk eine höhere Schule zu haben.

Ich weiß schon, daß Sie das heute ein bissel umfunktionieren, daß Sie beispielsweise die Wünsche der Eltern in Liesing, im 23. Wiener Gemeindebezirk, geflissentlich überhören, dort wird der Wunsch nach einer allgemeinbildenden höheren Schule ignoriert, weil man das nicht haben will. Dort sollen alle Eltern die Kinder die integrierte Gesamtschule besuchen lassen, eine allgemeinbildende höhere Schule wird trotz langer Unterschriftenlisten, trotz Demarchen der Eltern eben nicht errichtet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Hinweis, die Aktion läßt sich nicht anders durchführen, denn es werden so viele Arbeitsbücher geschaffen und verwendet und hier wäre eine Verwendung durch mehrere Jahre nicht möglich: Der Anteil der Arbeitsbücher ist maximal 30 Prozent, und es gibt eine ganze Reihe von Büchern, Lesebücher, Atlanten, Religionsbücher, Sprachbücher, Grammatiken, die sich sehr wohl mehrjährig verwenden lassen.

Und es ist ja bezeichnend, als wir diesen Vorschlag im Finanzausschuß diskutiert haben, welches Argument die Frau Staatssekretär sofort eingebracht hat: Wie schwer es sei, diesen Vorschlag zu administrieren, es bedürfe da einer großen Bundesschülerlade, die mehr als 2 000 Titel approbiert Schulbücher verwalten müßte.

Der Hinweis auf eine große zentrale Schülertlade zeigt ja eigentlich, in welchen Denkschemata sich die Regierung bewegt. Sie ist so bürokratieanfällig, daß sie auf die einfachste Version gar nicht kommt, nämlich den halben Betrag anteilmäßig den Schulen zu geben, und die würden mit dem bewährten System einer teilweisen Schülertlade zweifellos das gleiche Ziel erreichen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es gibt auch nicht den Einwand, es gebe einen zusätzlichen Personalbedarf. Heute erhalten jene Lehrer, die mit der Schulbuchaktion betraut sind, zirka 5 000 S im Jahr; das

variert, ob es sich um einen pragmatisierten Lehrer oder einen Vertragslehrer handelt.

Früher hat man diesen Lehrern, die die Schülertlade betreut haben, die Lehrverpflichtung um eine Stunde reduziert, und das kommt ungefähr auf den gleichen Betrag hin aus. Ich glaube, einen zusätzlichen Personalaufwand gäbe es nicht.

Aber es gibt die Möglichkeit, mit dieser Aktion nicht nur für das kommende Jahr 500 Millionen Schilling aus dem Titel der Schulbuchaktion für die Familien zu sparen. Wenn Sie dazu noch die Gelder des Reservefonds bei der Postsparkasse besser veranlagen als bisher, müßten sich unschwer noch einmal 300 Millionen Schilling an Zinsen erzielen lassen. Immerhin, mit 800 Millionen Schilling, Frau Staatssekretär, wäre es durchaus möglich, den Familien eine erhöhte Beihilfe zu gewähren.

Ich weiß schon, daß die Regierung ein eher gestörtes Verhältnis zum Sparen hat. Das Wegwerfschulbuch ist sicherlich nicht geeignet, die Spargesinnung der Jugendlichen zu fördern.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sollten uns einmal überlegen, welchen Anschauungsunterricht wir den Jugendlichen bieten. Glauben wir wirklich, daß wir ihnen ein Bewußtsein schaffen, das, was Staat und Gesellschaft ihnen überläßt, zu achten, zu respektieren? Glauben wir, daß wir auf diese Weise auch eine Beziehung des Jugendlichen zum Wert des Buches schaffen, um damit das Lesen als eine Gewohnheit zu akzeptieren?

Ich glaube, daß der Bogen von dem Wegwerfschulbuch reicht bis zu jenen Vandalismen an öffentlichen Fernsprechanlagen, zur Zerlegung und Demolierung von Straßenbahnwaggons nach einem Fußballmatch, wo man halt gerne Aggressionen abbaut, bis zu jenem Vandalismus, den wir in öffentlichen Parkanlagen erleben.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Noch ein Wort zur Umfunktionierung des Entschließungsantrages. Wir haben vor mehr als sechs Monaten einen Entschließungsantrag eingebracht, in dem wir die Regierung auffordern, gemeinsam mit dem Rechnungshof eine billigere, eine kostensparendere Lösung vorzulegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sie haben diesen Antrag nicht nur lange aufs Eis gelegt, Sie haben diesen Antrag umfunktioniert. Sie haben nämlich eine Jubelmeldung vom Herrn Unterrichtsminister ver-

11550

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Marga Hubinek

langt. Im Sommer 1983 sollte er über die Erfahrungen mit der Schulbuchaktion berichten. (Präsident Mag. Minkowitsch übernimmt den Vorsitz.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, man muß nur in jede Elternversammlung gehen, zu jedem Elternverein, dann würde man jene Erfahrungen erhalten, die Sie sich vom Unterrichtsminister im Sommer 1983 erbitten. (Beifall bei der ÖVP.)

Und es dürfte den Antragstellern im Finanzausschuß offenbar entgangen sein, daß im Juni 1983, wie ich hoffe, der Herr Unterrichtsminister Sinowatz ja gar nicht mehr im Amt ist. Sie wollten aber auf jeden Fall die Verschwendungen prolongieren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich glaube, es ist von Politikern unverantwortlich, daß wir uns in Zeiten, wo Realeinkommensverluste hingenommen werden müssen, wo die Haushalte ihr Budget nur mit Einsparungen und mit knapper Kalkulation über die Runden bringen, die geförderte Verschwendungen erlauben und sie dulden.

Ich möchte heute nochmals unseren Entschließungsantrag erneuern, der die Bundesregierung auffordert, dem Nationalrat bis 1. Juni 1982 einen Bericht über die Möglichkeit einer sparsameren Verwendung der Mittel des Familienlastenausgleichsfonds bei der Durchführung der Schulbuchaktion — unter Heranziehung einer Stellungnahme des Rechnungshofes — vorzulegen. Hierbei ist insbesondere die Möglichkeit zu prüfen, jene Bücher, die nicht als Arbeitsbücher oder wegen ihrer Verwendung über mehrere Jahre (Atlas, Wörterbuch et cetera) ins Eigentum übertragen werden müssen, den Schülern im Wege einer kostensparenden Schülerlade unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, damit diese Mittel für die Familien bereitgestellt werden können. Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, gleichzeitig mit diesem Bericht mit einer Regierungsvolage die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen dem Nationalrat vorzulegen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir appellieren heute an Sie, mit dem System des Wegwerfschulbuches aufzuräumen. Wir reden von Besteuerung der Einwegflaschen, von Dosen und ähnlichem, wir wollen also sparsam sein bei jenen Verpackungsmaterialien, die die Umwelt belasten. Bitte dehnen Sie diese Sparsamkeit auch auf die Schulbuchaktion aus, eine Schulbuchaktion, die bezahlt wird von den Familien, wo die Familien gegen ihren Willen auf Gelder zu verzich-

ten haben, wo Sie eine Verschwendungen prolongieren, die durch nichts mehr gerechtfertigt ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir bitten Sie, unseren Entschließungsantrag unbelastet einer ideologischen Gesinnung, einer ideologischen Bindung, leidenschaftslos im Interesse der Familien zu prüfen. (Beifall bei der ÖVP.) 11.01

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Edith Dobesberger. Ich erteile es ihr.

11.02

Abgeordnete Edith Dobesberger (SPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn die Frau Abgeordnete Hubinek einleitend davon gesprochen hat, daß ihr in den Versammlungen immer wieder der Unmut der Eltern entgegenschlägt, dann muß ich sagen, daß mir das eigentlich im entgegengesetzten Sinn entgegenschlägt. Immer wenn auf die Schulbuchaktion die Rede kommt, dann sind es die Eltern, die applaudieren, weil sie genau wissen, was sie an dieser Schulbuchaktion haben und was es für das Budget der Familie bringt. (Beifall bei der SPÖ.)

Ich kann mir allerdings einen gewissen Unterschied in den Zusammensetzungen der Versammlungen vorstellen, denn die Menschen, die zu uns kommen, haben unter einem Steuerdruck nicht zu leiden, weil sie nicht in diese Höhen der Einkommen geraten. (Beifall bei der SPÖ. — Widerspruch bei der ÖVP.)

Wir haben nicht die Eltern, die 15 000 bis 20 000 Schilling im Monat verdienen, wir befinden uns dort, wo das Durchschnittseinkommen ist, und die spüren nicht diesen Steuerdruck. (Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Ich möchte auch noch sagen: Ich bin sehr froh, daß Sie diesen Bericht über die Schulbuchaktion verlangen, und zwar aus einem ganz bestimmten Grund: Würde dieser Bericht nämlich von einem unserer Abgeordneten verlangt worden sein, dann hätten Sie ganz bestimmt gesagt, das ist wieder einmal eine Meldung, damit sie sich beweihräuchern können: Die sozialistische Regierung wird gelobt. Das hätte sicher nicht den Eindruck gemacht, als so, wenn der Bericht im nächsten Jahr auf Ihren Wunsch kommt. Ich bin heute schon überzeugt, daß er überwiegend positive Fakten bringen wird. (Beifall bei der SPÖ.)

Edith Döbesberger

Sehr froh bin ich außerdem, daß Sie in diesem Entschließungsantrag, den Sie eingebracht haben, davon sprechen, daß der Grundsatz der Schulbuchaktion außer Streit steht: Auch dieser Punkt der Schulbuchaktion war nicht immer außer Streit gestellt. Die Art der Schulbuchaktion ist weitgehend mit dem Rechnungshof abgesprochen. (*Beifall bei der SPÖ. — Zwischenrufe bei der ÖVP: Mängel gibt es!*) Mängel gibt es natürlich überall.

Herr Abgeordneter, ich möchte Sie fragen, ob Sie sich nicht mehr daran erinnern, wie das Schülerladensystem funktioniert hat. Ich erinnere mich genau, wie in Linz die Schülerlade eingeführt wurde. Damals sind die ÖVP-Vertreter in der Gemeinde und die christlichen Lehrervertreter vehement mit dem Slogan hausieren gegangen: „Mit einem eigenen Buch lernt es sich leichter“. Mit diesem Argument sind sie gegen die Schülerlade angetreten. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Die Bücher haben sie von der Gemeinde Wien gekriegt! Die erspart sich jetzt die Gemeinde Wien! Die Familien müssen sich die Bücher selber zahlen!*)

Aber die Gemeinde Wien wird genau wie alle anderen sozialistischen Gemeinden, die sich die Mittel für die Schülerladen ersparten, diese Summen für kinderfreundliche Aktionen verwenden. Das war in Linz so, und ich bin überzeugt, auch in Wien. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Ich erinnere mich aber auch an das Argument, das immer wieder verwendet wurde, und zwar glaube ich, daß es vor allem der Herr Abgeordnete Leitner gewesen ist, der gesagt hat: Die SPÖ will das freie Schulbuch nur aus dem Grund, weil sie damit das rote Einheitsschulbuch bekommt. — Darf ich dazu ein paar Zahlen sagen. Wir hatten im Jahr 1972 64 österreichische Schulbuchverlage, große Schulbuchverlage und kleinere. Das ist heute noch genauso wie damals, nur haben wir 1982 nicht 64 Schulbuchverlage oder weniger, wie Sie befürchtet haben, nein, es sind 100 geworden.

Sicher haben viele erkannt, daß das ein sehr gutes Geschäft ist, aber bitte, es gibt kein Einheitsschulbuch, sondern wir haben eine noch größere Vielfalt als vorher. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Über die Büchervielfalt haben Sie selber ja auch gesagt, daß wir heute über 2 000 Buchtitel in der Schulbuchaktion haben, das ist auch mehr als eine Verdoppelung. Ebenfalls ein Beweis gegen das Argument, das Sie vor zehn Jahren verwendeten, wir werden das Ein-

heitsschulbuch einführen. Es ist einfach nicht so geworden, wie Sie befürchtet haben.

Nun zu Ihrem Antrag: Sie reden über das „Wegwerfschulbuch“ und alle diese Dinge. „Wegwerfschulbuch“, diesen Namen haben ja Sie erfunden: Der ist ja nicht von ungefähr gekommen. Es stimmt halt einfach auch nicht, wenn Sie sagen, daß es keine erkennbaren Elemente der Sparsamkeit gibt.

Es stimmt bitte auch nicht, wenn Sie sagen, vollständige Schulbuchgarnituren können nicht an jüngere Geschwister weitergegeben werden. Da muß man immer wieder daran erinnern, daß der Herr Minister immer wieder gesagt hat: Es ist möglich, daß Schulbücher wieder verwendet werden. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Wieso?*) Es muß ja das Limit, das wir eingeführt haben, nicht ausgeschöpft werden. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Ich verkaufe sie Ihnen!*)

Sie sprechen immer wieder davon, daß die Eltern ein Mitentscheidungsrecht haben, daß die Lehrer ein Recht haben, alles mitzugeben. Ich habe heute vom Kollegen Remplbauer aus dem Bezirk Linz-Land einen Aufruf einer Direktion in Zusammenarbeit mit dem Elternverein bekommen, in dem alle Schüler, die heuer am Schluß des Schuljahres ihre Schulbücher, die sie ihrer Meinung nach nicht mehr brauchen und daher lieber wegwerfen wollen, anstatt sie aufzubewahren, heuer ersucht werden, diese Bücher in der Schule abzugeben. Also das gibt es. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Warum sollen sie sie aufbewahren?*) Es ist möglich, daß die Schule die Bücher weiterverwendet. Es steht nirgends geschrieben, daß die Bücher weggeworfen werden müssen. (*Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Ich glaube auch, die Antragsteller, die davon sprechen, daß keine Ansätze zur Sparsamkeit vorhanden sind, haben den Erlaß des Ministeriums nicht gelesen. Denn da steht ja folgendes drinnen: Die Direktionen werden dringend ersucht, darauf zu achten, daß nur Bücher ausgewählt werden, die für den Unterricht in den betreffenden Klassen unbedingt notwendig sind, weil sie häufig im Unterricht verwendet werden oder für die häusliche Arbeit unerlässlich sind. Die Hinweise von Schülern und Eltern, welche Bücher in den vergangenen Jahren nicht ausreichend verwendet wurden, sind zu beachten. Also da ist ja sehr wohl ein Kontrollsystem eingesetzt. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Jeder Lehrer ist davon überzeugt, daß sein Buch das wichtigste ist!*) Ja, aber wenn die Schüler und die Eltern ein Mitspracherecht haben, dann kön-

11552

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Edith Dobesberger

nen sie ja den Lehrer kontrollieren. Und dieses Kontrollrecht ist eben auszunützen! (Beifall bei der SPÖ.)

In dem Erlaß heißt es weiter, wem es beim erstenmal nicht aufgefallen ist: Die Schulbehörden erster Instanz werden gebeten, darauf hinzuwirken, daß nur Bücher eingeführt werden, die unbedingt notwendig sind. Also ein zweites Mal.

Wir haben es ein drittes Mal: Ebenso entfällt an weiterführenden Schulen die Gutscheinausgabe für Bücher, die der Schüler schon an der Hauptschule oder der Unterstufe der allgemeinbildenden höheren Schule erhalten hat.

Wir haben ein viertes Mal einen Sparappell in diesem Erlaß: Die Lehrerkonferenz und Direktionen werden daran erinnert, daß die Schulbücher ein Mittel zur Sicherung des Unterrichtsertrages sein sollen und daher nur Bücher zu beantragen sind, die zur Erreichung dieses Ziels unbedingt notwendig sind, weil sie häufig im Unterricht verwendet werden oder für die häusliche Arbeit unerlässlich sind. Bitte, alle diese Dinge sind von den Lehrern und von den Direktionen zu berücksichtigen.

Und nun zu Ihrem weiteren Vorwurf, daß vollkommene Schulbuchgarnituren in die Mülltonne wandern.

Darf ich daran erinnern, daß in der Volksschule überwiegend nur mehr Arbeitsbücher und mehrjährige Bücher verwendet werden. (Abg. Gurtner: Das stimmt schon wieder nicht! Überwiegend ist das sicher nicht! — Abg. Dr. Stippel: Sie haben keine Ahnung!) In der Volksschule ist es überwiegend, in der Mittelschule sind es rund 50 Prozent. (Zwischenrufe bei der ÖVP.) Verleihfähig sind also nur knapp 40 Prozent.

Und nun zum Argument... (Zwischenruf bei der SPÖ. — Abg. Anton Schlager: Eine laute Stimme ist auch etwas wert, Herr Kollege!) Das hat der Herr Abgeordnete Schlager immer wieder bewiesen, daß eine laute Stimme sehr wichtig ist. (Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Anton Schlager.) Herr Abgeordneter Schlager! Da sind Sie ein leuchtendes Beispiel dafür! (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Gurtner: Ich habe 500 kg Bücher daheim! Die sind so gut wie neu!)

Nun nur schlagwortartig ein paar Sätze zur Sparsamkeit. Es war im Jahre 1972, als wir die Schulbuchaktion eingeführt haben. Da gab es noch keine Grenzbeträge für Schulbücher in den einzelnen Schulstufen. (Zwischenruf des Abg. Dr. Zittmayr.) Das hat uns

die Schule in Österreich gelehrt. Wir haben ein verhältnismäßig gutes Schulsystem, und da haben die Österreicher lesen gelernt. Da brauchen wir den Herrn Abgeordneten Zittmayr nicht.

Nun zu den Beträgen, die die Schulbuchaktion kostet. In den letzten sieben Jahren kostet die Schulbuchaktion jährlich fast gleich hohe Beträge. Wir haben im Jahr 1975 das erstmal 901 Millionen erreicht und stehen im Jahre 1981 bei 953 Millionen. Obwohl wir heute wesentlich mehr Schüler haben, als wir sie am Beginn der siebziger Jahre hatten, ist der Betrag kaum höher geworden.

Nun möchte ich noch erinnern, daß Sie schon im Jahre 1972 von der Milliarde gesprochen haben, und zehn Jahre später haben wir die Milliarde noch immer nicht erreicht. (Abg. Ottilie Röchus: Wollen Sie sie erreichen? — Abg. Dr. Marga Hubenek: Der Grenzbetrag wäre nicht notwendig gewesen!) Der Grenzbetrag wäre nicht notwendig gewesen, wenn die Schulleitungen und die Lehrerkonferenzen wirklich nur die Bücher bestellt hätten, die sie gebraucht haben. Eine Reihe von Schulen hat diese Grenzbeträge nicht gebraucht, die waren immer sparsam. (Abg. Dr. Marga Hubenek: Sie verwenden völlig falsche Zahlen!) Aber es sind doch am Beginn der Aktion Bücher angekauft worden, die niemand verwendet hat. Da gebe ich Ihnen recht. Aber erst das Limit hat die großen Mißstände weitgehend beendet.

Nun zur Schülerlade, zum freien Schulbuch sowie zu den Ersparnissen.

Wir müßten, wenn wir eine Schülerlade einführen würden, sofort die Qualität der Schulbücher wesentlich verbessern, weil sie jetzt nur für den kurzen Gebrauch hergerichtet sind. Sie müssen nicht länger halten.

Frau Abgeordnete! Erinnern Sie sich auch noch, wie die Ärzte immer wieder protestiert haben, daß die Schultaschen der Kinder so schwer sind, weil sie die schweren Schulbücher hin- und hertragen müssen? Ich habe seit Jahren nichts mehr von den Schultaschen gehört. Die Bücher sind also doch leichter geworden. (Zwischenrufe.)

Die Frau Abgeordnete hat auch davon gesprochen, daß im ersten Antrag ein kombiniertes System vorgestellt worden ist.

Das ist richtig. Aber als wir das System auf das vollkommen freie Schulbuch, das dem Schüler gehört, umgestellt haben, hat man Erfahrungen aus Untersuchungen in der Bundesrepublik und Erfahrungen aus den österreichischen Schülerläden zur Grundlage

Edith Dobesberger

genommen. Überall waren die Lehrer dagegen, daß die Schülerladen eingeführt werden.

Darf ich aus der Bundesrepublik nur ein paar Sätze zitieren, die Lehrer gesagt haben:

„Die Schüler sollten auch in späteren Klassen noch einmal nachlesen können, was sie früher gelernt haben, und deshalb ihre Bücher behalten.“ Oder: „Als Schüler kann man nur richtig mit Büchern arbeiten, wenn man sich Notizen und Bemerkungen einschreiben kann.“ Oder: „Mit eigenen Büchern lernt es sich besser!“

Ferner kam deutlich zum Ausdruck, ein Leihsystem berge die Gefahr, daß die Anschaffung von Büchern nach dem neuesten pädagogischen Stand gebremst und hinausgezögert würde.

Und ich glaube, daß das Argument stimmt, daß wir nur mit dem freien Schulbuch rasch eine Fortentwicklung pädagogischer Grundsätze verwirklichen könnten. Die Vielfalt ist erhöht worden. Die Qualität unserer Schulbücher war früher schlechter. Herr Abgeordneter Wolf, Sie wissen ganz genau, daß wir uns als Lehrer immer wieder gesagt haben, die deutschen Schulbücher wären sehr viel besser! Wenn wir doch deutsche Schulbücher hätten! Heute schauen wir nicht mehr nach Deutschland, heute haben wir ausgezeichnete Qualität im Lande. (Beifall bei der SPÖ.)

Heute reden wir nicht mehr vom Importieren, heute exportieren wir Bücher, die Schulbücher für Randgruppen. Das möchte ich wirklich doppelt und dreifach unterstreichen.

Wer von uns hätte sich einmal träumen lassen, daß es Blindenschulbücher gibt, daß es Schulbücher für Sehbehinderte gibt... (Abg. Dr. Marga Hubinek: Das eine tun und das andere lassen!) Das ist mit Schülerladen schon wesentlich schwieriger, fast nicht mehr möglich.

Wir hätten uns aber auch nicht träumen lassen, daß wir für die sprachlichen Minderheiten Schulbücher haben, wir hätten uns nicht träumen lassen, daß wir für Gastarbeiterkinder Schulbücher sogar in die Bundesrepublik exportieren. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Und wir hätten uns nicht die Verschwendung träumen lassen!)

Über die Lehrstoffanpassung habe ich schon gesprochen. Einen Satz: Ich glaube, daß nur das freie Schulbuch die Methodenfreiheit wirklich garantiert. (Neuerlicher Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Marga Hubinek: Das ist ein Aberglaube!)

Es ist auch in der Schülerlade so gewesen,

daß über das Schulbuch, das in der Schule eingeführt wurde, vielfach und sehr oft der Beamte entschieden hat, ob das ein Buch ist, das man ausscheiden kann. Ich habe nichts gegen einen Beamten, aber es war nicht der Lehrer, der entschieden hat, solange ein Schulbuch ordentlich gewesen ist, durfte man es nicht austauschen. Die blieben, ob sie gut oder schlecht waren. Die waren noch gut erhalten, daher konnte man sie nicht austauschen. Je schlechter das Buch war, umso länger ist es gut erhalten geblieben und umso länger hat man das Buch gehabt. (Abg. Wolf: Frau Abgeordnete! Es steht aber jetzt im Erlaß auch drinnen, daß man es länger verwenden muß!) Aber es geht um die einzelne Qualität des Buches.

Nun noch ein Wort zur inhaltlichen Qualität des Schulbuches. Ich gebe Ihnen recht, daß es auch heute noch Schulbücher gibt, die von der Qualität her nicht das sind, was wir uns eigentlich erwarten. (Zwischenrufe bei der ÖVP. — Abg. Dr. Zittmayr: Das Parlament besteht ohnehin zur Hälfte aus Lehrern!)

Auch wenn das Parlament zur Hälfte aus Lehrern besteht, Herr Abgeordneter Zittmayr, ist es nicht die Aufgabe der Abgeordneten, die Lehrer sind, im Unterrichtsausschuß Schulbücher zu schreiben. Das wäre eine fürchterliche Geschichte, würden Politiker anfangen, Schulbücher zu schreiben. Dagegen würde ich mich sehr wehren. Das ist Sache der Lehrer und nicht der Parlamentarier! (Beifall bei der SPÖ.)

Wenn ich im „Extrablatt“, in einer der letzten Ausgaben, über ein Geographiebuch einer 6. MittelschulkLASSE folgendes lese: Ein Journalist weist sechs oder sieben schwere Fehler in einem einzigen Schulbuch nach — ich bin keine Geographin, aber zwei oder drei der angeführten Fehler fallen sogar mir als Zweitgruppistin auf —, dann muß ich sagen: Das gehört unterbunden. Da muß wirklich genauer kontrolliert werden, daß es nicht so gemacht wird wie in der Antike, wo einer vom anderen abgeschrieben hat und dann bis in das späte Mittelalter herauf die Spinne sechs Beine gehabt hat und nicht acht. Keiner hat nachgeschaut, jeder hat abgeschrieben. Daß das so weitergeht, möchte ich wirklich verhindern. (Erneuter Beifall bei der SPÖ.)

Zum Schluß noch einen Satz über das, was die Eltern über das Schulbuch meinen. Es gab im Jahre 1979 eine Untersuchung über das Schulbuch vom Institut Fessel und vom IFES. Da waren 67 Prozent der Gesamtbevölkerung der Meinung, daß das Schulbuch jetzt besser ist, und nur 22 Prozent der Bevölkerung waren der Meinung, daß es früher besser war.

11554

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Edith Dobesberger

Weil Sie immer von Personen mit mehreren Schulkindern sprechen, darf ich vielleicht auch noch diese Gruppe erwähnen. 80 Prozent der Eltern, die mehrere Schulkinder haben, meinen, daß das Schulbuch jetzt besser ist, als es früher war und nur 13 Prozent der Eltern, die mehr Kinder haben, meinen, daß es früher besser war. Also Ihre Argumentation kann in diesem Sinne wirklich nicht gemeint sein.

Es ist sicher kein Justamentstandpunkt, wenn wir sagen, wir beharren auf dem freien Schulbuch, so wie es besteht. (Abg. Dr. Zittmann a y r: *Gegen besseres Wissen!*) Das ist wohl überlegt, und das ist durchdacht. Die Organisation, die pädagogischen Belange werden sicher immer wieder verbessert werden können. Aber das, was Sie meinen, ist keine Verbesserung. Wir sagen daher ein Ja zu diesem Bericht und werden diesem Entschließungsantrag des Ausschusses auch unsere Zustimmung sehr gerne geben. (*Beifall bei der SPÖ.*) ^{11.26}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Frischenschlager. Ich erteile es ihm.

^{11.26}

Abgeordneter Dr. Frischenschlager (FPÖ): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema Schulbuch ist sicherlich ein finanzpolitisches Problem und ein pädagogisches Problem. Aber nicht nur so, wie man es normalerweise betrachtet allein als eine Frage, wie mit dem geschriebenen Wort umgegangen wird, sondern ich sehe die Debatte um das Schulbuch heute in einem größeren Zusammenhang. Mir geht es darum, daß wir anhand dieses Beispiels einmal zeigen, wie wichtig es für uns alle, aber auch für den Jugendlichen ist, uns klarzuwerden, was der Staat für uns leistet, und daß das etwas kostet. Wir müssen uns fragen, woher das Geld kommt. Wir können den Staat nicht als einen Selbstbedienungsladen betrachten, wo das Geld wie selbstverständlich nachwächst, man die Dinge nur abholt, sondern jeder Staatsbürger, aber auch jeder Jugendliche muß sich klar sein, daß der Staat und seine Leistungen etwas kosten und wir alle aufgerufen sind, in schwierigen wirtschaftspolitischen Zeiten uns zu überlegen, was mit dem Geld, das der Staat nicht mehr in der entsprechenden Menge hat, passiert. Und das ist ein zentraler Punkt bei der Schulbuchdebatte. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Die Schulbuchaktion ist ein Musterbeispiel. Wir haben sie in günstigen Zeiten beschlossen, aber, meine Damen und Herren, die fet-

ten Jahre sind vorbei. Wir sollten daher nach Alternativen suchen, die kostensparender sind, die das Ziel besser erreichen, und wir sollten vor allem überlegen, wie wir erreichen können, daß das Bewußtsein über die Kosten der staatlichen Leistungen stärker hervorkommt.

Ich glaube, wir sind alle aufgerufen umzudenken, zu überlegen, wie wir für einmal Beschlusses, wie zum Beispiel das Konferenzzentrum — ich erwähne nur das Schlagwort —, aber auch die Schulbuchaktion, wenn wir es auch einmal beschlossen haben, vielleicht alle zusammen, vielleicht auch nur ein Teil des Hauses, neue Alternativen, sparsamere Wege finden. Darum sollten wir uns alle bemühen. Das ist auch eine Erziehungsaufgabe, eine Erziehungsaufgabe für die Jugendlichen, aber vor allem auch für uns alle: für die politischen Kräfte und für jeden Staatsbürger. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Statt dessen — und das ist beim Thema Schulbuch eben sehr leicht möglich — gehen wir mit pädagogischen oder auch ideologischen Dreschflegeln aufeinander los. Wir alle kennen die Debatte, mir hängt sie schon zum Hals heraus, es kommt nichts Neues nach. Die Sozialisten sagen, es ist alles bestens, und die Opposition sagt, es ist alles Geldverschwend und derlei mehr.

Wir sollten jetzt tatsächlich einmal einen Zwischenschlußstrich ziehen und sollten uns offen eingestehen: Wir haben eben in Zeiten, wo es uns besser gegangen ist, diesen Versuch gestartet, wir haben inzwischen pädagogische, budgetpolitische, schulpraktische Erfahrung gesammelt, und jetzt überlegen wir, was wir aus diesem Resümee machen.

Das Faktum der Verschwendungen liegt leider auf der Hand. Es geht gar nicht um das berühmte Beispiel, nämlich daß die Mülltonnen am Schulschluß voll sind, sondern die Verschwendungen ist eigentlich — würde ich sagen — zwangsläufig mit dem System der Schulbuchaktion verbunden. Es geht eben darum, daß man den betreffenden Leuten, das sind die Lehrer, die Schüler und natürlich auch die Eltern, sagt: Ihr bekommt vom Staat da etwas umsonst, nehmt es! Dann entsteht die Begehrlichkeit und eine Einstellung, daß eben dieses „Geschenk des Staates“ nicht sehr ernst genommen wird. Das hat dann eine Kostenexplosion zur Folge.

Diese fängt einmal bei den Schulbuchautoren an. Es ist ganz logisch, daß in dem Augenblick, wo das ein Geschäft wird, sich dann ein jeder, der glaubt, er sei dazu berufen, hinsetzt

Dr. Frischenschlager

und ein Schulbuch verfaßt. Es gibt da die verschiedensten Kanäle, die es ermöglichen, daß das auch tatsächlich unter das Volk gebracht wird, empfohlen wird und so weiter. Es gibt da alle möglichen Erscheinungen, und zwar daß da manche Leute Schulbücher verfassen und ihre Einflüsse haben, daß diese dann auch tatsächlich approbiert werden. Das ist eine Begehrlichkeit, die wächst.

Die zweite Ebene, wo diese Kostenexplosion stattfindet, ist natürlich die Schule. Schulbücher kosten nichts, sie sind angeblich umsonst. Sie kosten uns alle sehr viel Geld, das weiß man, aber nach außen hin scheinen sie nichts zu kosten. Was liegt näher, als daß sich die Lehrer sagen: Nehmen wir dieses Jahr jenes Buch, nächstes Jahr ein anderes. Nehmen wir zwei, nehmen wir drei, und auf einmal gibt es eben diese Explosion von den verwendeten Schulbüchern.

Die dritte Ebene, wo viel verschwendet wird, ist natürlich der Schüler. Der Schüler sagt: Ich bekomme das Schulbuch geschenkt, sehr gut gebunden ist es auch nicht, denn es zerfällt ja nach einem halben Jahr, also ist das Ganze nichts wert. Das ist etwas, wovor man keine Ehrfurcht haben muß, und es daher auch nicht entsprechend schätzt.

Ich würde sagen, das System des Schulbuches, so wie es angegangen wurde, muß zwangsläufig zur Verschwendungen führen. Ich halte insbesondere Ihre Begründung, Frau Staatssekretär, nicht für zutreffend, wenn Sie sagen: Es kann weder das Bundesministerium für Unterricht noch das Finanzministerium dafür, daß eben da eine gewisse Verschwendungspraxis eingerissen ist. Dafür können die Ministerien nichts! Da sind halt die Schüler zum Teil schuld, es sind die Schulen und die Lehrer schuld.

Die Regierung hat für die Schulbuchaktion einen gewissen Rahmen geschaffen, und innerhalb diesem läuft sie ab. Zwangsläufig ist diese Verschwendungen jetzt einfach die logische Folge aus den aufgezeigten Gründen.

Aber ich möchte jetzt gar nicht auf diese Details eingehen. Sie sind ja alle bekannt. Mir geht es um die weitere Vorgangsweise. Die Volkspartei hat einen Entschließungsantrag eingebracht, wo sie mit Schwerpunkt „Schülerlade“ etwas Neues machen möchte; das ist sicherlich ein Weg. Wir werden, damit das Thema sachlich angegangen wird, dem Entschließungsantrag zustimmen. Wir halten es für eine ausgesprochene Schutzchuzpe, was die SPÖ im Unterausschuß oder, besser gesagt im Finanzausschuß gemacht hat, wo man gesagt hat: Man wird einen Bericht ein-

mal vorlegen, und zwar nach den nächsten Wahlen. Man weiß ja, daß das in der nächsten Legislaturperiode sein wird. Das ist Pflanzelei, Frau Staatssekretär! Sagen wir es ganz offen: Das ist ein Wegschieben des Problems und ist einfach unsachlich!

Ich würde sagen: Lassen wir die polemischen Auseinandersetzungen um das Schulbuch. Gestehen wir offen ein: Es war ein Versuch! Die einen waren skeptischer, die anderen waren weniger skeptisch. Jetzt liegen Erfahrungswerte vor, und jetzt ziehen wir im Lichte der finanzpolitischen Situation des Staates ein Resümee und versuchen, das pädagogisch Wertvolle an der Schulbuchaktion mit anderen, mit billigeren, mit sparsameren Mitteln zu erreichen. Lassen wir die polemische, ideologische Auseinandersetzung, und suchen wir den sachlichen Weg! Probieren wir das! Der Entschließungsantrag weist in diese Richtung. Ich glaube, es fällt niemandem ein Stein aus der Krone, wenn er sagt: Gehen wir es neu an.

Darum möchte ich die Bundesregierung und die Fraktionen dieses Hauses ersuchen. (Beifall bei der FPÖ.) ^{11.35}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Kohlmaier. Ich erteile es ihm.

11.35

Abgeordneter Dr. **Kohlmaier** (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Die Kollegin Dobesberger hat hier eine Bemerkung gemacht, die ich noch einmal ganz kurz aufgreifen möchte, weil es sich lohnt, daß man sie festhält, und wir sollten versuchen, sie doch irgendwie zu deuten.

Sie haben nämlich gesagt, sehr geehrte Frau Kollegin, daß in den Versammlungen, die Sie abhalten oder die Sie besuchen, Ihnen das Problem des Steuerdrucks nicht entgegengehalten wird. Seit Sie das gesagt haben, rätsle ich darüber, was für Versammlungen Sie durchführen. Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie nur im Obdachlosenheim Ihre politischen Kontakte pflegen. Ich könnte mir auch nicht vorstellen, daß Sie nur Leute dort empfangen, die so wohlhabend und geschickt sind, sich durch die Einschaltung der Consultatio aller steuerlichen Sorgen zu entledigen. (Ruf bei der SPÖ: Das ist eine Unterstellung!) Ich kann mir eigentlich nichts anderes vorstellen, als daß Sie auf diesem Gebiet die notwendige Aufmerksamkeit nicht obwalten lassen.

Sehr geehrte Frau Kollegin Dobesberger! Wir haben nach den derzeitigen Progressions-

11556

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Kohlmaier

stufen, die Sie als Abgeordnete mitgebilligt haben, bei einem Einkommen von bis zu 150 000 S pro Jahr einen Grenzsteuersatz von 33 Prozent; das ist etwa ein Drittel. Da bewegen wir uns nach den Ihnen sicher bestens bekannten Statistiken im Durchschnitt der Arbeitnehmer. Das bedeutet, daß durch den Progressionstarif, den Sie mitbeschlossen haben und den Sie gegenüber Ihren Versammlungsteilnehmern wohl zu vertreten haben, die Arbeitnehmer, die zu Ihnen in die Versammlung kommen oder auch nicht kommen, von jeder Lohnerhöhung und Gehaltserhöhung, die durch Kollektivvertrag herbeigeführt wird, ein Drittel an den Staat abzuliefern haben.

Sie wissen doch sehr genau, daß die heutigen Kollektivvertragserhöhungen oft nicht einmal ganz die Inflation abgeln. Wenn Sie sagen, daß, wenn man von der nicht einmal Inflationsabgeltung ein Drittel abliefern muß, und das bei einem Durchschnittseinkommen von bis zu 150 000 S pro Jahr, die Leute keinen Steuerdruck spüren, dann frage ich mich wirklich, wo Sie Ihre Versammlungen abhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber das ist nicht das heutige Thema. Ich wollte das nur festhalten, vielleicht als Kuriosum dieses österreichischen Nationalrates oder als Kuriosum Ihrer Versammlungen, oder beides.

Worauf ich heute hinweisen wollte und hinweisen muß ist, daß wir hier, meine sehr geehrten Damen und Herren, einem Phänomen gegenüberstehen, dem Phänomen des gleichzeitigen Auftretens von öffentlicher Verschwendungen und privater Sparsamkeit nach einem Dutzend Jahre sozialistischer Regierung.

Ich habe vor kurzem wieder ein Dokument zur Hand genommen, das zu den Kostbarkeiten gehört, die ich mir aufbewahre. Es ist ein Rednerdienst des ÖGB aus dem Jahr 1967, wo der ÖGB gemeinsam mit dem österreichischen Arbeiterkammertag grundsätzlich zu Fragen des Familienlastenausgleichs Stellung genommen hat. Von den Schulbüchern war damals noch keine Rede.

Damals hat man in sehr dezidierter Form gesagt: Der Familienlastenausgleich stellt einen Soziallohn dar. Und als man in Österreich sechs Prozent Beiträge für den Familienlastenausgleich beschloß, haben die Arbeitnehmer auf eine entsprechende Lohnerhöhung verzichtet. Das bedeutet ein für alle Male — ich zitiere noch immer den ÖGB und den Arbeiterkammertag aus der Zeit der ÖVP-Alleinregierung —, daß alles, was auf

dem Beihilfensektor geschieht, aus dem Familienausgleichsfonds gedeckt wird, Verwendung des Soziallohns der Arbeitnehmer ist.

Meine Damen und Herren! Alles, was Sie auf dem Sektor Schulbücher tun, tun Sie nach der Diktion von ÖGB und Arbeiterkammertag — ich glaube kaum, daß man in dieser Grundsatzfrage heute eine ganz andere Haltung bezieht — in Verwendung eines Soziallohnes. Ich möchte mich heute der Frage zuwenden, ob die Schulbuchaktion eine vernünftige, kluge Verwendung von Soziallohn ist.

Ich muß auf diesen Soziallohn auch deswegen hinweisen, Hohes Haus, weil ich seit dem ersten Tag auf dem Standpunkt stehe — und davon werde ich nicht abrücken —, daß die Bezeichnung Gratisschulbuch nichts anderes als eine Lüge ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Dieses sogenannte Gratisschulbuch wird ja nicht von irgend jemand geschenkt, sondern ist eine andere Verwendung eines für die Familien bereits gewidmeten Soziallohns. Was Sie hier tun, meine Damen und Herren von der SPÖ, ist nichts anderes, als daß Sie in diese Mittel, die den Familien bereits gewidmet waren, hineingreifen und sagen: Wir bestimmen jetzt, daß von diesen Familienmitteln ein bestimmter Teil für Schulbücher ausgegeben wird.

Nun kann man darüber diskutieren, ob dadurch nicht ein zusätzlicher Ausgleichsvorgang herbeigeführt wird. Das ist der Grund, warum man die Idee an sich nicht verwerfen soll, denn wer Kinder in der Schule hat, hat zusätzliche Ausgaben. Diese sollen aus dem Lastenausgleich gedeckt werden — aber nicht gratis; gratis wäre es ja nur, wenn die Buchdrucker, Buchbinder und Buchhändler umsonst arbeiten würden. Wenn man schon diesen Weg beschreitet und sagt: Schulbücher aus dem gemeinsamen Familientopf, so muß es einen Lastenausgleich zwischen denen geben, die Schulkinder haben, und den Familien, wo die Kinder nicht, noch nicht oder nicht mehr in die Schule gehen.

Aber, meine Damen und Herren, wenn wir uns dazu bekennen, dann besteht doch die oberste Verpflichtung, daß wir bei der Verwendung dieser Familienmittel so vorgehen, wie Familien selbst mit den Mitteln umgehen würden. Was wir heute tun und durchexerzieren, ist nichts anderes, als daß wir die Familien, die heute mehr denn je sparen müssen, dazu zwingen, einen Teil der Familienmittel nicht sparsam, sondern verschwenderisch auszugeben. Das ist das eigentliche Ärgernis.

Meine Damen und Herren! Die Familien

Dr. Kohlmaier

müssen heute sparen. Sie müssen immer mehr sparen. Es ist bekannt, daß der Familienlastenausgleich einen immer geringeren Teil der Kinderkosten deckt. Die Familienbeihilfen bleiben nachweisbar hinter den Familienerhalterkosten zurück. Der Familienlastenausgleich wird permanent entwertet. Das, was die Eltern als Beitrag im Lastenausgleich für die Erziehung der Kinder bekommen, wird real immer weniger. Sie müssen immer mehr sparen.

Aber im Sektor Abdeckung der Schulbücher wird diese Sparsamkeit nicht vollzogen, sondern dort wird verschwendet.

Damit tritt in einem wesentlichen sozialen Bereich die Tatsache ein, daß die schlechte Dotierung des Familienlastenausgleichs die Familien zum Sparen zwingt, sie aber gleichzeitig zwingt, einen Teil ihrer Mittel in Superverschwendung auszugeben. Das ist soziales Unrecht, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich darf nur ein ganz simples Beispiel hernehmen. Ein Lebensbedürfnis der Familie, ein ganz einfaches, natürliches Bedürfnis ist die Bekleidung der Kinder. Ja selbst in Familien, wo ein gewisser Wohlstand herrscht, ist es richtigerweise gang und gäbe, daß man das abgelegte Kleidungsstück, dem das Kind entwachsen ist, nicht in den Mist wirft, sondern es aufhebt für das nächste Kind, daß man es Verwandten, Freunden gibt. Da bekommt man es wieder zurück, irgendwann einmal.

Familien müssen sehr sorgsam mit diesen Dingen umgehen.

Niemand hat das Herz, ein Paar Schuhe wegzuwerfen, weil das Kind dem Alter entwachsen ist. So verhalten sich Familien, die mit ihrem eigenen Geld umgehen oder die mit dem Geld umgehen, das ihnen der Lastenausgleich anvertraut hat, um damit zu wirtschaften.

Wirtschaften ist doch etwas, was wir überall tun sollten. Aber bei den Schulbüchern, da wird vom Staat den Menschen ein anderes Verhalten vorgeführt, nicht der sparsame Umgang, nicht das Haushalten, nicht das sorgfältige Bewahren der Werte und Güter. Auch wenn diese nicht mehr gebraucht werden, wirft man sie nicht weg. Da geht man diesen anderen Weg, der zum Ärgernis wird. Und Sie wissen doch ganz genau, meine Damen und Herren von der SPÖ, Sie spüren es ja auch — selbst in den Versammlungen, die die Kollegin Dobesberger frequentiert, wird es wohl so sein —, daß dieses Ärgernis nicht beseitigt ist, sondern daß es nach wie vor vorhanden ist, dieses Unbehagen, das

stärker wird, je mehr die Menschen spüren, daß sie ihr eigenes Einkommen immer schwerer erarbeiten und immer schwerer damit auskommen, wo sie spüren, daß die öffentliche Hand auch immer weniger mit den finanziellen Mitteln auskommt.

Meine Damen und Herren! Die Schulbuchvergeudungsaktion spielt sich ab als Sektor eines sozialen Ausgleichssystems — Familienlastenausgleich —, das zunehmend notleidend wird. Als Sie das Schulbuch eingeführt haben — das sogenannte Gratisschulbuch, dieses Wort ist, ich sage es noch einmal, eine Lüge! —, als Sie sich am Beginn Ihrer Regierungsverantwortung befanden und das sogenannte Gratisschulbuch einführten, befanden Sie sich in der fabelhaften Lage, überall, wo öffentliche Kassen vorhanden waren, ins Volle zu greifen.

Die ÖVP-Regierung hatte Ihnen einen Zustand der öffentlichen Kassen überlassen, der Ihnen unendlich viele Möglichkeiten eröffnet hat. Das war die Spielwiese der beginnenden sozialistischen Regierung. Das Geld war da, in den Menschen Illusionen erwecken zu können: Bei uns könnt ihr alles umsonst haben. — Und dieses Gratisschulbuch, das sich fälschlich „Gratisschulbuch“ nennt, sollte ja ein gesellschaftspolitisches Signal sein: Sozialismus ist Gratisgabe! Ihr braucht euch nicht anzustrengen! Wir greifen in die öffentlichen Kassen und geben euch, was ihr braucht. (Abg. Dr. Marga Hubenek: *Beglückung durch den Staat!*) Diese Illusion des Sozialismus kann man nämlich nur dann verwirklichen, wenn man vorher eine sogenannte konservative Regierung gehabt hat, die die Kassen gefüllt und in Ordnung gehalten hat. (Beifall bei der ÖVP.)

Die nächste Regierung, meine Damen und Herren, die sozialistische . . . (Zwischenruf bei der SPÖ.) Ich sage „sogenannte konservative“. Es ist ja so herzig, wenn die SPÖ immer von den Konservativen redet. Die sind innerlich emigriert, nach England, weil sie die österreichische Situation nicht mehr ganz „derpacken“. Ihr Gegner ist die konservative Partei. Kollege Blecha wird demnächst zu den Falkland-Inseln eingezogen werden, denn er ist ja schon im konservativen Bereich oder in diesen politischen Kategorien. Wenn ich Sozialist wäre, wäre ich sehr vorsichtig, immer englische Vergleiche heranzuziehen, denn den Zustand der dortigen Labour Party, den schaue ich mir an. Ich weiß ja heute nicht einmal mehr: Wer ist denn eigentlich die Schwesterpartei der Sozialisten in England, ist es die Labour Party oder sind es die neuen Sozialdemokraten? Die Labour Party ist

11558

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Kohlmaier

heute eine radikale Linkspartei. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Man kann es sich aussuchen!) Ich schweife vom Thema ab. Das wollte ich nicht, sehr geehrter Herr Präsident, ich kehre wieder zu den gefüllten oder leeren öffentlichen Kassen zurück.

Wer immer im nächsten Jahr die Regierungsverantwortung übernehmen wird, wird den miesesten Zustand öffentlicher Kassen vorfinden, der überhaupt nur denkbar ist. Typisches Erbe des Sozialismus! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Das trifft in einem dramatischen Ausmaß den Familienlastenausgleich. Wir werden, meine Damen und Herren, heute eine Situation erleben — das heißt, sie ist schon da —, wo dieser Familienlastenausgleich im Jahr seine guten 3 Milliarden Schilling Defizit ausweist. 3 Milliarden Schilling Defizit! Wissen Sie, was in Zeiten der ÖVP-Alleinregierung der Hauptvorwurf sozialistischer Abgeordneter war, wenn es um Familienbelange ging? Man darf sich nicht einmal an einem kleinen, klitzekleinen Stükkerl eines Überschusses vergreifen. Ich wollte, wir wären heute in dieser Situation.

Heute heißt es: 3 Milliarden Defizit im Familienlastenausgleich! Dieser 3-Milliarden-Defizit-Familienlastenausgleich schmeißt Geld für eine Luxusschulbücherwendungsktion hinaus. Nicht nur Diskrepanz öffentliche Verschwendug — private Sparsamkeit, sondern auch Diskrepanz notleidender Familienlastenausgleich und üppig wucherndes Wegwerfschulbuchsystem.

Es ist weithin unbekannt, daß im Familienlastenausgleich diese äußerst dramatische Situation eingetreten ist. 3 Milliarden Defizit!

Wir haben noch eine Rücklage. Diese Rücklage ist aber nicht der Sparsamkeit der Bundesregierung zuzuschreiben, sondern sie entstand dadurch, daß man in Zeiten großer Lohnerhöhungen und wachsender Beschäftigungszahlen — die sind ja bekanntlich auch schon vorbei — einen sehr hohen Zufluß in den Familienlastenausgleich hatte, aber diesen Zufluß nicht an die Familien weitergegeben, sondern zunächst einmal gehortet hat. Mehr als 10 Milliarden Schilling auf die Seite gelegt in die Österreichische Postsparkasse, schlecht verzinst, zur Deckung des unersättlichen Kreditbedarfes des Finanzministers.

Die Beihilfen hat man niedrig gehalten. Die Familiensteuerermäßigung hat man abgeschafft, eingebaut in den Familienlastenausgleich mit den Größenordnungen des Jahres 1973, meine sehr geehrten Damen und Herren von der SPÖ! Die heute... (Abg. Hir-

scher: Damit die Kleinen etwas haben davon!) Richtig, darüber können wir gerne diskutieren, sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die heute im Familienlastenausgleich übernommene Steuerermäßigung fußt auf dem Stand 1973. Im nächsten Jahr, im Wahljahr, wird das, was die Familien aus dem Titel Steuerermäßigung bekommen, zehn Jahre lang gleichgeblieben sein. Zehn Jahre gleichgeblieben!

Nun gut, es war eine Reserve da. 10 Milliarden Schilling. Angesichts des Defizits von 3 Milliarden Schilling, das Ihnen, sehr geehrte Frau Staatssekretär, bestens bekannt ist, können wir uns an den Fingern einer Hand abzählen, wann diese glorreiche Reserve weg ist.

Das dauert zwei bis drei Jahre. Dann stehen wir vor der Situation, daß wir eine Gratis-schulbuchaktion haben, notleidende, zurückgebliebene Familienbeihilfen und kein Geld mehr im Familienlastenausgleichsfonds.

Das ist ein Kunststück, meine Damen und Herren! Die Beihilfen niedrig zu halten, die Steuerermäßigung umzubringen, das heißt einzufrieren auf den Stand 1973, und gleichzeitig ein Defizit im Familienlastenausgleich mit 3 Milliarden herbeizuführen, das ist eine große Kunst.

Wie kam es zu diesem Kunststück? Die Frau Staatssekretär war sehr großzügig und hat ein Viertel der Familienlastenausgleichsmittel der Pensionsversicherung überwiesen, weil der Herr Finanzminister nicht in der Lage ist, die Pensionen ordentlich zu dotieren, weil er das nicht zusammengebracht hat, was Finanzminister der ÖVP selbstverständlich gemacht haben, nämlich fast ein Drittel des Pensionsaufwandes zu decken. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Finanzminister der SPÖ waren nicht in der Lage, den Anteil an der Pensionsversicherung zu decken, den wir gedeckt haben. Sie decken heute nur noch die Hälfte, die andere Hälfte wird den Familien weggenommen. Deswegen kommt es zu diesem Abbau des Lastenausgleiches und zu diesen Defiziten, die wir bestenfalls noch drei Jahre decken können.

Was ist dann, meine Damen und Herren? Dann soll nach dem Gesetzeswortlaut — das könnte die Frau Staatssekretärin jetzt einwenden — der Staat einspringen, er hat eine Ausfallhaftung. Er hat hier dieselbe Ausfallhaftung wie bei der Pensionsversicherung; der hat er sich ja einzogen durch Heranziehen des Familienlastenausgleiches.

Dr. Kohlmaier

Und wenn der auch weg ist, was ist dann mit der Ausfallshaftung? Dann steht der Finanzminister vor der Situation: Die Pensionen hat er mit dem Familiengeld bezahlt. Das Familiengeld kann er auch nicht mehr zahlen. Jetzt muß er an zwei Seiten Ausfallshaftung üben und hat nichts. Das ist das totale Verwirtschaften des Sozialsystems in Österreich!

Und da sitzt die Frau Staatssekretärin, nennt sich Familienstaatssekretärin und ist die Hüterin des Zerbröselns eines Systems, das wir in vielen Jahren klug, sorgfältig aufgebaut haben. Wir sind am Ende im Familienlastenausgleich, und Sie vertreten das Verschwendungsproblem bei den Schulbüchern. Das ist das Groteske, was man sich überhaupt vorstellen kann, meine Damen und Herren! (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Ich setze den Fall, es kommt nach der nächsten Nationalratswahl wieder ein sozialistischer Finanzminister. Ich setze den Fall, es ist eine Hypothese. Dieser sozialistische Finanzminister muß die Pensionsversicherung dotieren. Er kann dann nicht mehr den Familienlastenausgleich heranziehen. Im Familienlastenausgleich soll er Ausfallshaftung leisten. Die arabischen Gelder für das Konferenzzentrum kriegt er auch im Jahre 1983/84 noch nicht. Aber er gibt für Schulbücher Geld aus, die man jedes Jahr nicht mehr braucht.

Meine Damen und Herren! Das ist nicht nur dieser unverständliche Gegensatz, in meinen Augen ist diese Gratisschulbuchaktion ein modellhaftes Sichtbarwerden, was Sozialismus eigentlich bedeutet. Ich schenke etwas, ich sage gratis, ich bin großzügig. Am Schluß sind die Kassen leer, jeder fragt sich, wie soll es weitergehen, aber niemand kann es sagen.

Es ist ziemlich arg, meine Damen und Herren! Und jetzt möchte ich Sie doch wirklich freundlich auffordern: Wenn Sie diesen Familienlastenausgleich schon in den Graben geführt haben — 3 Milliarden Defizit heuer, nächstes Jahr wird es mehr, die Reserven sind bald weg — und wenn Sie nicht mehr wissen, wie es weitergeht, dann beginnen Sie doch endlich umzudenken, und versuchen Sie, diese Schulbuchaktion so zu machen, daß es wirtschaftlich vernünftig und vertretbar ist.

Wir werden auf allen Gebieten dank der „großartigen“ — ich setze es unter Gänsefußchen — Politik, die Sie geleistet haben, überall Einschränkungen vornehmen müssen. Wir werden den Gürtel enger schnallen müssen, weil wir die Verschwendungen der letzten Jahre werden zahlen müssen. Dann hören wir doch wenigstens mit der Verschwendungen auf, wenn

wir schon wissen, daß uns nichts anderes erspart bleibt. (Beifall bei der ÖVP.)

Aber Sie sind ja zunehmend nicht mehr gesprächsfähig, meine Damen und Herren von der SPÖ, sondern Sie sind zunehmend verbohrt und einbetoniert in Ihren Standpunkt: Es muß so sein!

Typisches Beispiel Konferenzzentrum. Man kann Ihnen nachweisen, im Wohnbau, überall fehlt es. Nein! Es ist beschlossen vom gräflichen Diktator, daher muß es gemacht werden. Sie sind nicht mehr gesprächsfähig.

Ich bin gespannt, was die Frau Staatssekretärin, die angebliche Hüterin der Familieninteressen, sagen wird. Sie wird sich heute sicher wieder erheben und wird irgendwelche beruhigende, optimistische Meinungen abgeben, sie wird sagen: Es geht schon weiter. Aber das ist ja alles bitte noch nicht ein Gespräch.

Meine Damen und Herren, unsere politische Gegnerschaft ist sehr groß. Aber glauben Sie, daß wir so borniert sind, nicht zu sehen, daß das Weggehen von der Verschwendungs-politik ein nationales Anliegen ist, das wir in allen Fraktionen dieses Hauses erfüllen müssen? Auch als Opposition müssen wir Ihnen helfen, Verschwendungen zu bekämpfen, wo es nur geht! (Beifall bei der ÖVP.)

Suchen wir doch gemeinsam die Quellen der Verschwendungen. Aber dieses gemeinsame Suchen geht nicht, weil Sie sich, wie gesagt, überall einzementieren, einbetonieren. Konferenzzentrum, Gratisschulbuchaktion — wo immer es nur möglich ist, bleiben Sie stur bei den einmal beschrittenen Wegen, obwohl die Alarmglocken längst läuten und jeder von Ihnen, der besonnen über die Situation nachdenkt, weiß, es geht ja nicht so weiter.

Ich sage noch einmal: Einen Lastenausgleich mit 3 Milliarden Defizit können Sie nicht weiterführen. Frau Staatssekretär, wie wollen Sie das? Wo sind die 3 Milliarden, wenn einmal die Reserve weg ist? Wo werden Sie es hernehmen? Sagen Sie bitte nicht, vom Finanzminister. Sie werden betteln und rennen müssen, und es wird genau das eintreten, was Dallinger, Ihr Kollege im Kabinett, heute erlebt. Dallinger muß heute schon mit Salcher darum streiten, daß er für die Sozialversicherung wenigstens die gekürzten Zuschüsse bekommt, gekürzt durch Familienlastenausgleichstransfer.

Und Salcher sagt — darüber werden wir in dem Haus noch zu reden haben —: Ich kann schon etwas geben, aber es muß vorher getrachtet werden, daß die unvernünftigen

11560

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Kohlmaier

Leistungen abgebaut werden. — Das sagt Salcher.

Demnächst tröppeln Sie, Frau Staatssekretär, zu Ihrem Minister und sagen: Jetzt ist das Defizit im Lastenausgleich. Die Reserven sind weg, ich brauche Geld. — Salcher wird sagen: Ja, aber erst dann, wenn die unnötigen Ausgaben beseitigt sind.

Heute haben wir noch eine Chance, sinnvoll einzusparen, denn keiner Familie tut es weh, wenn wir zu einem billigeren System bei den Schulbüchern kommen. Aber nein, da müssen Sie wieder den Justamentstandpunkt beziehen. Sie programmieren selbst das Desaster der nächsten Jahre, soweit es nicht heute schon sichtbar ist.

Was mich so bedrückt, Frau Staatssekretär — ich habe es Ihnen schon oft gesagt, ich werde es Ihnen sagen, so lange Sie im Amt sind —: Sie haben alle diese Entwicklungen gesehen. Hätten Sie sie nicht verstanden, dann müßte ich an Ihrer Einsicht zweifeln, das will ich nicht. Immer haben Sie nur abgedeckt, verteidigt und haben damit auch ein weiteres sozialistisches Musterbeispiel geliefert. Denn es geht nicht nur um den schlechten Umgang mit öffentlichen Geldern, es geht ja auch darum, daß Sie es immer verstehen, wo es nicht gut geht, es durch irgendwelche Beschönigungen noch einigermaßen positiv darzustellen.

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Es ist nicht möglich, bei einer Situation des Familienlastenausgleichs, wie ich sie geschildert habe, das heutige System des Schulbuches fortzuführen. Vielleicht ist die Änderung der Entschließung und ihre Annahme ein kleiner Schritt in Richtung Einsicht des Ernstes der Situation.

Nur haben Sie etwas sehr Unfares getan, und das möchte ich den Parlamentariern der linken Seite abschließend schon noch vor Augen halten.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie doch Abgeordneten, die einen bestimmten Entschließungsantrag einbringen, das Recht, das Eigentum, würde ich fast sagen, an diesem Antrag. Verfremden Sie ihn doch nicht durch eine Umformulierung.

Wenn Sie glauben, daß dieser Antrag zu kritisch ist — ich habe im Text eigentlich keine unangebrachte Polemik gefunden —, dann machen Sie einen anderen, lehnen Sie unsern ab und beschließen Sie Ihren. Das war schon sehr oft in diesem Nationalrat der Fall, und das müßten wir zur Kenntnis nehmen.

Es ist eine ungewöhnliche und in meinen

Augen zutiefst unfaire Vorgangsweise, über einem veränderten Antrag die Namen der Antragsteller stehen zu lassen, das heißt, ihrem parlamentarischen Wollen etwas zu unterschieben, was Sie eigentlich gar nicht gewollt haben.

Dieser Antrag, den der Ausschuß einbringt, ist nicht mehr der Antrag der Kollegin Hubinek, es ist ein anderer. Aber Sie haben das Etikett der Antragsteller oben noch stehen gelassen. Das ist eine Verfremdung. Ich möchte Sie sehr herzlich bitten und dringend auffordern, diese Vorgangsweise in Zukunft nicht mehr anzuwenden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie können nein sagen zu dem, was wir wollen, das ertragen wir, Sie können etwas anderes sagen, aber Sie können unser parlamentarisches Wollen nicht umfunktionieren.

Wir müssen daher heute — meine Kollegin Hubinek hat es bereits getan — auf dem ursprünglichen Text bestehen. Aber erwarten Sie bitte nicht von uns, daß ein verfremdeter Entschließungsantrag, so wie er der Mehrheit paßt, von uns auch angenommen wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) 12.02

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Hafner. Ich erteile es ihm.

12.03

Abgeordneter Dr. Hafner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Landesverband der Elternvereine an den höheren Schulen in der Steiermark hatte im Jahre 1981 eine Umfrage an allen Schulen gestartet, die ihm angeschlossen sind. Erfreulicherweise hat ein Drittel aller Schulen auf diese Umfrage geantwortet. Die Umfrage hatte in erster Linie die Frage zum Inhalt: Wie läuft es bei euch in den Schulen mit der Schulbuchaktion? Mit jener Schulbuchaktion, die vom Familienlastenausgleichsfonds finanziert wird.

Das Ergebnis dieser Umfrage lautet, daß die Eltern, die Schüler und die Lehrer zur Auffassung gekommen sind, daß 10 bis 25 Prozent der Bücher eingespart werden könnten.

Meine Damen und Herren des Hohen Hauses! Kann es für einen Gesetzgeber einen besseren Anlaß geben, sparsamere Gesetze zu beschließen, als wenn von den Betroffenen selbst gesagt wird, wir könnten das alle gemeinsam viel sparsamer machen?

Daher wundern wir uns sehr, daß Sie von der sozialistischen Fraktion unseren Intentio-nen, unseren Absichten nicht nachgeben wollen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Dr. Hafner

In dieser Umfrage kommt auch noch zum Ausdruck, daß die Eltern und vor allem die Lehrer sagen, daß die jetzige Art der Durchführung dieser Schulbuchaktion keinen Ansporn zum Sparen bringt. Es ist sehr interessant, daß dieser Landesverband in der Zusammenfassung meint, daß man davon ausgehen kann, daß die Vorschläge, die bei dieser Umfrage gemacht worden sind, praktisch auf folgendes hinauslaufen. Ich möchte diesen Vorschlag auch hier deponieren, denn ich glaube, es ist ein diskutabler Vorschlag, ein Vorschlag, den man im Zusammenhang mit der Realisierung unseres Entschließungsantrages oder des Antrages, den Sie heute mit Mehrheit beschließen werden, zumindest zur Diskussion stellen sollte.

Die Eltern, die Schüler und die Lehrer dieser Schulen schlagen vor, daß man jeder Schule einen bestimmten Rahmenbetrag, ein bestimmtes Limit einräumt und daß 50 Prozent der Ersparnis, wenn dieses Limit nicht ausgeschöpft wird, der Schule verbleiben, 50 Prozent aber natürlich dem Familienlastenausgleichsfonds.

Die Schule könnte dann 50 Prozent dieser Ersparnisse für die Anschaffung von besseren Lehrmitteln verwenden. Die Folge wäre, daß sich der Unterricht insgesamt verbessern könnte, daß die Qualität des Unterrichtes angehoben werden könnte, und zugleich wäre auch das Zeichen gesetzt und gemeinsam die Möglichkeit eingeräumt, daß Schüler, Eltern und Lehrer bei dieser Schulbuchaktion sparen könnten.

Ich halte den Vorschlag, den diese Schulen, Eltern, Kinder und Lehrer gemacht haben, für einen sehr guten Vorschlag, den wir in Zukunft ernstlich diskutieren sollten.

Meine Damen und Herren! Der Entschließungsantrag, den wir im Finanzausschuß eingebracht haben und der nun auch heute zur Diskussion steht, ist ja keine neue Erfindung, und dieser Appell, diese Absicht zu sparen kommt nicht erst in einer Zeit, die wirtschaftlich sehr schwierig ist und weiter schwierig sein wird, sondern es ist in Wahrheit bei dieser Gratisschulbuchaktion ganz gleich wie beim Konferenzzentrum.

So wie beim Volksbegehren zum Konferenzzentrum sehr viele Sozialisten, zum Beispiel sozialistische Gemeinderäte, aus sachlichen Überlegungen auch unterschreiben, so hat es auch immer schon sozialistische Funktionäre und auch Lehrer gegeben, die diese Schulbuchaktion, die Organisation, die Art der Durchführung kritisiert haben.

Und schon sehr früh, schon am Beginn —

wir haben mit dem Schuljahr 1972/1973 begonnen —, schon 1974 hat ein Wiener Gymnasialdirektor in der „Zukunft“, im sozialistischen theoretischen Diskussionsorgan, geschrieben: „Wieviel Geld könnte für andere, wichtigere Dinge eingespart werden, wenn sich die Schulpolitiker entschlössen, wenigstens zu einem Teilverleihsystem zurückzukehren.“

Welchen schöneren Beweis braucht man dafür, daß auch dort, in diesen Kreisen, in den sozialistischen Lehrerkreisen — Präsident Schnell, ehemals Stadtschulratspräsident, wird den Herrn Direktor dieser Schule sicher kennen — die Ansicht vertreten wird, daß hier wirklich Abänderungen und Verbesserungen möglich sind.

Und in Wahrheit ist das ja auch schon ein Vorschlag, Herr Abgeordneter Schnell, ist das ja schon ein Gedanke, der auf das hinzielt. (Abg. Dr. Schnell: Es sind schon viele Verbesserungen vorgenommen worden!) Natürlich ist einiges geschehen, aber noch lange nicht genug und noch lange nicht ausreichend.

Das ist genau ein Vorschlag in der Richtung, daß man sagt: Gut, wenn man teilt einerseits zwischen Arbeitsbüchern und andererseits Büchern, die durch mehrere Jahre verwendet werden können, sodaß hier auch Ansätze für eine Schülerlade gegeben sind.

Es ist sicher auch sehr interessant, daß die Schulen selbst, die Eltern und die Lehrer aus sich heraus, ohne daß es vorgeschrieben wird, solche Schülerladen schon entwickeln, weil sie den Kindern ersparen wollen, daß sie jeden Tag mit einem großen Stoß von Büchern, mit einer großen Schultasche zwischen Schule und Zuhause hin- und herpendeln. Bei den Haltungsschäden, die wir immer wieder bei den Kindern registrieren, ist das, glaube ich, auch eine sehr positive Maßnahme.

Die Frau Abgeordnete Dobesberger ist jetzt nicht mehr im Hause. Vielleicht ist diese Diskussion für sie wirklich so wenig interessant gewesen und sie hat hier nur eine Pflichtübung abgeführt. Aber ich möchte ihr schon sagen, weil sie zu erkennen geben wollte: Wer da bei euch bei den Versammlungen erscheint, wer ist das schon? Bei uns sind es die kleinen Einkommensbezieher.

Ich möchte Ihnen eine Erfahrung aus meinem beruflichen Bereich erzählen, wo mir ein Forstarbeiter, ein Vater mit sieben Kindern, nach einer Betriebsversammlung folgendes erzählt hat:

11562

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Hafner

Er hat in seinem Haus auch zwei Zimmer für Fremde, für Sommergäste. Das Haus ist in der Obersteiermark gelegen, da kommen seit Jahren zwei deutsche Familien, und eine ist eine Lehrerfamilie. Da bittet er immer wieder den einen deutschen Urlauber, der Lehrer ist, daß er im Sommer zwischendurch seinen Kindern ein bissel was beibringt, daß er auffrischt, damit es am Schulbeginn wieder flotter und leichter weitergeht.

Da ist einmal folgendes passiert: daß das Kind dieses Forstarbeiters ein Schulbuch, das gerade zur Diskussion gestanden hat, das es mit dem deutschen Lehrer verwendet hat, der da auf Urlaub war, etwas schlecht behandelt hat, wenig sorgsam, es hat einigermaßen lädiert ausgeschaut. Das hat ihm dann dieser deutsche Lehrer vorgehalten, und das Kind hat geantwortet: Das schmeißen wir eh weg am Jahresende! Daraufhin war dieser Deutsche völlig verstört und betroffen und hat gesagt: Wie kann man ein Buch wegwerfen!

Also so ist das nicht, meine Damen und Herren, daß uns dieser Begriff „Wegwerfbuch“ eingefallen wäre! Das ist einfach entstanden aus der Praxis, die Sie installiert haben. Und das muß in aller Klarheit festgestellt werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Wir wissen: Sparsamkeit ist am Platze, und mehr denn je müssen wir alle miteinander sparen. Und das ist also, noch einmal gesagt, das Motiv unseres Entschließungsantrages, daß wir wirklich diese Schulbuchaktion sparsamer organisieren.

Es ist nicht nur im Kleinen so, wie zum Beispiel dieser deutsche Lehrer bei einer Forstarbeiterfamilie feststellt: Na was macht ihr mit eurem Geld? Ihr verschwendet hier die öffentlichen Mittel! Es ist ja auch im Großen so, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Ich muß diesen Bericht des „Spiegel“ vom 18. Jänner 1982 in Erinnerung rufen, wo über das „Modell Österreich“ des Herrn Bundeskanzlers Kreisky berichtet und gesagt wird, daß dieses abgewirtschaftet habe. In diesem Bericht des „Spiegel“ steht ein Satz, der, glaube ich, gerade auch für unsere Schulbuchaktion beherzigt werden sollte. Es heißt hier: Die einstige Versuchsstation einer rosaroten Weltidylle mit dem respektgebietenden Kaiser Bruno Kreisky an der Spitze gleicht heute eher der Gesellschaft bankrotter Verschwendrer.

Ich glaube, meine Damen und Herren, dieser Satz belegt es, und wir sagen es ja auch immer wieder, daß es eine Kurskorrektur geben muß, daß wir sparsamer mit den öffentlichen Mitteln umgehen müssen, und deshalb

haben wir diesen Entschließungsantrag eingebracht.

Diesen Entschließungsantrag haben Sie, wie Kollege Kohlmaier schon sehr klar erläutert hat, umgewandelt, und jetzt schaut es so aus, als hätte die Kollegin Hubinek einen Antrag eingebracht, der gar nicht in ihrem Sinne formuliert wurde. Und das muß ich ja wirklich auch betonen: Das ist einfach eine unfaire parlamentarische Vorgangsweise!

Aber wir haben gerade im Hinblick auf diesen Tatbestand einen Abänderungsantrag eingebracht, und ich möchte daher diesen Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek, Dipl.-Ing. Dr. Leitner und Dr. Hafner zu diesem Entschließungsantrag 130/A betreffend sparsamere Gestaltung der Schulbuchaktion zur Kenntnis bringen:

Der Nationalrat wolle beschließen:

Der im Titel zitierte Entschließungsantrag hat zu lauten:

„Die Bundesregierung wird aufgefordert, dem Nationalrat bis 1. Juni 1982

— also noch im heurigen Jahr —

einen Bericht über die Möglichkeit einer sparsameren Verwendung der Mittel des Familienlastenausgleichsfonds bei der Durchführung der Schulbuchaktion — unter Heranziehung einer Stellungnahme des Rechnungshofes — vorzulegen. Hierbei ist insbesondere die Möglichkeit zu prüfen, jene Bücher, die nicht als Arbeitsbücher oder wegen ihrer Verwendung über mehrere Jahre (Atlas, Wörterbuch et cetera) ins Eigentum übertragen werden müssen, den Schülern im Wege einer kostensparenden Schülerlade unentgeltlich zur Verfügung zu stellen, damit diese Mittel für die Familien bereitgestellt werden können. Weiters wird die Bundesregierung aufgefordert, gleichzeitig mit diesem Bericht mit einer Regierungsvorlage die erforderlichen gesetzlichen Maßnahmen dem Nationalrat vorzulegen.“

Der Entschließungsantrag und jetzt dieser Abänderungsantrag sagen also sehr deutlich, was wir wollen.

Ich habe auch schon aus meinen Berichten zur Kenntnis gebracht, daß das nicht nur ein Einfall ist, weil sonst vielleicht nichts da wäre, was uns einfallen könnte, sondern daß das eine Bewegung von den Leuten selbst ist.

Und ich möchte Ihnen noch einmal als

Dr. Hafner

Beleg und als Bestärkung und für die Begründung unseres Antrages einen Satz aus einem Brief vorlesen, den eine Mutter mit sechs Kindern vor wenigen Monaten an den Österreichischen Wohlfahrtsdienst geschrieben hat. Sie schreibt — und das können wir ganz unterstreichen —: Wir als Eltern begrüßen sehr diese Schulbuchaktion. — Wir sind durchaus damit einverstanden. — Nur tut einem — schreibt sie — das Herz weh, wenn diese Bücher nach einem Jahr wieder wertlos sind. Könnte man diese Bücher nicht besser binden und zwei bis drei Jahre benützen? Das wäre doch viel sparsamer und würde dem Staat eine Menge Geld ersparen.

Wieder aus der Bevölkerung, aus den Bürgern der Appell an den Staat, an das Parlament, eine sparsamere Aktion bei der Schulbuchaktion durchzuführen.

Wir wollen natürlich nicht so sparen, wie es sich zum Beispiel die Jusos vorstellen. Für die Jusos, glaube ich, könnten wir uns überhaupt die Lateinbücher und die Religionsbücher ersparen. Das wäre ihre Methode, Schulbücher einzusparen, denn wie man in den jüngsten Zeitungsmeldungen lesen kann, wollen ja die Jusos schon wieder anrennen gegen das Latein, gegen Religion als Pflichtfächer. Na ja gut, wenn es die dann nicht mehr gibt, dann würde man natürlich dort auch die entsprechenden Schulbücher einsparen können.

Aber das ist unsere Idee, bitte, nicht, meine Damen und Herren! Wir wollen anders einsparen. Wir sind sehr dafür, daß Latein und Religion als Pflichtfächer erhalten bleiben.

Und zum Schluß, meine Damen und Herren: Die Sparsamkeit ist hoch an der Zeit. Die Bürger erkennen es schon, sie müssen sparen, und ich glaube daher, daß es auch für den Staat die moralische Pflicht gibt, sparsam zu wirtschaften. Denn der Fonds, der Topf, aus dem wir die Familienleistungen bezahlen, ist bald leer, wird bald leer sein durch die Zweckentfremdung, wie auch schon dargestellt wurde. Wir haben aus dem Familienfonds Pensionen finanziert, wir haben aus dem Familienfonds das Budget saniert und wir haben allerlei sozialpolitische Maßnahmen aus dem Familienfonds finanziert (*Zwischenrufe*), alles Dinge, die überhaupt nicht mit der ursprünglichen Intention des Familienlastenausgleichsfonds zusammenhängen.

Von 1978 bis 1982 — wenn man da einmal eine Zwischenrechnung macht — bedeutet das einen Einnahmenentfall für diesen Fonds allein von 23 600 Millionen Schilling, 23 600 Millionen Schilling, Zahlen, die man sich kaum oder nicht mehr vorstellen kann,

aber all diese Gelder sind dem Familienlastenausgleichsfonds entzogen worden.

Es ist daher kein Wunder, Frau Staatssekretär, wenn Sie sich zwei Jahre lang außerstande sehen, zum Beispiel die Familienbeihilfe für Kinder unter zehn Jahren anzuheben. Weder im Jahre 1981 haben wir eine Erhöhung für die Kinder unter zehn Jahren gehabt, noch werden wir im Jahr 1982 eine Erhöhung für diese Kinder unter zehn Jahren haben. Es ist kein Wunder: Wenn diese Gelder aus dem Familienfonds immer für andere Dinge verwendet worden sind, bleibt natürlich für die Familienbeihilfen nichts übrig. Und wenn man das auf alle Kinder umrechnet, könnten wir allein im Jahre 1982 für jedes Kind die Familienbeihilfe pro Monat um 400 S erhöhen, wenn dieser Fonds wirklich das geblieben wäre, wie Sie ihn von der ÖVP-Regierung 1970 übernommen haben.

Aber so haben wir also kein Geld, und die Folge ist, daß die Familien, gerade die kinderreichen Familien unter der Inflation, unter der allgemeinen Teuerung besonders leiden.

An und für sich bin ich zuversichtlich, Frau Staatssekretär. Ich erinnere mich zurück, daß ich einige Male verlangt und gefordert habe, daß man bei den Schulfreifahrten, bei den Schulfahrten das auch ausdehnt auf jene Fälle, wo Unterricht geleistet werden muß, der nicht in der Schule stattfinden kann, ob das zum Beispiel der Turnunterricht ist, ob das der Unterricht in Werkstätten ist oder der Unterricht für die Kindergärtnerinnen in der Praxis. Da hat es auch nicht Monate, sondern Jahre geheißen, das geht nicht, und dann haben Sie es aber letzten Endes nach heftigem Druck, nach einigen Initiativanträgen von uns doch durchgeführt, zumindest im Erlaßwege.

Und so bin ich zuversichtlich, daß Ihr abgeänderter Antrag, den Sie heute vorgelegt haben und aus dem Finanz- und Budgetausschuß vorbringen, zumindest ein Zeichen dafür ist, daß spätestens, wenn schon nicht in dieser Legislaturperiode, aber dann sicher mit Hilfe der ÖVP in der nächsten Legislaturperiode eine sparsamere Schulbuchaktion in Österreich durchgeführt wird. (*Beifall bei der ÖVP.*) ^{12.19}

Präsident Mag. Minkowitsch: Der soeben verlesene Abänderungsantrag ist genügend unterstützt und steht mit zur Debatte.

Als nächste zum Wort gemeldet ist die Frau Staatssekretär Elfriede Karl. Ich erteile es ihr.

11564

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

12.19

Staatssekretär im Bundesministerium für Finanzen Elfriede Karl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte ein- gangs auf eine Tatsache verweisen, die in meinen Augen sehr begrüßenswert ist und für die ich sehr dankbar bin. Im Entschließungs- antrag der Frau Dr. Hubinek wird zunächst einmal der Grundsatz der unentgeltlichen Schulbücher außer Streit gestellt, und sie hat das auch heute in ihrer Wortmeldung getan, wenn ich das richtig verstanden habe. Im Antrag wird auch von der großen sozialpoliti- schen Bedeutung der Schulbuchaktion gesprochen. Das heißt, die Aktion als solche ist heute offensichtlich auch von der großen Oppositionspartei anerkannt und nicht mehr umstritten.

Das ist nicht selbstverständlich, denn sei- nerzeit im Jahr 1972 bei der Einführung haben Sie zwar letztlich in der dritten Lesung des Gesetzentwurfes, der auch einige andere Dinge im Familienlastenausgleich enthalten hatte, zugestimmt, weil Sie letztlich zugeben mußten, daß es sich um eine Verbesserung für die Familien handelt und Sie sie daher nicht ablehnen konnten, aber Sie haben sich verbal sehr, sehr heftig dagegen gewendet und haben dieses Sich-dagegen-Wenden mehrere Jahre hindurch und bis in die letzte Zeit bei- behalten.

Ich betrachte also dieses Außerstreichstellen der Aktion im Grundsatz zunächst einmal als einen Fortschritt, den ich begrüße und für den ich dankbar bin. (Ruf bei der ÖVP: Immer . . .) Ich würde Ihnen raten, meine Damen und Herren, das Stenographische Protokoll der Sitzung vom Sonntag, dem 9. Juli 1972, nach- zulesen, dann werden Sie eines anderen belehrt werden. (Zwischenrufe.)

Nun aber zur Aktion selbst. Der Antrag ent- hält in seiner Einleitung die Bemerkung, daß keine erkennbaren Elemente der Sparsam- keit festzustellen wären. Ich möchte dazu — ich muß jetzt leider sehr viel mit Zahlen arbeiten — doch einige Zahlen sagen. Aus der Kostenentwicklung läßt sich nämlich bewei- sen, daß das nicht stimmt.

Wenn der Herr Abgeordnete Dr. Frischen- schlager gemeint hat, man müßte ein Resü- mee ziehen und prüfen, ob sparsam oder nicht und ob man mehr sparen könnte, dann muß ich ihm sagen: Wir befassen uns ständig auch mit dieser Frage, und es sind sehr wohl Resü- mees und es sind sehr wohl Konsequenzen gezogen worden.

Ich spreche jetzt — um Mißverständnisse von vornherein auszuschließen — von den

Kosten pro Schuljahr und von abgerechneten Schuljahren, und diese Beträge sind nicht ganz identisch mit den Beträgen in den Bun- desrechnungsabschlüssen, denn da ist das Kalenderjahr gemeint. Da ergeben sich also kleine Verschiebungen.

Vom Schuljahr 1972/1973 bis 1975/1976 sind die Kosten, das ist richtig, um fast 60 Prozent gestiegen (Ruf bei der ÖVP: Aha!) — aha! —, und im Jahr 1976/1977 hat sich dann eine Stagnation ergeben.

Meine Damen und Herren! Von 1972/1973 bis 1976/1977 sind die Schülerzahlen um 60 000 gestiegen! Das muß man, bitte, auch dazu sehen (Ruf bei der SPÖ: Aha!), und außerdem — noch einmal aha! — ist damals die Zahl der Bücher pro Kind von acht auf zwölf, also ebenfalls nicht unbedeutlich, gestiegen.

Meine Damen und Herren! Das kann einer- seits als Ursache gehabt haben, daß die Lehrer jetzt das Gefühl gehabt haben, sie können die Bücher frei auswählen und sie können wirklich die Bücher bestellen, von denen sie meinen, daß die Kinder sie notwendig haben; denn daß sie mutwillig Bücher bestellten, das möchte ich ihnen nicht unterschieben. Abge- sehen davon, daß sicherlich auch — das hat man ja immer wieder gehört — eine Unter- versorgung von Kindern gegeben war, daß es Kinder gegeben hat, die keinen Atlas gehabt haben, die kein Wörterbuch gehabt haben und anderes mehr. Das ist in diesen ersten Jahren der Schulbuchaktion sicherlich beseitigt wor- den.

Wenn man aber jetzt die folgenden Jahre betrachtet, also die Zeit von 1975/1976 bis 1980/1981 — das ist das letzte abgerechnete Schuljahr — dann, meine Damen und Herren, haben die Kosten von 904 auf 954 Millionen Schilling um knapp 6 Prozent zugenommen, um knapp 6 Prozent in fünf Jahren insgesamt, pro Schüler haben sie um 10 Prozent zuge- nommen. Diese Zunahme, also 6 Prozent beziehungsweise 10 Prozent über einen gesamten Zeitraum von fünf Jahren, konnte so gering gehalten werden, obwohl in der glei- chen Zeit in den Industrien und Gewerben, die mit der Herstellung und mit dem Verkauf von Büchern befaßt sind, die Kosten jährlich um etwa 8 Prozent gestiegen sind. Das heißt, einer Kostensteigerung von etwa 40 Prozent bei Herstellung und Vertrieb der Bücher steht eine Kostensteigerung der Aktion von knapp 6 Prozent gegenüber. (Ruf des Abg. Dr. Haf- ne r.) Ich weiß nicht, ob das nicht doch erkennbare Sparsamkeitseffekte sind. (Bei- fall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Gradeneg-

Staatssekretär Elfriede Karl

ger, zu Abg. Dr. Hafner: Das ist ja keine Probe . . . !)

Herr Abgeordneter Dr. Hafner! Das ist das Ergebnis von Initiativen des Finanzministeriums, das ist das Ergebnis von intensiven Verhandlungen des Finanzministeriums mit den Buchhändlern und den Verlegern, es ist, bitte, aber auch — und das möchte ich auch sagen — das Ergebnis des Verständnisses der Buchhändler und der Verleger und der Bereitschaft dieser Gruppen zur Zusammenarbeit mit der öffentlichen Hand in diesem Bereich. (Beifall bei der SPÖ.)

Ein Einwand kommt hier auch immer wieder: Ja in dieser Zeit sind die Schülerzahlen zurückgegangen! Richtig, wir haben heute etwa 70 000 Schüler weniger als Mitte der siebziger Jahre. Nur, meine Damen und Herren, der Rückgang hat sich vor allem dort abgespielt, wo die Bücher am billigsten sind, nämlich in den Volksschulen. Wir haben heute etwas mehr als 100 000 Volksschüler weniger als Mitte der siebziger Jahre, für sie kosten die Schulbücher im Durchschnitt 400 S. (Ruf bei der ÖVP: Also kein Verdienst der Regierung! — Gegenrufe bei der SPÖ.)

Aber — Herr Abgeordneter, bitte, lassen Sie mich fertigreden! — an den AHS — und das zeigt vielleicht, wie sehr die Möglichkeit, Kinder an höhere Schulen zu schicken, eigentlich zugenommen hat — sind seit 1976/1977, also wieder in fünf Jahren, die Schülerzahlen um 40 000 gestiegen. An den AHS kosten in der Unterstufe die Bücher im Durchschnitt 860 S und in der Oberstufe im Durchschnitt 1 440 S.

An den berufsbildenden höheren Schulen, vor allem an den Handelsakademien und an den HTL, sind die Schülerzahlen um 22 000 in den letzten vier bis fünf Jahren gestiegen, und an der HAK kosten die Bücher im Durchschnitt 1 600 S und an der HTL im Durchschnitt 1 400 S.

Also dort, wo die Bücher billiger sind, hat sich eine Verringerung der Schülerzahl ergeben, aber dort, wo die Bücher teuer sind und natürlich auch der Entlastungseffekt für die Eltern größer ist, denn die müßten ja diese Bücher sonst kaufen — das muß man einmal klar sagen —, dort ist auch die Schülerzahl gestiegen.

Möglich war das eben durch Einsparungsmaßnahmen. Wir haben den Schulen nach Schulstufen und nach Schultypen betragsmäßige Limits gestellt, die sie nicht überschreiten dürfen, Herr Abgeordneter, aber die sie nicht unbedingt erreichen müssen. Also das, was hier zur Diskussion gestellt wird, einen

Betrag zur Verfügung zu stellen, innerhalb dessen man variieren kann, das ist, bitte, im Prinzip gegeben, allerdings nicht so, daß von allfälligen Ersparnissen die Hälfte die Schule und die Hälfte der Familienlastenausgleichsfonds kriegen, sondern das, was eingespart worden ist, das fließt voll dem Familienlastenausgleichsfonds zu, weil es eben nicht ausgegeben wird. (Zwischenrufe.)

Zum anderen, Herr Abgeordneter Dr. Hafner, muß ich Ihnen aber auch sagen, daß die Verleger und die Händler sehr strengen Preisprüfungen unterworfen sind, daß wir die Kalkulationen, die uns vorgelegt werden, sehr sehr streng prüfen, daß wir Preisrabatte, die nicht unbeträchtlich sind — darauf werde ich noch zu sprechen kommen —, bekommen, und zwar bekommt sie der Fonds, und daß außerdem — die Aktion wird auf Grund ihres Umfangs, auch darauf werde ich noch zurückkommen, über EDV abgewickelt, und zwar im Rahmen der Postsparkasse, des Bundesrechenamtes und des Schulrechenzentrums — die Händler und Verleger einen großen Teil der EDV-Kosten, der EDV-mäßigen Abwicklung, nämlich soweit es die Postsparkasse und das Schulrechenzentrum betrifft, tragen.

Das heißt, es ist hier auch ein finanzielles Zusammenwirken gegeben. Nur unter diesen Voraussetzungen war es möglich, tatsächlich Einsparungen zu erzielen. Der Vorwurf, daß keine Elemente der Sparsamkeit sichtbar werden, ist also sachlich durchaus nicht begründet.

Meine Damen und Herren! Jetzt darf ich bitte auch zum Umfang der Aktion etwas sagen. Hier kommt es auf die rationelle Abwicklung an. Wir haben in Österreich zirka 1,4 Millionen Schüler, und für diese 1,4 Millionen Schüler sind jedes Jahr rund 12,5 Millionen Bücher bereitzustellen. Jetzt darf ich aber bitte daszusagen: Das sind zirka 7 000 Schulen — das ist ja in jeder Schule durchzuführen —, die sich in 27 Schulhaupttypen gliedern. Das zeigt auch die Vielfalt des Schulsystems und die Wahlmöglichkeiten, die Eltern haben. Diese 27 Schulhaupttypen gliedern sich in 82 Unterarten, darunter wieder Ausbildungen für 239 Lehrberufe beziehungsweise Fachschulen.

Das ist sozusagen das Ausbildungsspektrum, speziell nach dem 8. Schuljahr. Da zeigt sich auch sehr, sehr stark die Wahlmöglichkeit, die hier besteht. Entsprechend der Vielfalt der Schulen und Ausbildungsmöglichkeiten ist auch die Vielfalt an Büchern.

Man kann im Stenographischen Protokoll

11566

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Staatssekretär Elfriede Karl

aus dem Jahre 1972 nachlesen: Ein Grund für Ihre Ablehnung war, daß Sie dirigistische Festlegungen befürchtet haben, also ein Schulbuchmonopol des Staates, eine einseitige Ausrichtung. Das ist etwas, was Sie ja den Sozialdemokraten so gerne in vielen Bereichen unterstellen.

Nun, meine Damen und Herren: Es gibt zirka 2 230 approbierte Schulbücher. Wenn heute der Herr Abgeordnete Frischenschlager gemeint hat, Bücher würden wegen des Geschäfts geschrieben, so mag es schon stimmen, daß es diese Spekulation gibt. Nur heißt die Tatsache, daß ein Buch auch approbiert wird und auch in die Auswahlliste hineinkommt und daß es heute eine größere Auswahl an Büchern gibt, ja noch lange nicht, daß deswegen mehr Bücher gekauft werden. Denn das Limit muß ja eingehalten werden. Die Tatsache, daß mehr Bücher geschrieben werden, heißt, daß die Auswahl größer ist, aber nicht, daß der Schüler deswegen mehr Bücher in der Hand hat.

Es gibt neben diesen 2 230 Schulbuchtiteln noch 710 Fachbücher, die in die Aktion einbezogen sind, und zwar sind das vor allem Fachbücher für den technisch-gewerblichen Bereich. Wir haben rund 100 inländische Schulbuchverlage, also rund 100 Vertragsverlage. Die Fachbücher werden von 250 weiteren in- und ausländischen Verlagen geliefert. Fachbücher kommen zum Teil aus dem Ausland, weil es sich um Bücher handelt, die im Inland nicht hergestellt werden, deren Herstellung im Inland aber auch — das haben wir geprüft — viel zu teuer wäre auf Grund des wesentlich kleineren Marktes.

In die Schulbuchaktion sind außerdem rund 1 600 Buchhändler einbezogen. Es ist eine sehr große Aktion, wobei es darum geht, sie rationell abzuwickeln. Daß sie rationell und im wesentlichen reibungslos abgewickelt wird, meine Damen und Herren, wird eigentlich von allen Seiten bestätigt.

Ich möchte noch etwas dazusagen: Der Zeitraum der Abwicklung der Aktion für ein Schuljahr beträgt 19 Monate. Das heißt, wir sind jetzt schon weit in den Vorbereitungen für die Schulbuchaktion 1983/84. Auch das muß man bei Wünschen nach Gesetzesänderungen natürlich berücksichtigen, wenn man nicht ein heilloses Tohuwabohu heraufbeschwören möchte.

Jetzt, meine Damen und Herren, möchte ich, um eine sachliche Diskussion zu führen, doch auch sagen, was eingespart werden könnte, wenn man den Vorschlägen des

Antrages der Österreichischen Volkspartei folgen würde.

Der Antrag sagt ausdrücklich, daß Arbeitsbücher nicht in ein Leihsystem einbezogen werden sollen. Das kann man ja auch nicht, denn ein Buch, in dem zum Beispiel die Aufgaben schon gelöst sind, kann man dem nächstfolgenden Kind nicht mehr in die Hand geben, sonst bräuchte sich das Kind über die Lösung dieser Aufgaben nicht mehr den Kopf zu zerbrechen. Das geht also nicht.

Meine Damen und Herren! 44 Prozent aller Schulbuchtitel sind Arbeitsbücher. Das ist aber nach Schulstufen verschieden. Und da komme ich jetzt auch auf das Argument der mehreren Geschwister zurück. Daß man mehrere Kinder in der gleichen Schule hat, mag in der Volksschule zutreffen. Nur sind in der Volksschule 76 Prozent aller Titel, also etwas mehr als drei Viertel, Arbeitsbücher. Das läßt sich nachweisen. Das Weitergeben von einem Kind auf das andere, wenn man zwei oder drei Kinder gleichzeitig in der Volksschule hat, ist deswegen schon nicht mehr möglich.

In der 5. bis 8. Schulstufe — dort geht der Großteil der Kinder in die Hauptschule, wenn man nicht gerade in Städten lebt, wo die Langform des Gymnasiums relativ leicht erreichbar ist — sind immerhin noch 54 Prozent, also mehr als die Hälfte, aller Bücher Arbeitsbücher, die nicht weitergegeben werden können. Anders ist es bei den weiterführenden Schulen, also von der 9. Schulstufe aufwärts. Dort sind es nur mehr 27 Prozent.

Meine Damen und Herren! Ich weiß wirklich nicht, ob es so viele Familien gibt, wo alle Kinder ins Gymnasium gehen, wo alle Kinder in die Handelsakademie gehen. Ist es nicht eher so, daß eines ins Gymnasium geht, ein anderes in die Handelsakademie, ein drittes eine Lehre ergreift und so weiter und so fort? Das heißt, man kann das doch nicht so über einen Leisten schlagen.

Jetzt kommt noch etwas dazu. Das waren einmal 44 Prozent aller Titel, unterschiedlich nach Schulstufen. Die Frau Dr. Hubinek hat von den Mehrstufenbüchern gesprochen, hat dies allerdings fast so zum Ausdruck gebracht, als ob sie meinen würde, diese Bücher würden jedes Jahr neu ausgeteilt. Das ist falsch, Frau Dr. Hubinek. Das ist nach den Bestimmungen des Familienlastenausgleichs sogar ausdrücklich verboten. Wenn es eine Schule macht und das ein Schulerhalter zuläßt, dann handelt er gegen das Gesetz. Ich komme dann später noch auf Kontrollen und auf Ersatzverpflichtungen zurück.

Staatssekretär Elfriede Karl

Mehrstufenbücher dürfen nicht jedes Jahr neu gegeben werden: Atlanten, Wörterbücher, Grammatiken. Aber es gibt Chemiebücher, die für zwei oder drei Jahre gelten. Es gibt zum Beispiel, soweit ich weiß, in der Handelsakademie Warenkundebücher, die auch für mehrere Schuljahre hintereinander gelten. Diese werden nur einmal und nicht jedes Jahr neu gegeben. Sie sollen nach den Vorstellungen der Volkspartei auch nicht in ein Leihsystem einbezogen werden. Das sind 19 Prozent der gesamten Schulbuchtitel.

Meine Damen und Herren! Auch nach Ihren Vorstellungen können 67 Prozent der Bücher nicht weitergegeben werden. Für ein allfälliges Leihsystem bleibt ein Drittel, also 33 Prozent, über.

Frau Dr. Hubinek hat von 500 Millionen Schilling gesprochen, die man nach ihren Vorstellungen einsparen könnte. Nur bitte: Zirka 950 Millionen Schilling kostet die Schulbuchaktion pro Schuljahr. Ein Drittel sind 300 Millionen Schilling. Das ist der Betrag, der auf die Bücher entfällt, wo ein Leihsystem nach Ihren Vorstellungen möglich wäre. Das heißt aber nicht, daß man die 300 Millionen Schilling einsparen kann, denn die Bücher müssen ja zunächst einmal hergestellt werden, und das kostet bekanntlich auch etwas.

Das sei einmal zu den Dimensionen gesagt, um die es in der Debatte geht (*Zwischenruf der Abg. Dr. Marga Hubinek*), weil hier immer wieder der Eindruck erweckt wird, als ob das astronomische Summen wären. Frau Doktor, die von Ihnen genannten 500 Millionen Schilling sind falsch. Sie stimmen rein rechnerisch nicht. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Jetzt möchte ich aber zu dem Drittel noch einige Fragen stellen. Ich habe zuerst gesagt: Es gibt 710 Fachbuchtitel. In den weiterführenden Schulen werden auch Fachbücher verwendet. Jetzt weiß ich nicht: Sind das nicht Bücher, die sich zum Beispiel ein Absolvent einer höheren technischen Lehranstalt aufhebt, weil er sie später in seinem Beruf auch noch braucht? Soll man die ihm jetzt nehmen? Außerdem wird meines Wissens — ich bin kein Lehrer und auch schon sehr lange aus der Schule — an den höheren Schulen bei den Abschlußprüfungen, bei den Reifeprüfungen nicht nur der Stoff der letzten Klasse geprüft. Man braucht bei der Vorbereitung auf die Reifeprüfung, um etwas nachzuschlagen, auch Bücher aus früheren Jahren. Soll man die den Kindern jetzt nehmen?

Frau Dr. Hubinek! Ich muß Ihnen noch einmal sagen: Meine Mutter mußte die Bücher kaufen, und ich habe auch manche Bücher

nicht mehr gebraucht und manche schon. Aber das hat ja nicht geheißen, daß ich sie deswegen weggeworfen habe. Ich verstehe eigentlich nicht, warum man Schulbücher wegwerfen soll nur deshalb, weil sie unentgeltlich sind. Wenn sie die Eltern kaufen, wirft man sie nicht weg? Ich verstehe das nicht. (*Beifall bei der SPÖ*.)

Die Tatsache, daß wir die Bücher unentgeltlich zur Verfügung stellen, ist doch keine Aufforderung zum Wegwerfen. Wirklich nicht! (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Wer hebt sich eine Bibliothek auf bei drei Kindern?*) Sie sollen diese Bücher zumindest in manchen Fächern haben, um sich auf die Abschlußprüfung vorbereiten zu können.

Meine Damen und Herren! Es gibt auch — und das trifft wahrscheinlich vor allem auf die höheren Schulen zu — Menschen — ich gehöre auch zu diesen —, die, wenn sie lernen, mit einem Buch, in dem sie keine Anmerkungen machen können, in dem sie nicht unterstreichen können, relativ wenig anfangen. Das Buch soll ja nicht nur zum Lesen, zum Memorieren und zum Auswendiglernen eines Stoffes da sein, sondern zum Erarbeiten eines Stoffes. Auch diese Dinge — das glaube ich als pädagogischer Laie — muß man berücksichtigen. Daher müßte man auch dieses Drittel, wo nach Ihren Vorstellungen allenfalls ein Leihsystem möglich wäre — ich folge jetzt hier Ihren Vorstellungen —, diskutieren.

Nun kommt noch etwas dazu: Die Frau Dr. Hubinek hat gemeint, ich hätte in typischem sozialistischem Zentralismus von einer Bundeschülerlade gesprochen. Frau Dr. Hubinek! Ich habe von einer bundesweiten Schülerlade gesprochen. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Das kommt auf das gleiche heraus!*) Wenn man nicht gerade jemandem etwas unterstellen will, dann müßte eigentlich klar sein, daß ich damit gemeint habe: bundesweit in jeder Schule eine Schülerlade. (*Zwischenruf bei der ÖVP*.) Natürlich in jeder Schule! Meine Damen und Herren! Glauben Sie nicht, daß hier zusätzliche Verwaltungskosten entstehen würden? (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Bei Ihrem System ja, bei meinem nicht!*)

Frau Dr. Hubinek! Wenn man Bücher weitergeben will, muß man sie ausgeben, muß man sie einsammeln, muß man sie anschauen, muß man sie mit dem Bund, denn das ist ja Bundesvermögen, verrechnen. (*Abg. Dr. Marga Hubinek: Das hat doch jahrelang funktioniert!*) Wenn man Neuanschaffungen will, muß man das belegen. Man braucht Stellagen, man braucht Raum dafür. Das muß man auch rechnen, auch wenn diese Kosten nicht unmittelbar den Familienlastenaus-

11568

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Staatssekretär Elfriede Karl

gleichsfonds treffen würden, aber sie treffen die Verwaltung. (Zustimmung bei der SPÖ.)

Dann muß ich noch etwas sagen: Die Stückkosten für diese Bücher würden steigen, denn sie müßten fester gebunden werden. Das kostet mehr. Zweitens würde die Auflage kleiner. Aber die Grundkosten der Herstellung des Buches sind ja die gleichen. Daher steigen aus diesen zwei Motiven die Stückkosten. Damit ist die mögliche Ersparung eingeschränkt.

Dann muß ich in aller Offenheit auch eines sagen: Ich weiß nicht, ob das, was jetzt mit den Buchhändlern und Verlegern vereinbart ist, nämlich daß sie zur Aktion und zur Kostensparung durch Rabatte beitragen, und dadurch, daß sie einen großen Teil der EDV-Kosten tragen, unter geänderten wirtschaftlichen Voraussetzungen von den Buchhändlern und Verlegern noch getragen wird, denn das sind Verträge. (Abg. Dr. Marga Hubinek: Das ist eine Verhandlungssache!) Verträge, Frau Dr. Hubinek, die wir mit den Partnern nach den Grundsätzen der Privatwirtschaft und des privaten Rechts schließen. Da müssen wir sie natürlich auch fragen. Die Rabatte sind nicht gering. Das sind immerhin 60 Millionen Schilling im Jahr. Auch das muß man in die Betrachtungen mit einbeziehen.

Man muß auch diese Nebenumstände und diese Dinge, die sich von der Verwaltung her ergeben, berücksichtigen.

Zum nächsten: Das Ganze hat natürlich nicht nur quantitative, sondern auch qualitative Aspekte. Die Frau Abgeordnete Dobesberger ist zum Teil aus ihrer Sicht — sie kommt aus dem Lehrberuf — darauf eingegangen. Jetzt muß ich noch etwas sagen: Ein Leihsystem ist natürlich nur dann sinnvoll, wenn ich die Gewähr habe und die Schulen verpflichten, daß sie tatsächlich diese Bücher einige Jahre verwenden. Ich müßte dann vorschreiben: Bitte, diese Bücher sind drei Jahre, vier Jahre, fünf Jahre zu verwenden. In dieser Zeit darf nur das ausgetauscht werden, was tatsächlich so kaputt ist, daß man es nicht mehr verwenden kann.

Ich muß hier auf eine Debatte im Unterrichtsausschuß des Hohen Hauses verweisen, wo man aus Anlaß einer Diskussion zum Schulunterrichtsgesetz darüber gesprochen hat, ob man nicht die Schulen verpflichten sollte, Bücher mehrere Jahre hindurch zu verwenden. Dort ist das vehement abgelehnt worden, und zwar mit gutem Grund, weil das natürlich eine Einschränkung der Freiheit der Schulen und der Lehrer wäre, die Bücher

auszuwählen, die ihrer individuellen Lehrmethode am besten entsprechen. Das muß man auch sehen. Dazu kommt noch, daß das Problem von Lehrplanänderungen, die andere Bücher erfordern, entsteht. Es dürfte während dieses Zeitraums nicht zu solchen Lehrplanänderungen kommen, oder der ganze Spareffekt ist weg.

All diese Umstände muß man auch sehen, wozu noch kommt — das ist ein Hinweis des Unterrichtsministeriums —, daß natürlich auch die Aktualisierung und Modernisierung der Schulbücher wieder zurückbleiben würden und das eintreten würde, was früher schon einmal war, nämlich daß man sehr stark auf den ausländischen Schulbuchmarkt schaut. Ob das die Wirtschaftszweige, die jetzt in Österreich mit dem Schulbuch beschäftigt sind, besonders befriedigt, weiß ich nicht.

Meine Damen und Herren! Es ist auch mehrmals der Rechnungshof und der Rechnungshofbericht erwähnt worden. Der Rechnungshof hat die Schulbuchaktion im Jahre 1974 kontrolliert. Der Bericht des Rechnungshofes stammt aus dem Jahre 1975. Ich habe ihn da. Der Rechnungshof hat zunächst einmal grundsätzlich festgestellt, daß die Durchführung der Aktion in dem System, wie es der Gesetzgeber — das tut ja nicht die Verwaltung — vorgeschrieben hat, zufriedenstellend ist. Das heißt, er hat hier der Verwaltung ein positives Zeugnis ausgestellt.

Er hat auch Empfehlungen zu Verbesserungen gegeben, denen teilweise Folge geleistet worden ist. Er hat damals auch zu überlegen gegeben, ob man nicht das Schulbuchangebot einschränken, also Maßnahmen zur Einschränkung des Schulbuchangebots setzen sollte. Dem sind wir nicht gefolgt. Aber wir haben dafür Preislimits eingesetzt.

Sicherlich hat der Rechnungshof auch Überlegungen angestellt, ein teilweises Leihsystem wäre seiner Auffassung nach wirtschaftlicher. Nur war das zu einer Zeit, als das Arbeitsbuch noch viel weniger entwickelt war. Wir haben damals im wesentlichen das geantwortet, was ich Ihnen heute auch antworte, und ich würde sagen, die Entwicklung am Schulbuchmarkt und am Schulbuchsektor hat uns eigentlich recht gegeben. (Beifall bei der SPÖ.)

Jetzt zur Kontrolle und zu dem Problem Bestellung von Büchern, die dann nicht verwendet werden. Meine Damen und Herren! Die Schulbuchaktion wird kontrolliert; sie wird im Rahmen des EDV-Systems kontrolliert und sie wird in den Schulen kontrolliert, und zwar — nachdem das nicht ununterbro-

Staatssekretär Elfriede Karl

chen in jeder Schule regelmäßig geht, weil es ja Personal erfordert — vor allem dort, wo sich bei den Kontrollen im Rahmen des EDV-Systems Unregelmäßigkeiten oder Dinge zeigen, die uns aufklärungsbedürftig zu sein scheinen. Es ist also nicht so, daß nicht kontrolliert wird.

Wenn wir feststellen, daß die Aktion nicht dem Gesetz entsprechend, nicht den Richtlinien des Unterrichtsministeriums und des Finanzministeriums entsprechend abgewickelt wird, dann kommt es auch zu Ersatzforderungen. Es ist also nicht so, daß die Schulerhalter und daß die Schule hier keine Verantwortung trifft.

Meine Damen und Herren! Wenn hier auch immer wieder behauptet wird — und bitte das ist eine Beschwerde, die ich auch bei Versammlungen höre —, es würden Bücher bestellt und dann im Unterricht nicht verwendet, dann muß ich bitte eines dazu sagen — und ich bitte jetzt vor allem die Damen und Herren, die aus dem Lehrberuf kommen, nicht böse zu sein: Bücher bestellt nicht das Finanzministerium, nicht das Unterrichtsministerium, nicht der Gesetzgeber, der die Aktion beschlossen hat, sondern das tut die Schule, das tun die Lehrerkonferenzen. Das liegt in der Verantwortung der Lehrer, der Schulleitungen und der Schulaufsicht.

Und dazu bitte möchte ich sagen, hier haben meiner Meinung nach auch diejenigen, die nach Gesetzen, die gemeinsam im Haus beschlossen worden sind, Mitspracherechte an der Schule haben, nämlich die Elternvertreter und die Schülervertreterungen besonders an den höheren Schulen — sie sprechen ja in anderen Bereichen auch mit — auch ein Mitspracherecht, und sie müßten halt in diesem Bereich von ihrem Mitspracherecht wenigstens so weit Gebrauch machen, daß sie fragen: Warum werden Bücher bestellt, die wir dann nicht brauchen?

Wir reden so viel von Mitbestimmung, so viel vom selbständigen Bürger. Aber, meine Damen und Herren, überall dort... (Zwischenrufe der Abg. Dr. Hafner und Kern.) Herr Abgeordneter, ich entnehme dem Text des Antrages, daß Sie grundsätzlich die Aktion nicht in Frage stellen. Also bitte was soll jetzt Ihr Zwischenruf in dem Zusammenhang? (Beifall bei der SPÖ.)

Überall dort, wo man dann tatsächlich durch Mitsprache auf Dinge aufmerksam machen könnte, heißt es dann: Das ist die Verantwortung der Verwaltung, und dafür hat die Verwaltung zu sorgen.

Ich stehe aber nicht an zu sagen, daß ich

mich sehr wohl bemühen werde, auch diesen Bereich, den das Finanzministerium nicht kontrollieren kann, abzudecken. Denn wenn wir in eine Schule kontrollieren gehen, können wir nicht kontrollieren, wird das Buch auch verwendet oder wird es nicht verwendet und warum. Wir werden sehr wohl das Unterrichtsministerium und die Schulaufsichtsbehörden in den Bundesländern einladen, dieses Thema noch weiter zu diskutieren und auch hier für Verbesserung zu sorgen.

Ich möchte damit schließen und zusammenfassen: Es entspricht, meine Damen und Herren, nicht den Tatsachen, daß keine Einsparungsmaßnahmen für die Schulbuchaktion getroffen werden, im Gegenteil, wir haben uns damit sehr intensiv befaßt und wir werden das auch in der Zukunft tun.

Ich möchte meine Ausführungen als einen sachlichen Beitrag zur Diskussion verstanden wissen. Aber das heißt natürlich nicht, daß das Finanzministerium und daß wir nicht bereit sind, uns über weitere Einsparungsmöglichkeiten im Rahmen des bestehenden Systems den Kopf zu zerbrechen. Das haben wir bisher getan, meine Damen und Herren — das zeigen ja die Zahlen —, und das werden wir auch in Zukunft tun. (Beifall bei der SPÖ.) ^{12.55}

Präsident Mag. Minkowitsch: Als nächster zum Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Dr. Jörg Haider. Ich erteile es ihm.

^{12.55}

Abgeordneter Dr. Jörg Haider (FPÖ): Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Zunächst möchte ich festhalten, daß die Frau Staatssekretär in ihrer Anfragebeantwortung tatsächlich in sehr interessanter und fairer Weise versucht hat, einen Sachbeitrag zu bringen, für den ich auch aus der Sicht der freiheitlichen Opposition den Dank aussprechen möchte, weil es damit auch von Seiten der Regierungspartei offenbar den Beginn einer Diskussion über die zweckgerichtete Verwendung von öffentlichen Mitteln, die wir gemeinsam im Interesse der Familien optimal eingesetzt haben wollen, gibt. Ich glaube, daß Sie mit Ihrem Beitrag heute dokumentiert haben, daß es Ihnen um diese Diskussion auch ernst ist, was wir durchaus begrüßen wollen.

Es ist, Frau Staatssekretär, durch Ihre Äußerungen damit auch eine Grundsatzdebatte angezogen worden. Denn ich glaube, daß es nicht so sehr darum geht, ob jetzt in marginalen Bereichen dort oder da einige Schillinge eingespart werden können.

11570

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Jörg Haider

Es ist sicherlich richtig, daß Sie versucht haben, Ihre Ausführungen mit der Aufgliederung der Prozentsätze zu begründen, indem Sie sagten, der maximale Spielraum liegt bei rund 300 Millionen Schilling, wobei man das noch einmal als Diskussionsgrundlage wird prüfen müssen, ob der Rahmen nicht zu hoch gegriffen ist.

Gerade der Herr Bundeskanzler argumentiert immer auch damit und sagt: Dort ein Hunderter und da ein Tausender gespart, damit ist schon etwas gedient. Dann sind auch 100, 200 und vielleicht mehr Millionen Schilling, die in einer Aktion erspart werden können, um sie dann in anderer Weise den Familien zugute kommen zu lassen, sinnvollerweise eingespart worden.

Ich wage auch ein wenig anzuzweifeln, ob es wirklich notwendig ist, die Anzahl der Arbeitsbücher, wie sie heute existieren, aufrecht zu erhalten. Ich glaube, auch diese Frage müßte man prüfen, wenn man hier im Detail, wie Sie es ausgeführt haben, Ansatzpunkte von Einsparungsmaßnahmen überlegt, weil sich die Frage stellt, ob tatsächlich der Umfang der Arbeitsbücher, mit denen heute gearbeitet wird, auch in didaktischer Hinsicht und sachlich notwendig ist.

Ich komme aber trotzdem jetzt zu einer Kernfrage. Die Details, die hier aufgefächert worden sind, sind, glaube ich, nur unter dem Aspekt zu sehen, daß man sich die Frage stellt: In welcher Weise soll denn künftig hin die bestmögliche Form der Familienförderung — und eine solche ist ja auch das Gratis-schulbuch — erfolgen?

Ich sage das deshalb, weil wir ja wissen, daß die Mittel des Familienlastenausgleichsfonds zweifelsohne nicht unerschöpflich sind und es nach vorliegenden Prognosen und Berechnungen nicht unrealistisch ist und es keine Schwarzweißmalerei aus der Sicht der Opposition bedeutet, wenn man behauptet, daß im Jahr 1983 die Gefahr besteht, daß die letzten Reserven des Familienlastenausgleichsfonds angezapft werden und damit auch Ebbe in diesem Fonds vorhanden sein wird.

Dann stellt sich die Frage, wie wir denn wirklich die vielfältigen Leistungen, die heute aus dem Familienlastenausgleichsfonds neben den Schulbüchern gezahlt werden, werden finanzieren können. Ich komme noch auf diesen Grundsatz zu sprechen. Ich sage das deshalb, weil wir ja schlechte Erfahrungen mit der Budgetpolitik und mit der Verwaltung diesbezüglicher Fonds bisher schon gehabt haben.

Ich erinnere Sie daran, welche Misere wir mit dem Reservefonds in der Arbeitslosenversicherung haben, der als eiserne Kasse für Krisensituationen gedacht war und zu Beginn des Jahres 1982 nicht mehr jene 1,8 Milliarden Reserven wie im Jahr 1978 gehabt hat, sondern auf unerklärliche Weise nur mehr 172 Millionen Schilling auf der hohen Kante aufgewiesen hat, mit denen man sicherlich keine Bekämpfung der Arbeitslosigkeit vornehmen kann.

Ich erinnere Sie an den fortgesetzten Rückzug des Budgets aus der Pensionsfinanzierung und ich erinnere Sie daran, daß wir in den letzten Jahren in einer gigantischen Weise Mittel des Familienlastenausgleichs umgeschichtet haben zur Finanzierung aller möglichen nicht zweckgebundenen Maßnahmen, für die der Familienlastenausgleichsfonds eingerichtet war.

Allein im Jahre 1982 1,1 Milliarden Schilling Beitrag zum Karentgeld, Schülerunfallversicherung 30 Millionen Schilling, Vergütung für Freifahrten bei den Österreichischen Bundesbahnen 370 Millionen Schilling, Ausfall durch die Beitragssenkung zugunsten der Pensionsversicherung 6,7 Milliarden Schilling, Wochengeldersatz 500 bis 600 Millionen Schilling, gibt in Summe einen Betrag von rund 8,8 Milliarden Schilling, der auf diese Weise dem Familienlastenausgleich, der für Schulbuchaktionen, Familienbeihilfen, Schülerfreifahrten und so weiter zur Verfügung stehen sollte, entzogen wird.

Daher halte ich die Diskussion, die heute geführt wird, eigentlich für eine Spiegelfechterei, da man vergißt, daß wir das Problem Schulbuchaktion, Einsparungsmaßnahmen ja gar nicht hätten, würde wirklich das Geld, das heute im Familienlastenausgleichsfonds hereinkommt, auch ausschließlich zur Förderung der Familien verwendet werden.

Und das ist es, was wir an der Regierung heute kritisieren: Daß in einem wachsenden Ausmaß die Gelder des Familienlastenausgleichsfonds ja nicht mehr den Kindern und nicht mehr den Familien zugute kommen, sondern diese Gelder für alle möglichen Geschichten, für die der Finanzminister kein Geld mehr hat, Verpflichtungen übernommen hat, verwendet werden. Wir müssen uns dann den Kopf zerbrechen, ob wir uns in Zukunft noch ein Gratis-schulbuch leisten können. Sie demontieren die Familien in der einkommenspolitischen Entwicklung! (Zustimmung bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren! Da sind wir jetzt beim Kern der Diskussion. Ich glaube, daß

Dr. Jörg Haider

wir uns die Frage stellen müssen, ob wir Einkommenspolitik über den Familienlastenausgleichsfonds in Anbetracht der finanziellen Engpaßsituation, wenn ich es einmal vorsichtig umschreiben darf, wirklich noch machen können und ob wir uns nicht von einigen lieb gewordenen Gewohnheiten und Maßnahmen trennen müssen, um die Finanzierung der primären Aufgaben der Familienförderung aus diesem Fonds zu ermöglichen.

Ich glaube, daß im Ansatz die Überlegung richtig ist, zu sagen: Das Recht auf Bildung bedeutet, daß es auch sozial abgesichert sein muß. Es kann nicht so sein, daß derjenige, der aus begüterten Verhältnissen kommt, alle Möglichkeiten der Beschaffung von Bildungsmitteln hat, und der andere, der sich härter tut, in einen Wettbewerbsnachteil gerät. Ein richtiges Argument, das im Sinne einer sozialen und humanen Bildungsgesellschaft einfach solche Maßnahmen erfordert.

Die Frage ist nun, in welcher Form das erfolgen soll. Denn ich habe bei den Ausführungen der Frau Staatssekretär doch ein bißchen den Eindruck gewonnen, daß sehr stark die Schulbuchaktion auch deshalb in der heutigen Form verteidigt wird, weil sie unmittelbar wirtschaftliche Impulse bringt und damit auch sicherlich arbeitsmarktpolitische Zielsetzungen verfolgt. 400 Erzeuger, die beschäftigt werden, 1 600 Händler, die beschäftigt werden, die aber meines Erachtens sicherlich auch dann beschäftigt würden, wenn die Aktion in einer anderen Form abwickelbar ist oder wenn wir die Familienförderung umgestalten, um sie vielleicht zielgerechter zu machen, weil ja Schulbücher und auch Lehrmittel nach wie vor gebraucht würden.

Der Ansatzpunkt muß der sein, daß wir nicht das Kind mit dem Bad ausschütten wollen, sondern uns wirklich fragen: Welche Zugriffsmöglichkeiten nimmt man jetzt einmal in jenen Bereichen, zu denen die Frau Staatssekretär sehr richtig auch ausgeführt hat, daß es bisher eigentlich eine Grauzone der Überbestellungen von Schulbüchern gibt, die dann gar nicht verwendet werden, in Kauf? — Ich kann das aus Erfahrung sagen, weil meine Mutter selbst lange genug im Schuldienst war und sich mit diesen Problemen herumschlagen mußte.

Den Elternvertretern, Frau Staatssekretär, jetzt sozusagen den schwarzen Peter hinzuspielen und zu sagen: Wir reden immer von der Mitbestimmung und den Schülervertretern, aber bei der Frage der Beschaffung von Lehrmitteln, da bestimmt ihr nicht mit!, das ist, glaube ich, nicht ganz konsequent. Denn

Sie haben gerade zuerst in Ihren Ausführungen gesagt, Sie bekennen sich zur Freiheit der Lehre auch bei der Lehrmittelwahl. Diese würde beschränkt werden, wenn man sagt, die Eltern sollen entscheiden und die Schülervertreter sollen mitbestimmen, welche Bücher, welche Lehrmittel entsprechend beschafft werden. (Zwischenruf des Abg. Gärtner. — Präsident Thalhammer übernimmt den Vorsitz.)

Ich sage es ja, Herr Kollege Gärtner. Aber man kann nicht auf zweifacher Argumentationsebene beharren, daß man auf der einen Seite sagt, wir brauchen diese Schulbuchaktion und das jährliche Wechseln von Lehrmitteln, weil wir die Lehrfreiheit und die Wahlfreiheit der Lehrmittel seitens der Lehrberechtigten erhalten wollen, und auf der anderen Seite meint, das paßt uns eigentlich gar nicht, denn da sollten die Eltern viel mehr mitreden, und dann spart ein, dann könnt ihr Entscheidungen treffen.

Also ich glaube, daß auch im Wege der Überprüfung durch das Finanzressort einmal eine Erhebung gemacht werden müßte, in welchem Umfang tatsächlich Überbestellungen von Lehrbüchern erfolgen, die überhaupt nicht gebraucht werden und die damit sozusagen Gelder, die der Familie zukommen sollen, zum Fenster hinausschmeißen. Es gibt an einzelnen Schulen Erhebungen, daß etwa 15 bis 18 Prozent der Bücher, die insgesamt angekauft werden, überhaupt nicht gebraucht werden. Und das ist schon ein Volumen, wo es einen erklecklichen Einsparungsbereich gibt, den man mit überlegen müßte.

Der zweite Bereich ist nun die grundsätzliche Frage, ob es in Anbetracht auch der finanziellen Problematik, die für den Familienlastenausgleichsfonds existiert, nicht zielführender wäre, dazu überzugehen, den Familien durch eine Erhöhung der Familienbeihilfen mehr finanzielle Autonomie zu geben. Denn ich glaube, daß es einfach gegen die Grundsätze einer Gesellschaftsordnung ist, die den freien Menschen, den selbständigen Menschen auf ihre Fahnen geschrieben hat, daß der Staat durch Expansion seiner Sachleistungen dem einzelnen oder den Familien im wachsenden Ausmaß vorschreibt, was er um das Geld, das er durch Steuermittel aufbringt, zu tun hat.

Da vertreten wir Freiheitlichen die Ansicht: Wenn schon die Gelder im Familienlastenausgleichsfonds knapper werden, dann bitte primär für höhere Familienbeihilfen verwenden, um die Autonomie der Eltern und der Familien im einkommensmäßigen Bereich zu erhalten. Ich sage das nicht ohne Grund und

11572

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Jörg Haider

vor allem deshalb, weil heute durch die detaillierte Einsparungsdiskussion seitens der Frau Staatssekretär diese Grundfrage ausgeklammert wurde und diese Grundfrage: Entweder stärkere Expansion von Sachleistungen, die dann der Staat bestimmt, oder mehr finanzielle Autonomie für die Familien!, einfach auch ausdiskutiert werden muß. Ich sage es deshalb, Herr Kollege, weil der letzte Sozialbericht, der uns vorgelegt wurde, ja sehr deutlich macht, daß wir gerade im unteren und mittleren Einkommensbereich die wachsende Problematik des Steuer- und Abgabendrucks haben.

Wir haben im Sozialbericht, der ja durch den Herrn Bundesminister autorisiert ist und daher kein böses Machwerk der Opposition darstellt, Schwarz auf Weiß festgehalten, daß die Lohnquote, also der Anteil der Masseneinkommen am Volksvermögen, um 3 Prozent in den letzten zwei Jahren gesunken ist. Das heißt: Massiver, realer Einkommensverzicht der Masseneinkommenbezieher in Österreich, also jener Leute, von denen die Frau Kollegin Dobesberger gesprochen hat, die bei ihr in der Versammlung sitzen und sich offenbar dort nichts zu sagen getrauen.

Entweder erzählen Sie ihnen die falschen Dinge oder Sie verheimlichen die Realität dieses Sozialberichtes, der sehr deutlich macht, daß gerade die kleinen Einkommensbezieher und damit auch die vielen Familien einkommenspolitisch in Österreich heute auf der Strecke bleiben. Sie verheimlichen, daß der Sozialbericht auf Seite 74 deutlich macht, daß die Nettomasseneinkommen, wie es heißt, deshalb in die Verlustzone geraten sind, weil die Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherung, unter anderem infolge der Steuerprogression, um 13,1 Prozent gegenüber 7,6 Prozent im Vorjahr gestiegen sind.

Das ist doch die Realität, und ich meine eben: Da können 5 Millionen Schilling oder 100 Millionen Schilling bei den Schulbüchern eingespart werden, nach wie vor ist diese Schulbuchaktion dann eine falsche Aktion, wenn das Ergebnis das ist, daß uns auf der anderen Seite das Geld für eine echte Familienbeihilfe und damit für eine echte Familienförderung durch Direktzuschüsse abgeht, um die kleinen Einkommensbezieher entsprechend entlasten zu können. Und darauf wollen wir Sie hinweisen.

Denn es gibt, meine Damen und Herren, eine sehr interessante wissenschaftliche Untersuchung eines volkswirtschaftlichen Institutes einer österreichischen Universität, die Ihnen nachweist, daß seit dem Jahre 1970 die Familienbeihilfe — sprich also die Geldzu-

wendung an die Familie; das ist ja die gesellschaftspolitische Brisanz, die gegeben ist — unterproportional im Verhältnis zur Entwicklung des Bruttoinlandsproduktes, des Volksvermögens insgesamt gestiegen ist.

Also die Familienbeihilfen hinken seit dem Jahre 1970 hinter der allgemeinen Entwicklung unseres Bruttoinlandsproduktes nach.

Begründung in dieser Studie — ich sage es Ihnen gleich —:

Erstens: Ausweitung der Sachleistungen. Daher hat man kein Geld gehabt für die Erhöhung der Familienbeihilfen. (Abg. Gossi: *Haben Sie schon erlebt, was das heißt, Kinder in die Schule zu schicken?*)

Lieber Herr Kollege, ich selbst bin ja Familienvater. Sie brauchen mir sicher keinen Unterricht zu geben, weil ich das zweifels-ohne überprüfen kann. (Beifall bei der FPÖ. — Abg. Gossi: *Ich kann es Ihnen sagen! Ich habe drei Kinder gehabt! 11 000 S im Jahr!*)

Herr Kollege, ich werfe Ihnen ja Ihre Kinder nicht vor, aber ich bin froh, daß Sie zugeben, was Kinder heute kosten, denn die Frau Staatssekretär glaubt uns einfach nicht, daß auch die Mehrkinderfamilie heute durch die Familienbeihilfen in keiner Weise abgesichert ist. (Abg. Gossi: *Nein, das ist ungerecht!*) Ja, es ist ungerecht, daß die Mehrkinderfamilie heute durch die Familienbeihilfen nicht abgesichert ist. Das ist gar keine Frage, meine Damen und Herren.

Deshalb glauben wir auch, daß es sinnvoller ist, die Direktbeihilfen zu verbessern und anzuheben, statt die Sachleistungen, in denen viel bürokratischer Aufwand und viel staatliche Kontrolle steckt, zu erweitern.

Meine Damen und Herren! Ich glaube, Ihnen hier doch vor Augen geführt zu haben, daß es durchaus Argumente gibt, diese Prinzipien- oder Grundsatzfrage zu stellen. Denn hätte seit dem Jahr 1970 die Familienbeihilfe eine Entwicklung genommen, die das allgemeine Bruttoinlandsprodukt genommen hat, dann müßten Sie heute aus dem Familienlastenausgleichsfonds um 45 Prozent höhere Familienleistungen bezahlen. Das bedeutet einen Betrag, der weit höher ist, als der, den wir heute für die Schulbuchaktion auslegen. Es würde damit Ihr Spielraum für Sachleistungen und Spielereien geringer werden.

Diese Problematik können Sie in der Diskussion nicht verdrängen, weil ich glaube, daß zu einem mündigen Bürger auch der Anspruch gehört, daß man nicht durch Sachleistungen bevormundet, sondern ihm durch verbesserte Geldleistungen im Bereich der

Dr. Jörg Haider

Familienförderung die Autonomie gibt zu entscheiden, was er für seine Familie mit dem Geld, das er bekommt, macht.

Es ist vorhin schon das Argument aufgetaucht, daß man gesagt hat: Wenn man nur Familienbeihilfen gibt, dann haben wir keine Garantie, ob denn tatsächlich auch Schulbücher darum gekauft werden.

Meine Damen und Herren! Dann müßten Sie aber generell Ihr System auf Sachleistungen umstellen. Dann sagen Sie doch: Die Leute sind offenbar nicht fähig, mit dem Geld umzugehen. Dann werden wir ihnen ein Mindesteinkommen garantieren, dann werden wir die Wohnungen für sie bezahlen, aber sie auch einweisen, dann werden wir ihnen die Schulbücher geben, dann werden wir die Schülerfreifahrten machen, dann werden wir die Bekleidungsrationen festlegen und ähnliche Dinge mehr. Das wäre die Alternative Sachleistung oder monetäre Transferleistung.

Ich meine daher, daß man sich durchaus dieser Problematik bewußt sein sollte, daß wir auf Grund der finanziellen Engpässe im Familienlastenausgleichsfonds ja nicht zu diskutieren haben, ob da oder dort ein paar Millionen Schilling bei der Schulbuchaktion eingespart werden sollen, sondern ob wir es uns leisten können, daß auf Kosten einer umstrittenen Schulbuchaktion die Familienbeihilfen weiter hinten anstehen und gerade in einer Zeit sinkender Realeinkommen die Familienbeihilfen nicht jenen nötigen Ausgleich bewirken können, für den sie eigentlich geschaffen worden sind.

Wenn Sie einmal darüber nachdenken, dann kommen wir vielleicht in eine andere Bahn der Diskussion und würden mitunter den Familien nicht nur eine materiell bessere Stützung aus den Familiengeldern zuteil werden lassen, sondern auch eine viel unbürokratischere Abwicklung der Leistungen des Familienlastenausgleichsfonds sicherstellen, als dies heute der Fall ist. (Beifall bei der FPÖ.) ^{13.17}

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich Frau Abgeordnete Dr. Marga Hubinek. Ich erteile es ihr.

^{13.17}

Abgeordnete Dr. Marga Hubinek (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Frau Staatssekretär hat als Vertreterin in der Regierung gemeint, daß die Regierung nicht die Absicht habe, die Schulbuchaktion sparsamer zu gestalten, und hat eine Fülle von administrativen Schwierigkeiten zitiert. Auch mit statistischen Zahlen läßt sich trefflich strei-

ten. Sie hat unter anderem auch gesagt, sie sei ja keine Lehrerin. Sie wollte damit offenkundig sagen, daß ihr die praktische Erfahrung fehlt.

Sehr geehrte Frau Staatssekretär! Seit mehr als zwei Jahrzehnten erlebe ich diese praktische Seite der Schulführung und daher auch seit dem Jahre 1970 die Auswüchse der Schulbuchaktion. Glauben Sie mir: Meine Berichte über die zusätzlichen Mülltonnen gründen sich auf eine sehr schmerzhafte Erfahrung, die sich alljährlich zum Schluß vollzieht. (Lebhafte Zustimmung bei der ÖVP.)

Der Frau Abgeordneten Dobesberger, die als erste auf mich repliziert hat, will ich es nicht übelnehmen, daß sie über die Dinge doch sehr wenig Bescheid weiß. Wenn man lange genug freigestellt ist, verliert man den Bezug zur Praxis. Man soll dann ein bißchen vorsichtig sein mit Behauptungen über Dinge, die schon längst nicht mehr stimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe mich jetzt zu Wort gemeldet, um einen anderen Bezugspunkt zu zitieren, nämlich wie wenig sorgsam Sie mit den Mitteln des Familienlastenausgleichsfonds umgehen, weil ich vor einer Stunde erst die Beantwortung einer schriftlichen Anfrage an den Herrn Sozialminister erhalten habe. Hier gibt es eine starke familienpolitische Komponente.

Wir haben den Herrn Sozialminister gefragt, ob er bereit ist, die mißbräuchliche Auszahlung des erhöhten Karenzurlaubsgeldes zu überprüfen, mit der Überlegung, sie nach Möglichkeit zu verhindern.

Das Karenzurlaubsgeld wird zu 50 Prozent aus den Mitteln des Familienlastenausgleichs bezahlt. Sie werden mir zugeben, daß die Familienpolitiker daran interessiert sind, daß damit tatsächlich den alleinstehenden Müttern geholfen wird. Für sie war es ja gedacht: flankierende Maßnahmen gegen die Abtreibung. Es sollte der alleinstehenden Mutter geholfen werden, sich für ihr Kind zu entscheiden und dieses Kind auch aufzuziehen zu können.

Wir alle erleben aber den Mißbrauch. Man wartet mit der Heirat, bis die Zeit vorbei ist, in der man das erhöhte Karenzurlaubsgeld in Anspruch nehmen kann. Und man schließt die Ehe, wenn überhaupt, erst zu einem späteren Zeitpunkt. Diese Lebensgemeinschaften, die nur unter dem finanziellen Aspekt bestehen — Eheschließung erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt — sind doch eigentlich ein Mißbrauch einer gut gemeinten Absicht.

11574

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dr. Marga Hubinek

Diese Besserstellung der Ehepaare, die ohne Trauschein zusammenleben, kann man ja in einigen Bereichen verfolgen. Wir haben es auch im steuerlichen Bereich gesehen.

Warum interessiert es die Familienpolitiker? Ich möchte Ihnen die Zahlen sagen: Heuer werden 50 Prozent der Mittel für das Karenzurlaubsgeld aus dem Lastenausgleich bezahlt, immerhin eine stattliche Summe von 1 136 Millionen Schilling. Das ist nämlich der 50prozentige Anteil.

Wir haben daher den Herrn Sozialminister gefragt, was er zu unternehmen gedenkt, um die mißbräuchliche Auszahlung von erhöhtem Karenzurlaubsgeld zu unterbinden. Bekanntlich bekommt ja die alleinstehende Mutter um zirka 1 500 S monatlich mehr Karenzurlaubsgeld als die verheiratete Mutter.

Was sagt der Herr Sozialminister? Der Herr Sozialminister sieht sich außerstande, hier eine Überprüfung vorzunehmen, und sagt dazu wortwörtlich: „Da es in der Praxis unmöglich ist, eine derartige Lebensgemeinschaft zum Nachteil der Betroffenen zu beweisen, diese vielmehr immer entschieden in Abrede gestellt wird, wurde auch die Einbeziehung der Lebensgemeinschaft in die Bestimmungen des § 25 b außer Betracht gelassen.“

Das ist nämlich jene Bestimmung, die das um zirka 1 500 S erhöhte Karenzurlaubsgeld für die alleinstehende Mutter vorsieht.

Der Herr Sozialminister müßte sich aber eigentlich entscheiden, welche Argumentation er sich zurechtlegt, denn er steht in offenkundigem Widerspruch zu den Bestimmungen des Arbeitslosenversicherungsgesetzes.

Im Arbeitslosenversicherungsgesetz, nämlich im § 20, wird sehr wohl der Tatbestand der Lebensgemeinschaft berücksichtigt. Das Arbeitslosenversicherungsgeld besteht ja bekanntlich aus einem Grundbetrag und Familienzuschlägen. Hier wird nach § 20 dann ein Familienzuschlag gewährt, wenn es sich um einen Ehegatten handelt, der von dem Arbeitslosen zu versorgen ist, und wenn es sich um eine Lebensgefährtin handelt.

Also der Tatbestand der Lebensgemeinschaft wird offenbar sehr wohl als Kriterium herangezogen.

Nun ist es jedermanns Sache, ob er in einer aufrechten Ehe lebt oder in einer Lebensgemeinschaft. Nur eines bitte wollen wir nicht: daß die Lebensgemeinschaft dann, wenn es sich um das erhöhte Karenzurlaubsgeld handelt, nicht mehr untersucht wird. Es wird also vom Herrn Sozialminister nicht untersucht

und nicht kontrolliert, ob die Mutter alleinstehend ist oder ob sie mit dem Kindsvater, der ja natürlich auch zum gemeinsamen Unterhalt beiträgt, zusammenlebt.

Er wird sich für eine Argumentation entscheiden müssen. Im § 20 des Arbeitslosenversicherungsgesetzes wird die Lebensgefährtin durch eine erhöhte Zahlung berücksichtigt. Hier ist der Widerspruch: Beim Karenzurlaubsgeld erklärt sich der Sozialminister außerstande, eine Lebensgemeinschaft festzustellen.

Ich bin auch gegen eine Schnüffelei. Aber es ist ja Geld, das Sie wieder den Familien entziehen, das Sie allen jenen Familien entziehen, Frau Staatssekretär, die heute nur hart an der Armutsgrenze ihre Kinder aufziehen können. Es wäre sehr einfach, in einem Formblatt einen Vermerk anzubringen: Sind Sie ledig? Leben Sie in einer Lebensgemeinschaft, ja oder nein?

Es wäre damit die Gefahr, falsche Angaben zu machen und sich unter dem Prätext von falschen Angaben widerrechtlich Gelder anzueignen, wahrscheinlich eingeengt.

Ich glaube, Sie sollten nur den Mut haben, allen aufrechten Familien zu helfen, damit nicht Gelder leichtfertig, sorglos ausgegeben werden. Es handelt sich ja nicht um Ihr Geld, es handelt sich um das Geld der Familien.

Ich wollte Ihnen dieses Beispiel eines sorglosen Umganges mit Familiengeldern nicht ersparen und Ihnen das gerne zur Kenntnis bringen. (Beifall bei der ÖVP.) 13.25

Präsident Thalhammer: Zum Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Dipl.-Ing. Dr. Leitner. Ich erteile es ihm.

13.26

Abgeordneter Dipl.-Ing. Dr. Leitner (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei will eine sparsame Gestaltung der Schulbuchaktion, eine wirksame Vergabe der Mittel des Familienlastenausgleiches an die Familie.

Bezüglich Schulbuchaktion hat unser Antrag eine doppelte Zielrichtung: einmal Geld einzusparen, einige hundert Millionen Schilling, und zum zweiten auch die Sparsinnung in unseren Familien, in unserer Jugend zu heben und nicht zu zerstören. (Beifall bei der ÖVP.)

Frau Staatssekretär Karl hat in ihrer Aufführung gesagt, es ist alles bestens. Es gibt also keine besonderen Probleme, man hat sehr sparsam gewirtschaftet, man verwaltet

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

sehr gut, und man ist mit dem System des kostenlosen Schulbuches in Form des Wegwerfschulbuches voll einverstanden.

Ich frage mich, warum dann eigentlich die Sozialisten den Antrag der ÖVP nicht ablehnen, sondern umfunktionieren. Sie stellen ja einen eigenen Antrag. Das Ablehnen ist Ihnen anscheinend nicht geheuer, weil Sie ja doch wissen müssen, daß draußen in der Bevölkerung vom Wegwerfschulbuch gesprochen wird, wo doch heute die Wegwerfmentalität überwunden werden muß und das die Bevölkerung verlangt. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Ablehnung unseres Antrages ist der Regierungsfraktion also nicht geheuer, und sie fordert daher von der Regierung einen Jubelbericht über die Erfahrungen der Durchführung, über Maßnahmen, die getroffen wurden, um diese Wegwerfschulbücher sparsam bereitzustellen.

Mir fällt nur auf, Frau Staatssekretär, daß die Sozialisten den Termin Juni 1983 festsetzen. Dieser Termin ist beachtlich nach der Wahlzeit. Wenn das alles stimmt, was Sie heute hier erklärt haben, dann müßte es ja vorher möglich sein, einen solchen Bericht dem Hohen Haus vorzulegen. Aber Sie machen das nicht, Sie verschieben das auf eine Zeit nach der Wahl.

Wir wissen sicher, daß im Juni 1983 eine andere Regierung herrscht als heute. (Abg. Heinz: Aber nie!) Wahrscheinlich ist der Herr Unterrichtsminister dann nicht mehr Unterrichtsminister. Ob der Finanzminister noch Finanzminister ist, weiß ich nicht, und die Frau Staatssekretär ist sicher auch nicht so festgemauert. Es gibt also einen Bericht zu einem Zeitpunkt, wo wir eine andere Regierung haben als heute.

Die Bevölkerung, die Eltern, besonders die von mehreren Kindern, sprechen vom Wegwerfschulbuch. Es ist richtig, daß die Eltern ein Gratisschulbuch wollen.

Die ÖVP wollte ursprünglich das Geld für diese Bücher der Familie selbst zum Ankauf der Bücher geben. Sie erinnern sich, daß damals ein Minister gesagt hat, das sei nicht möglich, denn die Väter könnten das Geld verkaufen und dann nicht Bücher kaufen.

Jetzt haben wir seit 1974 dieses Wegwerfschulbuch. Es wurde für dieses Gratisschulbuch die teuerste Form gewählt. Diese Kritik, Frau Staatssekretär, ist nie verstummt.

Sie können heute sagen: Wir haben einiges dazugelernt, wir haben einiges anders gemacht, wir haben Einsparungen getroffen. Das stimmt, das gebe ich zu. Aber damit

bestätigen Sie ja selber, daß wenigstens in den ersten Jahren großzügigst Geld verschwendet wurde, sonst wäre ja diese Maßnahme, von der Sie gesprochen haben, nachher nicht möglich gewesen.

Mich wundert eigentlich, daß die Regierung, daß die Sozialisten von ihrem ersten Antrag für das kostenlose Schulbuch so weit abgerückt sind und sich heute an diesen ersten Antrag im Parlament nicht mehr erinnern wollen: Initiativantrag vom 11. November 1970 der Abgeordneten Maria Metzker und noch einiger Abgeordneten.

Hier steht eigentlich sehr interessant zu lesen: 1971 gab es beim Familienlastenausgleichsfonds einen zu erwartenden Überschuß von rund 1,2 Milliarden Schilling. Dieser Betrag ist nach Ansicht der Bundesregierung ausschließlich für familienpolitische Maßnahmen zu verwenden. Der Familienpolitische Beirat beim Bundeskanzleramt trägt — so heißt es im Antrag — eine Beihilfenerhöhung, aber auch eine Staffelung nach Altersgruppen des Kindes an. Das erschien Ihnen damals nicht zielführend. Sie haben gesagt, wir wollen kostenlose Schulbücher und Schulfahrtshilfen. Sie haben damals insgesamt 600 Millionen Schilling präliminiert und gesagt, für die Schulbücher im ersten Jahr 420 Millionen Schilling.

Die Kosten hießen betragen im Jahr 1971 420 Millionen Schilling, anschließend nur noch 20 Prozent, also 84 Millionen Schilling. Aus diesen 84 Millionen Schilling sind heute 1 040 Millionen Schilling geworden, also das Zwölfeinhalfache.

Frau Staatssekretär! Eine solche Haltung und Vorgangsweise ist nur möglich, weil mit dem Geld des Familienlastenausgleiches bezahlt wird. Mit dem Geld der Familie! Der Rechnungshof, von dem Sie auch gesprochen haben, bestätigt in seinen Überprüfungen, daß die gewählte Form die teuerste ist. Diese Verschwendungen von Geld und auch von Material, von Papier, von Energie ist nur möglich, weil der Familienlastenausgleichsfonds zahlt und weil die Familien nicht wissen, daß sie diese Schulbücher aus eigenen Mitteln bezahlen. Sie zahlen sie ja selber, diese teuerste Form. Es wird ja ihr Geld hergenommen und verschwendet.

Ich habe schon öfter das Beispiel gebracht: Ein Onkel kommt auf Besuch, bringt der Familie Schokolade, die Kinder sagen: Danke schön, ein guter Onkel, er bringt Schokolade. Aber er nimmt das Geld für diese Schokolade aus der Familienkasse der beschenkten Kinder und nimmt noch so viel heraus, daß für

11576

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

seine Kinder — Selbstträger nennt man das — auch noch etwas übrigbleibt. Eine teure Aktion und eine unnötige Verschwendug von Familiengeld!

Die zweite Aktion, die Sie damals eingeführt haben, sind die Fahrtkostenzuschüsse. Hier wurden im ersten Jahr 180 Millionen Schilling bereitgestellt. Im heurigen Jahr sind dafür 2 870 Millionen Schilling vorgesehen, also das Sechzehnfache. Es ist kein Wunder, daß auch hier diese Kostenexplosion erfolgt ist, weil der Familienlastenausgleichsfonds zahlt. Das ist Verschwendug von Familiengeld und kann von uns nicht gutgeheißen werden. (Beifall bei der ÖVP.)

Frau Staatssekretär! Erst kürzlich hat mir ein Minister geantwortet — der Verkehrsminister —, die Schülermonatskarte im Schienennverkehr hat 1971 bei 20 km 51 S gekostet. Sie kostet heute 204 S, das ist das Vierfache. Aber das genügt der Bundesbahn noch nicht, Herr Minister, und daher bekommt sie 370 Millionen Schilling Vergütung noch zusätzlich aus dem Familienlastenausgleich, weil die Fahrkarten für die Schüler zu billig sind und nicht den anderen Arbeiterkarten entsprechen. Die vierfache Erhöhung seit zehn Jahren, und da noch zusätzlich 370 Millionen Schilling. Auch eine Aktion, die nur deshalb möglich ist, weil sie mit dem Geld des Familienlastenausgleichs bezahlt wird.

„In Zeiten wie diesen“ haben wir kein Geld für eine Familienbeihilfenerhöhung, haben wir kein Geld für Mehrkindstaffelung, haben wir kein Geld für eine Mütterzulage, aber wir haben Geld für Verschwendug.

Kürzlich hat der Herr Bundeskanzler an den Familienverband Österreichs geschrieben: „Im Hinblick auf den für das Jahr 1982 veranschlagten Abgang des Ausgleichsfonds für Familienbeihilfen von rund 3,3 Milliarden Schilling ist derzeit eine weitere Leistungsverbesserung nicht möglich.“ Es geht also hier zu Lasten der Familie.

Er schreibt dann in diesem Brief weiter: Eine über das geltende Recht hinausgehende Schaffung von Ersatzzeiten, auf die Ihre Anliegen offensichtlich hinauslaufen, würde im wesentlichen eine Zurückdrängung des Versicherungsprinzips und damit angesichts der finanziellen Situation des Bundes eine heute nicht vertretbare Belastung bedeuten. — Auch hier eine Ablehnung aus finanziellen Gründen.

Obwohl dieses Muttergeld ein wesentlicher Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung in der Familie wäre — ich glaube, es wäre richtig, auch die Arbeitsplätze innerhalb der Familie

zu sichern, aber das wird nicht gemacht. Das Geld ist vorhanden für das Wegwerfschulbuch, das Geld ist vorhanden für die Förderung dieser Wegwerfmentalität, das Geld ist vorhanden für Verschwendug. Es ist hier schon gesagt worden. Manche Familie sagt, wir haben den Atlas fünfmal daheim; könnte man hier nicht sparsam umgehen und könnte man nicht das Geld für etwas anderes verwenden?

Frau Staatssekretär! Sie haben erklärt, daß die Ausgabensteigerungen eingebremst wurden. Das ist richtig. Aber diese Ausgabeneinsparung ist erfolgt, weil einmal weniger Bücher hergegeben werden. Das mag richtig sein, weil die Bücher eine wesentlich schlechtere Qualität haben, und weil es immer neue und große Auflagen gibt. Ihre Ausführungen zeigen aber sehr deutlich die Verschwendug in den ersten Jahren, und darauf möchte ich noch einmal hinweisen.

Frau Staatssekretär! Sie haben die Durchführung der Schulbuchaktion sehr gelobt, diesen gewaltigen Verwaltungsaufwand, den man für diese Aktion aufgezogen hat.

Ich kann mich erinnern, als das erste Kind von mir das Gymnasium besuchte, habe ich ihn einmal gefragt, warum er nicht mehr Geld für die Schulbücher braucht. Da hat er gesagt, das ist keine Schwierigkeit, wenn ich in eine höhere Klasse komme, gebe ich meine Bücher dem Schüler der unteren und ich hole sie mir vom Schüler der oberen, und da brauche ich sehr wenig Geld.

Sie wissen auch, daß in den größeren Städten bereits damals Schulbuch-Schülerladen vorhanden waren. Natürlich haben die Wiener Freude gehabt, sie haben sich 80 Millionen Schilling erspart, weil Sie diese Schülerläden nicht mehr finanzieren mußten, und jetzt kommen die großzügigen Mittel aus dem Familienlastenausgleichsfonds. Das, glaube ich, ist eine falsche Entwicklung.

Sie wissen ganz genau, daß 1977 eine Schulsprecherumfrage ergeben hat, daß 76 Prozent der Auffassung sind, daß diese Aktion zu teuer ist. 1980 war das Ergebnis gleich, und 1981 haben 30 Schülervertreter 3 000 Wegwerfschulbücher vor das Unterrichtsministerium gekarrt. Sie haben errechnet, daß zirka ein Drittel der aufgewendeten Mittel eingespart werden könnte.

Und wir wissen — das haben Sie auch erklärt, Frau Staatssekretär —, diese eingesparten Mittel würden ja nicht für andere Zwecke zur Verfügung stehen.

Ich frage mich oft, warum die Sozialisten

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

nicht das billigere System des Gratisschulbuches annehmen: Die Schülerlade, ein Mischesystem, das Geld an die Familien geben — es gäbe hier eine Reihe von Möglichkeiten. Wenn man mit den Sozialisten spricht, geben sie immer eine unbefriedigende Antwort. Sie haben wieder die pädagogische Seite erwähnt. Aber ich glaube, es ist eine wichtige pädagogische Aufgabe, den Kindern die Spargesinnung beizubringen, den Kindern das Sparen nahezubringen. Sie sollen die Sachen, die sie bekommen, sorgfältig behandeln und nicht wegwerfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich bin also der Auffassung, daß diese Ausführungen, die auch Sie jetzt wieder gemacht haben, Frau Staatssekretär, nicht zutreffen. Sie sagen, es gibt wenig Ersparnis, bessere Bücher kosten mehr, kleinere Auflagen sind teuer. Das mag alles sein, aber Papier ist auch ein Rohstoff, und ich halte es für unverantwortlich, wenn heute an Schulen bei Schulschluß Sondercontainer aufgestellt werden, die dann mit den Büchern gefüllt werden, die wir vorher, einige Monate oder ein Jahr vorher, den Kindern kostenlos zur Verfügung stellen. Das ist keine echte Spargesinnung. Wenn viele von Ihnen den Umweltschutz an ihre Fahnen heften; das wäre auch eine Maßnahme für den Umweltschutz. Mancher Baum geht hier verloren, weil wir diese Wegwerfmentalität nicht überwinden.

Dann wurde auch heute wieder gesagt, es gibt ja soviele Arbeitsbücher; insgesamt sind es 44 Prozent. Frau Staatssekretär, ich glaube, wir sind uns einig, daß alles das, was sich heute Arbeitsbuch nennt, kein Arbeitsbuch ist. Aber es ist modern, ein paar Seiten einzufügen, da kann man ein paar Kasten ausfüllen und sagt, das ist ein Arbeitsbuch. Es gibt Vorschläge von namhaften Pädagogen, die sagen: Das ist kein guter Weg für die Pädagogik und für den Unterricht, man könnte das auch teilen; das Lehrbuch und ein kleines Heft dann eventuell zum Ausfüllen, das wäre ein zielführender Weg. (Beifall bei der ÖVP.) Ich nehme Ihnen daher nicht ab, Frau Staatssekretär, daß man nur ein Drittel der Bücher in die Bücherlade geben könnte. Es sind nach unserer Auffassung zwei Drittel, wenn man so vorgeht.

Und dann gibt es ständig neue Auflagen, das haben Sie auch erklärt, eine Anpassung der Bücher an die raschlebige Zeit. Bitte, Frau Staatssekretär, das geschieht sehr deutlich, aber ebenso deutlich geschieht das in Form einer kultur- und gesellschaftspolitischen Schlagseite, einer Schlagseite, die sehr nach links weist.

Hier gibt es eine Stellungnahme des Pasto-

ralrates der Diözese Innsbruck von 1977, daß mit diesen Neuauflagen auch neue Inhalte eingeschleust werden. Es wird versucht, die Erziehungsziele an den Schulen in einer Weise zu ändern, die aus weltanschaulichen Gründen nicht gutgeheißen werden können. Es droht der Verlust christlicher Werte im Themenkreis Familie, im sozialen Bereich, im Bereich Liebe und Sexualität und im Bereich der Religion.

Als vor einiger Zeit die Jungsozialisten gefordert haben, die Aufhebung des Religionsunterrichtes an den Schulen als Pflichtfach vorzusehen, haben die sozialistischen Spitzenvertreter eine deutliche Erklärung abgegeben, daß das nicht geplant sei. Diese sozialistische Jugend mit ihrem wiederbestätigten Obman Cap hat kürzlich einen gleichen Vorstoß unternommen in Richtung Kirche und Religionsunterricht. Die Jusos verlangen ein Zurückdrängen des Einflusses der Kirche im gesellschaftlichen Bereich. Abgeschafft werden sollen Latein und Religion als Pflichtfächer.

Mir fehlt diesmal, meine sehr geehrten Damen und Herren von der sozialistischen Seite, eine Erklärung Ihrer Spitzenpolitiker, daß Sie dem nicht folgen. Es war ein verdächtiges Schweigen. Ich frage, warum jetzt geschwiegen wird, ob jetzt die Sozialisten hier eine Gesinnungsänderung mitmachen, denn ich habe ja gehört, daß dieser Cap, ein Nachwuchspolitiker der SPÖ, ins Parlament einziehen will. Gibt man hier also diesen Forderungen Raum? Das ist meine Frage an Sie. (Abg. Samwald: Das wird die SPÖ beschließen, wer ins Parlament einzieht, nicht der Leitner!)

Nein, wir wollen das gar nicht beschließen oder bestimmen, wer bei Ihnen ins Parlament einzieht. Ich frage nur, ob das die Nachwuchspolitiker der Sozialisten sind, und worauf wir uns gefaßt machen dürfen, wenn die Herren einmal im Ausschuß sitzen. (Beifall bei der ÖVP.)

Da gibt es ja dann noch einige Beispiele: Als katholische Gruppen Aufklärung über den Inhalt gewisser Schulbücher betrieben haben, ist ein Aufschreib durch die sozialistischen Reihen gegangen. So ähnlich wie das geflügelte Wort: Ja derfen's des überhaupt? Auch im letzten Jahr war dieser Aufschrei wieder zu hören. Ich glaube, es hat sich der Unterrichtsminister nicht gar so leicht getan bei der Beantwortung einer Anfrage eines sozialistischen Abgeordneten, ob denn die Elternvertreter oder die Elternorganisationen hier Schulbücher beurteilen dürfen, ob das nicht nur die Sache des einzelnen Elternteiles ist. Wir haben gehört, daß es 2 230 approbierte

11578

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Schulbücher gibt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Wie soll denn hier der einzelne Vater, die einzelne Mutter diese Bücher beurteilen können? Daher ist es, glaube ich, sehr wohl ein Recht, nach meiner Auffassung sogar eine Pflicht dieser Eltern, diese Schulbücher zu kontrollieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Es heißt hier in einer solchen Aussendung: „In inhaltlicher Sicht erkennt man deutlich, daß die Säkularisierung aller Lebensbereiche stark voranschreitet. Themen mit religiösem Inhalt werden immer seltener, ihres echten Kernes entledigt, durch die Art ihrer Darstellung verniedlicht oder stark in Frage gestellt. Der kirchliche Jahresfestkreis findet kaum mehr Erwähnung. In vielen Büchern sucht man vergebens nach Begriffen wie Gott, Schöpfer, Religion“ — das betrifft die Lesebücher, bitte. — „Moderne Lesebücher verbanen gänzlich eine heile Welt, sie wollen gesellschaftskritisch wirken und lebensechte Situationen unserer Gegenwart darstellen mit ihren inneren Spannungen und Mißständen. Sie können vielleicht Impulse für Stellungnahmen und Aussprachen bilden und damit auch eine vertiefte inhaltliche Erfassung des Gelesenen und eine Aktivierung der Schüler, doch es fehlt ihnen durchwegs das Bemühen um den Aufbau einer besseren Welt, um ein möglichst harmonisches Zusammenleben. Das typisch Frauliche und Mütterliche passen nicht mehr zum Bild der Frau der Wohlstandsgesellschaft in einem sozialistischen Staat.“

Bei einem anderen Buch, das bitte für Elfjährige gedacht ist, wird diesem elfjährigen Kind der Geschlechtsverkehr ausgerechnet im Zusammenhang mit einer Vergewaltigung beigebracht. „Es kommt auch vor, daß ein Triebtäter sein Glied in die Scheide des Mädchens einzuführen versucht. Bei dieser Vergewaltigung kann eine schmerzhafte Verletzung entstehen, indem die Scheide aufreißt.“ — Das ist eine Lektüre, die ja Angstzustände hervorrufen muß bei elfjährigen Mädchen! Das gehört meiner Auffassung nach nicht in ein Lesebuch hinein. (Beifall bei der ÖVP.)

Und wen manche Verlage auf Grund dieser Kritik dann zusagen, daß sie diese Bücher ändern, dann, glaube ich, ist das ein sehr positiver Beitrag im Interesse unserer Kinder, ein echter Beitrag im Interesse unserer Schulkinder. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Eltern haben ein Mitspracherecht und können dieses nur wahrnehmen, wenn Gruppen diese Bücher überprüfen. Der Katholische Familienverband hat gefordert, daß in den Lehrbüchern der Lehrplan in dem betref-

fenden Gegenstand abgedruckt wird, die Lehrstoffanforderungen aufgenommen werden, damit sowohl der Schüler als auch die Eltern dies überprüfen können und eine Orientierung haben. Das hat der Finanzminister abgelehnt, es ist zu teuer. Aber auf der anderen Seite hat man das Geld für das Wegwerfschulbuch.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierung hat den Familienlastenausgleichsfonds ausgeräumt. 1982 sind allein 6,7 Milliarden Schilling umgewidmet worden zur Pensionsversicherung.

Die Pensionsversicherung ist zwar damit nicht gesundet, das zeigt ja die Debatte, die gerade wieder derzeit auch vom Herrn Sozialminister geführt wird: Wie können wir die Sozialleistungen aufrechterhalten? Hier hat man der Familie 6,7 Milliarden Schilling pro Jahr — und das steigt von Jahr zu Jahr — weggenommen.

Dann hat man 2,8 Milliarden für Fremdleistungen herausgenommen, für Leistungen, die ja eigentlich aus dem Budget zu bezahlen wären. Ich erinnere hier an die Defizitabgeltung der Österreichischen Bundesbahnen, an den Mutter-Kind-Paß, an das Karenzurlaubs geld.

Diese Aushöhlung, diese Ausräumung des Fonds hat dazu geführt, daß die Regierung jetzt den Reservefonds „fertigmacht“: 3 Milliarden Schilling Abgang 1981, 3,3 Milliarden Schilling für heuer präliminiert. Aber die Regierung hat kein Geld für Verbesserung der Beihilfen, sie hat keine Mittel für die Mehrkind-Familie, obwohl hier nach Darstellung des Finanzministers der durchschnittliche österreichische Verdiener mit 12 000 S bei drei Kindern bereits anerkannte Kinderlasten von 6 350 S, also von 53 Prozent seines gesamten Einkommens hat. Es gibt aber kein Geld für die Mehrkind-Familie, kein Geld für die Mütterzulage. Die Petition des Familienverbandes ruht irgendwo in den Schubladen des Finanzministers.

Frau Staatssekretär! Es wäre vielleicht sehr schön, wenn Sie diese Petition wieder einmal ausgraben, durchlesen könnten und versuchen würden, wenigstens Teile davon im Interesse der Familie zu verwirklichen! (Zustimmung bei der ÖVP.)

Denn etwas, glaube ich, muß festgestellt werden — das möchte ich abschließend sehr deutlich tun —: Eine falsche Familienpolitik ist eine unverantwortliche Gesellschaftspolitik für unseren Staat. Und es ist Zeit, diese Gesellschaftspolitik und damit diese Familienpolitik zu ändern! (Beifall bei der ÖVP.) 13.52

Dipl.-Ing. Dr. Leitner

Präsident Thalhammer: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Der Herr Berichterstatter wünscht kein Schlußwort.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die dem Ausschußbericht 1067 der Beilagen beigedruckte Entschließung. Es liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Marga Hubinek und Genossen vor.

Ich lasse daher zunächst über die Entschließung in der Fassung dieses Abänderungsantrages abstimmen und ersuche jene Damen und Herren, die ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Somit gelangt nunmehr die Entschließung in der Fassung des Ausschußberichtes zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist mit Mehrheit angenommen. (E 80.)

3. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 154/A der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Abschaffung der Luxussteuer für Körperbehinderte (1096 der Beilagen)

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 154/A der Abgeordneten Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend Abschaffung der Luxussteuer für Körperbehinderte (1096 der Beilagen).

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Dkfm. Bauer. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dkfm. Bauer: Hohes Haus! Die Abgeordneten Dr. Jörg Haider, Dkfm. Bauer und Genossen haben am 17. Feber 1982 den gegenständlichen Selbständigen Entschließungsantrag im Nationalrat eingebracht, der am 18. Feber dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen wurde.

Der Ausschuß hat diesen Initiativantrag in seiner Sitzung am 12. Mai 1982 in Verhandlung genommen. Einheitlich wurde die Auffassung vertreten, daß die Vorberatung dieses Verhandlungsgegenstandes zweckmäßiger durch den Ausschuß für soziale Verwaltung

erfolgen kann, da in diesem bereits der den gleichen Gegenstand betreffende Antrag 153/A der Abgeordneten Josef Schlager und Genossen betreffend Änderung des Bundesgesetzes, mit dem der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte errichtet wird, in Beratung steht.

Nach Wortmeldungen des Abgeordneten Dipl.-Ing. Dr. Zittmayer sowie des Bundesministers für Finanzen Dr. Salcher wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat in diesem Sinne zu berichten.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Präsident Thalhammer: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zu Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen daher zur Abstimmung über den Antrag des Finanz- und Budgetausschusses, seinen Bericht 1096 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Somit weise ich den Antrag 154/A dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

4. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über den Antrag 155/A der Abgeordneten Dr. Feurstein, Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1972, BGBI. Nr. 223, in der Fassung der Bundesgesetze BGBI. Nr. 27/1974, 636/1975, 143/1976, 666/1976, 645/1977, 101/1979, 550/1979, 563/1980 und 620/1981 geändert wird (1097 der Beilagen)

Präsident Thalhammer: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Antrag 155/A der Abgeordneten Dr. Feurstein, Dr. Jörg Haider und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Umsatzsteuergesetz 1972 geändert wird.

Berichterstatter ist der Herr Abg. Dkfm. Dr. Steidl. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dkfm. Dr. Steidl: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Abgeordneten Dr. Feurstein, Dr. Jörg Haider, Dipl.-Ing. Maria Elisabeth Möst und Genossen haben am 17. Feber 1982 den gegenständ-

11580

Nationalrat XV. GP — 115. Sitzung — 13. Mai 1982

Dkfm. Dr. Steidl

lichen Initiativantrag im Nationalrat eingebracht, der am 18. Feber dem Finanz- und Budgetausschuß zugewiesen wurde.

Der Ausschuß hat diesen Antrag in seiner Sitzung am 12. Mai 1982 in Verhandlung genommen. Einhellig wurde die Auffassung vertreten, daß die Vorberatung dieses Verhandlungsgegenstandes zweckmäßiger durch den Ausschuß für soziale Verwaltung erfolgen kann, da in diesem bereits der den gleichen Gegenstand betreffende Antrag 153/A der Abgeordneten Josef Schlager und Genossen betreffend Änderung des Bundesgesetzes, mit dem der Nationalfonds zur besonderen Hilfe für Behinderte errichtet wird, in Beratung steht.

Nach einer Wortmeldung des Abgeordneten Dr. Feurstein wurde einstimmig beschlossen, dem Nationalrat in diesem Sinne zu berichten.

Der Finanz- und Budgetausschuß stellt somit den Antrag, der Nationalrat wolle diesen Bericht zur Kenntnis nehmen.

Falls Wortmeldungen vorliegen, bitte ich Sie, Herr Präsident, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Thalhammer: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

Zum Wort ist niemand gemeldet.

Wir gelangen daher zur Abstimmung über den Antrag des Finanz- und Budgetausschusses, seinen Bericht 1097 der Beilagen zur Kenntnis zu nehmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Somit weise ich den Antrag 155/A dem Ausschuß für soziale Verwaltung zu.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Anfragen 1878/J und 1879/J eingelangt sind.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 1. Juni 1982, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden. Am Beginn dieser Sitzung findet eine Fragestunde statt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 14 Uhr